

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Manfred Funke  
Der Verfall politischer Vernunft  
in Monarchie, Republik und Diktatur  
Eine geschichtspsychologische Ergänzung  
zur „Holocaust“-Diskussion

Michael Salewski  
Das Weimarer Revisionsyndrom

Johannes Rogalla von Bieberstein  
Preußen und Preußentum

ISSN 0479-611 X

B 2/80

12. Januar 1980

Manfred Funke, Dr. phil., Akademischer Oberrat und Lehrbeauftragter am Seminar für politische Wissenschaft der Universität Bonn; Redaktionsleiter der Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte; Mitherausgeber von „Demokratische Verantwortung“.

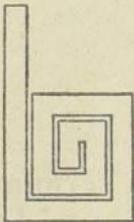
Verfasser bzw. Herausgeber folgender Veröffentlichungen u. a.: Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt, Düsseldorf 1971<sup>2</sup>, ital. Ausgabe Milano 1972; Friedensforschung — Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn, München 1978<sup>2</sup>; Hitler, Deutschland und die Mächte — Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Athenäum Droste Taschenbuch 7213; Terrorismus — Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Bonn 1977 und Athenäum Droste Taschenbücher 7205; Extremismus im demokratischen Rechtsstaat, Bonn, Düsseldorf 1978; Totalitarismus — Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978.

Michael Salewski, Dr. phil., geb. 1938 in Königsberg/Pr.; seit 1971 Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Veröffentlichungen: Entwaffnung und Militärkontrolle 1919—1927, München 1966; Die deutsche Seekriegsleitung 1935—1945, 3 Bde., Frankfurt, München 1970—1975; Von der Wirklichkeit des Krieges, München 1976 (dtv Nr. 1213); Die bewaffnete Macht im Dritten Reich 1933—1939 (Handbuch zur deutschen Militärgeschichte VII), München 1978; Tirpitz. Aufstieg—Macht—Scheitern, Göttingen 1979. Zahlreiche Aufsätze zur Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts.

Johannes Rogalla von Bieberstein, M. A., Dr. phil., geb. 1940; Bibliotheksoberrat an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Archiv, Bibliothek und Museum als Dokumentationsbereiche, München-Pullach 1975 (Bibliothekspraxis Bd. 16); Die These von der Verschwörung 1776—1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Bern 1978<sup>2</sup>; Literarische Nachlässe in Nordrhein-Westfalen. Erhebung und Gutachten, Köln 1979 (Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Der Verfall politischer Vernunft in Monarchie, Republik und Diktatur

## Eine geschichtspsychologische Ergänzung zur „Holocaust“-Diskussion

*Vor 60 Jahren bekam Deutschland den Versäiller Frieden diktiert. Vor 40 Jahren verleitete Hitler das Reich zum erneuten Griff nach der Weltmacht. Am 4. Oktober 1979 äußerte der Historiker K. O. Freiherr von Aretin in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Das Dritte Reich kann beschrieben und in allen Einzelheiten untersucht werden. Begreifen kann es niemand ...“*

*Sind wir denn unfähig, explosiver Emotion selbstkritische Reflexion folgen zu lassen? „Holocaust“ darf doch nur die Eröffnung des Dialogs zwischen der älteren, mittleren und jüngeren Generation über unser zeitgeschichtliches Selbstverständnis gewesen sein. Seiner weiteren Erkundung dient der folgende Beitrag.*

Wie eine Lawine ging über die Historiker nach dem Holocaust-Film der Vorwurf nieder, sie hätten in Jahrzehnten nicht soviel an Aufklärung über das Dritte Reich bewirkt wie diese Fernsehsendung in wenigen Stunden. Diese Anklage sollte wohl zuerst vom eigenen Versagen zahlreicher Pressemedien ablenken, für die das vordergründig Spektakuläre allzuoft höheren Nachrichtenwert besaß als die Resultate zeitgeschichtlicher Forschung. Immerhin liegen laut NS-Spezialist Werner Maser inzwischen mehr als hunderttausend wissenschaftliche Untersuchungen über Hitler, das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg vor.

Das Angebot an Information war und ist also da. Fehlte nur die Bereitschaft zu engagierter Verarbeitung? Es scheint jedenfalls, als habe erst der Reaktionsschock auf „Holocaust“ die Mauern aus Schweigen, Trotz und arrogantem Unverständnis eingedrückt, die die Generationen von der gemeinsamen Ergründung des deutschen Versagens gegenüber Hitler fernhielt. Seither treffen Verurteilung und Rechtfertigung der Väter, Apathie und Obstruktion der Söhne gegen die Haftungsfolgen und die wißbegehrliche Naivität der inzwischen herangewachsenen Enkel aufeinander. Der Entschachtelung des komplexen Stoffes muß deshalb unser Lerninteresse ebenso gelten wie der Förderung wechselseitiger Gesprächsbereitschaft. Die durch „Holocaust“ bewirkte Emotionalität ist in Sensibilität für historische Zusammenhänge zu wandeln. Nur so kann der geschichtspsychologische Zugriff auf das Dritte Reich jene politisch-gesellschaftlichen Ursachen belangen, aus denen die NS-Diktatur keimte. Denn wesentliche Elemente des Nationalsozialismus, seiner Herrschaftsziele

und Herrschaftspraxis brauchte Hitler nach 1933 lediglich zu aktivieren. Deutsches Weltmachtstreben, der Rassismus, die Lebensraumphilosophie, obrigkeitsstaatliche Subordinations-Ideologie waren ebenso latent vorhanden wie jenes Selbstverständnis der Führungseliten, in dem Entscheidungsrasen und Konzeptionen politischer Strategie zunehmend zersetzt wurden durch Unfähigkeit bzw. Unwillen zur Wahrnehmung weltpolitischer Realitäten. Hitlers Machtergreifung war weder Tragödie noch Betriebsunfall, sondern präformiert in den politischen Wertmustern des 19. Jahrhunderts, den gesellschaftspolitischen Zielkonflikten des Kaiserreichs sowie im Scheitern ihrer Bewältigung.

Unser heutiges Tatsachenwissen darf indessen nicht alleinige Grundlage zeitgeschichtlicher Urteile sein. Sie gerieten schief ohne die Kunst des psychologischen Rollenspiels, der Nachstellung von Entscheidungsprozessen. Unabdingbar ist die Fähigkeit, sich in die Lage jener zurückzusetzen, die einst *in* ihrer Zeit handelten und nicht *über* sie argumentierten, wie wir es von ihrem Ende her heute zu tun vermögen. Nur so kann in etwa unterschieden werden zwischen dem Recht auf Irrtum und dem Maß des bewußten bzw. fahrlässigen Mißbrauchs dieses Rechtes.

In diese Kluft sollen die nachfolgenden Thesen hineinführen, in denen nicht Vorwürfe das Hauptanliegen bilden. Denn im nachhinein, unter Kenntnis aller Umstände, ist es nicht allzu schwer, zwischen Erfolg und Versagen das Lot zu senken. Wichtiger erscheint die Ermittlung jener Schubkräfte, die Augenmaß als Defätismus denunzierten und die Weltmacht-

streben aus Realitätsverlust konditionierten. Es geht damit eben nicht um Bejahung der Gegenwart aus wohlfeiler Aussöhnung mit unserer Zeitgeschichte. Auch wird nicht der Schließung von Identitäts- und Kontinuitätsbrüchen das Wort geredet mittels einer Moralität verzeihenden Verstehens. Es gilt vielmehr, den Schattenwurf des Vergangenen auf das Heute *verstehend zu begreifen* und Hoffnung auf Morgen durch praktisches Handeln aus politischer Vernunft zu rechtfertigen<sup>1)</sup>. Aufarbeitung der Vergangenheit ist folglich ein *Gegenwartsproblem*, dessen Lösung nicht

im Verleugnen des Erbes bestehen kann. Nur im ungeschminkten Aufzeigen der erlittenen Verluste an politischer Vernunft und Gesittung bleibt die Gefahr abbildfähig, die uns vom Vergessen und damit von der Wiederholbarkeit begangener Irrtümer droht. Sie nicht zu bekennen, hieße, ohne Sicherung durch Erfahrung in die Zukunft zu gehen. Dies zu vermeiden, verlangt, die Epoche Hitlers nicht nur im Rückspiegel des Jahres 1945 zu bewerten, sondern sie zu verstehen aus den Epochemerkmalen der Reichsgründung und beider Weltkriege<sup>2)</sup>.

## I. Der Verfall der Staatsräson und der politischen Strategie im Wilhelminismus

Ein Interessenbündnis von Geburts- und Industrie-Adel, von Generalität, Admiralität, hoher Ministerialbürokratie, „Flotten“-Professoren und protestantischen Kirchenführern sollte das Reich zur Weltmacht führen, zumindest zur Ebenbürtigkeit mit England. Überfallartig angelegte Feldzüge sollten Deutschland zur ersten Macht Europas aufsteigen lassen, einen Kontinentalblock schaffen und das geschwächte Frankreich sowie ein amputiertes Rußland deutschen Industrie- und Agrarwünschen überstellen. Zugleich sollte ein gewaltiger Sieg die Innenpolitik des Reiches sanieren, d. h. die Autorität der alten Elite festigen und die Sozialdemokratie schwächen<sup>3)</sup>.

Als Motor solcher Annexions- und Repressionspolitik wird in Anlehnung an die in vieler Hinsicht bahnbrechende Forschung Fritz Fischers der Reichskanzler Th. von Bethmann Hollweg angesehen. Er sei nicht mit den anderen in den Krieg gestolpert, auch nicht präventiv nach vorn geflohen. Er habe vielmehr als eine Art Chefdramaturg 1914 den Annexionskrieg inszeniert in einem Augenblick der Hoffnung, sich auf eine haltbare Bindung zu England verlassen zu können. Um also an französisches Erz, an ukrainisches Getreide, um näher an den Ärmelkanal als Englands „Rück-

kenmark“ (Krupp, Tirpitz) heranzukommen<sup>4)</sup>, drückte Bethmann Hollweg dem Wiener Verbündeten die Kriegsfackel in die Hand. Nicht wegen „Sarajewo“, nicht wegen Dynasten-Solidarität, sondern wegen der günstigen Gelegenheit zum unausweichlichen Kampf, zu dessen Eröffnung Londons Zurückhaltung Berlin ermunterte. Die Reichsführung irrte. Sie konnte ruhmreich, nicht siegreich kämpfen<sup>5)</sup>. Dieser Irrtum hatte den Charakter bewußter Selbsttäuschung, aufzeigbar in der Fehleinschätzung Englands und in der Konturlosigkeit der Kriegsziele. So brach 1914 die Katastrophe herein, nicht erst 1918, weil sich die politische Strategie mit Kriegsbeginn endgültig aus ihrer Bindung an die globalen Wirklichkeiten löste, die Abkehr vom Prinzip „Erst wägen, dann wagen“ erfolgte<sup>6)</sup>.

Zu Recht meint Fritz Fischer, daß Bethmann Hollweg kein Werkzeug waltenden Schicksals oder verhängnisvoller Tragik war. Er war aber auch nicht, wie Fischer ihn darstellt, Träger „einer bewußten politischen Entscheidung“<sup>7)</sup>.

<sup>4)</sup> Fritz Fischer, a. a. O., S. 43.

<sup>5)</sup> Es kann hier nicht der Ort sein für eine angebrachte Detaildiskussion. Die Fischer-Kontroverse erscheint m. E. jedoch insofern partiell erneuernswert, als manche, die deutsche England-Perzeption betreffenden Widersprüche zwischen Fischers Interpretationen in „Griff nach der Weltmacht“, „Bündnis der Eliten“, „Krieg der Illusionen“ und in seinen Aufsätzen in „Der erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild“ auffällig sind. Zum Generalthema vgl. Arnold Sywottek, Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung des politisch-historischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: Imanuel Geiss, Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1974<sup>2</sup>.

<sup>6)</sup> Vgl. besonders Fritz Fischer, Bündnis, S. 37, 46, 47, 50.

<sup>7)</sup> Fritz Fischer, Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten, Düsseldorf 1977, S. 312.

<sup>1)</sup> Näheres dazu: Hans Mommsen, Die Last der Vergangenheit, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, S. 164 (edition suhrkamp 1000).

<sup>2)</sup> Zur zeitgeschichtlichen Lernhaltung gegenüber der NS-Diktatur vgl. bes. das Vorwort in: Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München/Wien 1979 (Grundriß der Geschichte Bd. 17).

<sup>3)</sup> Hierzu konzentriert, wenngleich partienweise bedenklich pointiert: Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979. Vgl. zum aktuellen Schrifttum: Volker R. Berghahn, Politik und Gesellschaft im wilhelminischen Deutschland, in: Neue Politische Literatur, 1979, H. 2.

wenn der Kanzler an der Definition von Politik als der Kunst des Möglichen meßbar bleiben soll. Es ist unverständlich, wenn Fischer Bethmann Hollweg eine — auch nur immanente — taktische Klugheit der Terminwahl zum Losschlagen nicht spontan abspricht, wenn er Berlins Hoffnung auf Englands Zurückhaltung nicht als Selbstnarkose bezeichnet.

Gewiß war während der beiden Balkankrisen auf der Londoner Botschafterkonferenz ab November 1912, seit den mit England zäh-verständnisvoll geführten Kolonial- und Orient-Ausgleichsverhandlungen eine atmosphärische Entspannung zwischen Briten und Deutschen eingetreten<sup>8)</sup>. Doch die Verbesserung des diplomatischen Klimas als substantiellen Wandel englischer Kontinentalpolitik anzusehen, entsprach reinem Wunschdenken Berlins. In einem Schreiben vom 10. April 1912 an den Freiherrn von Marschall nannte der Reichskanzler selbst ein Agreement mit den Briten bei gleichzeitiger Fortsetzung der deutschen Flottenrüstung „die Quadratur des Kreises“<sup>9)</sup>. Und nun sollte nur zwei Jahre später London eine Zerstörung des europäischen Gleichgewichts zugunsten Deutschlands hinnehmen, nachdem sich dieses bis dahin mit dem Angebot deutscher Schutzpolitik für britische Kolonien als Entgelt für eine Schwächung des britischen Europa-Glaxis Absagen geholt hatte?

Bezeichnenderweise sahen Beobachter wie der konservative Gelehrte H. Delbrück und der Historiker E. Marcks in der Besserung der deutsch-englischen Beziehungen eine Hinwendung eher zur Normalität offener Verhältnisse als zum Akkord über gemeinsame Ziele<sup>10)</sup>. Durfte sich ein halbwegs entscheidungsbewußter deutscher Politiker durch diplomatische Kosmetik und das Spielmaterial Chamberlainscher Allianzangebote den Blick dafür trüben lassen, daß London die deutsche Seerüstung unbeirrt konterte und den Abstand britischer Überlegenheit maritim sowie bündnispolitisch sicherte<sup>11)</sup>?

Besaß schließlich die Annahme, ein Sieg werde die alten Autoritäten stabilisieren und die Sozialdemokraten zurückdrängen, eine Spur produktiver Rationalität? Mußte nicht

auch ein konservativer, gar reaktionärer Politiker umgekehrt argumentieren? Daß nämlich nach einem gewaltigen Blutzoll des Volkes die Sozialdemokraten (1912 stärkste Fraktion im Reichstag) mit noch mehr moralischem Recht auf größere Entscheidungsteilhabe drängen würden? Nein, Bethmann Hollwegs politische Manöver sind nicht konzeptionsfähig, nicht einzubringen als tragfähiges Element strategischer Kriegsziel-Architektur. Gerade Bethmann Hollwegs Worte von der „Quadratur des Kreises“, vom „Sprung ins Dunkel“, dazu Berlins quallige Anpassung der Kriegsziele an das Schlachtenglück, das Eingeständnis des Kanzlers vier Tage vor Englands Kriegseintritt, wonach „die Direktion verloren“ sei<sup>12)</sup>, schmälern das von Fischer dem Reichskanzler mit dem „Septemberprogramm“ zugewiesene Profil als Annexionisten mit Chancenspur und Zielkonstanz. Seine zaudernde Offensive Ende Juli 1914 nimmt dem Reichskanzler den negativen Solitärcharakter, schiebt ihn in den Kreis jener Männer um den Kaiser zurück, die allesamt unfähig waren, ihr Wollen und Vermögen durch Realitätssinn zu kontrollieren<sup>13)</sup>. Wie aber verkam Besonnenheit zur Forschungs-konkurrenz zwischen Militär- und Zivilkabinett, zwischen Generalität und Reservezivilisten?

Mit „Bismarck“ wäre wohl die psychische Blockierung der kaiserlichen Entscheidungsraion zu benennen, an die Kanzler und Staatssekretäre verantwortlich gebunden waren. Die innenpolitischen Aufgaben sowie die geopolitische Situation des Reiches hätten die Führungsspitze nach dem Ziel-Mittel-Prinzip zur umsichtigen Verwaltung des Ererbten bestimmen müssen. Doch damit im Schatten Bismarcks zu verbleiben, vermochte Wilhelm II. um keinen Preis. Er sah in kluger Reformpolitik und im behutsamen Ausbau des vorhandenen Kräftepotentials kein Katapult zur begehrten historischen Größe. Diese wollte Wilhelm aber unbedingt. Sein Werk sollte glanzvoller sein als das Bismarcks, der den Großvater und den Vater des Monarchen weit übertrug hatte. Diese Begier wurde dazu verstärkt durch das wachsende Erfolgsdefizit einer jah-

<sup>12)</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Großmacht und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 106.

<sup>13)</sup> Hierzu immer noch grundlegend die Rezension Klaus Epsteins von Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ in: Klaus Epstein, Vom Kaiserreich zum Dritten Reich. Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Leitfaden, hrsg. von Eberhard Pikart u. a., Berlin 1973, S. 99–100 (Ullstein Buch 2949); Klaus Hildebrand, Bethmann Hollweg. Der Kanzler ohne Eigenschaften? Urteile der Geschichtsschreibung. Eine kritische Bibliographie, Düsseldorf 1970.

<sup>8)</sup> A. a. O., S. 266.

<sup>9)</sup> A. a. O., S. 264.

<sup>10)</sup> Vgl. Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, Berlin 1930, S. 327.

<sup>11)</sup> Zum deutsch-englischen Seerüsten seit 1897/98 vgl. Volker Berghahn, Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des „Kalten Krieges“ vor 1914, Düsseldorf 1973, S. 70ff.; Michael Salewski, Tirpitz. Aufstieg, Macht, Scheitern, Göttingen 1979, S. 78ff. (Persönlichkeit und Geschichte Bd. 12/12a).

relangen Herrschaft voller außenpolitischer Straucheleien. Sie parodierten geradezu die kaiserlichen Prophetien von Glanz und Gloria ebenso wie die markigen Versicherungen, beim nächsten Mal gäbe es aber kein Zurückweichen mehr<sup>14)</sup>. „Denn“, meinte der Kaiser, „meine Nachfolger sollen einmal wissen, daß ich forsch war“; nichts war ihm so wichtig wie „Bravour“<sup>15)</sup>.

Aber nicht allein die Angst, sich nur als Souverän einer Übergangsepoche nach Bismarck bewertet zu sehen, schürte die Neigung zum *Krieg als der Erlösung vom Politischen*. Denn sollten sich nicht die kosmischen Zwecke der Ära Wilhelms zeigen, so sollten auch künftige Generationen und Nachfolger keine Gelegenheit nehmen, mit herrlichen Taten die Herrschaft des Kaisers Wilhelm II. vergessen zu lassen. Drängten 1914 die Eifersucht auf Bismarck und auf die Jugend unbewußt zu Vatermord und „Filicid“<sup>16)</sup>? Ohne realitätspflichtige, staatsmännische Energie agierten die Kreise um Wilhelm. Seine Berater schütteln den Kopf über windböenhafte Entscheidungen Seiner Majestät, witzeln gar über den Monarchen, doch will keiner der kaiserlichen Huld entzogen. Denn ist nicht beim Mächtigsten eine höhere Vernunft<sup>17)</sup>?

Hegels Staatsphilosophie hält jene botmäßig, die die Furcht vor der Möglichkeit verbindet, sie könnten nur Troßbuben großer Geschichte sein. Der Kaiser empfand das Reden vom Frieden vierzig Jahre nach dem letzten Waffengang „eunuchenhaft“; militaristische Hypertrophie verengte den Sinn für strategische Machbarkeit und gegnerische Kampfpotentiale<sup>18)</sup>. Jedenfalls sollte das mit imperialistischer Emotionalität überfrachtete Staatsschiff vom Riff der Ratlosigkeit durch einen Krieg gehoben werden, den eben nicht das Ausland aufzwingen. Alle Worte vom notwendigen Präventivschlag, vom antideutschen Einkreisen und Abwürgen, von Volk ohne Raum, von Rassenkampf waren Scheinargumente, auch jenes vom sozialdemokratischen Unterwühlen der inneren Ordnung. Die Katastrophenstimmung war hausgemacht. Daß das Kriegsmotiv der „Einkreisung“<sup>19)</sup> ein letztlich künstliches war,

hätte sich leicht offenbart, wenn man nur bereit gewesen wäre, die deutsche Frage mit den Augen der mutmaßlichen Feinde des Reiches zu betrachten. Denn welches Interesse — und mit dieser Frage wäre das Präventiv-Argument bereits hinfällig geworden — hätte die europäische Schlüsselkraft Großbritannien an einem geschwächten oder gar zerstückelten Deutschland haben können? Eine bloße Schwächung des Reiches hätte Mitteleuropa zum ständigen Unruheherd gemacht, eine massive territoriale Beschneidung hätte wiederum nur Frankreich und Rußland gestärkt. Was aber sollte London attraktiv finden an einem mächtigen Frankreich ein paar Kilometer vor Dover? Was erstrebenswert an einem Zarenreich, dessen Nachbarschaft zu Deutschland Moskau nicht mehr beunruhigte und Kräfte freisetzte zum verstärkten Druck auf die Versorgungsadern des britischen Empires? England konnte und mußte aus Eigeninteresse alle Germaniam-esse-delendam-Wünsche unterdrücken. Doch in Berlin blieb solche Einsicht ohne Einfluß auf den Entscheidungsprozeß. Hier hätte man Deutschlands Zukunft in einer offensiven „Verschweigerung“ seiner Außenpolitik sehen müssen, als Kombinat höchster Flexibilität, militärischer Präsenzstärke und expansiver Außenwirtschaft. Eine kluge Pendelpolitik, eine Zünglein-an-der-Waage-Strategie hätte auf Dauer auch kolonialpolitische Erfolge gebracht, da alle Mächte an ein starkes Deutschland „Versicherungsprämien“ hätten entrichten müssen, um Wohlverhalten zu erkaufen. Die Mittellage des Reiches, seine Ressourcen und die internationale Mächtekonstellation empfahlen, Großbritannien mit dessen eigener Erfolgstaktik zu begegnen. Andere zukunftssträchtige Alternativen gab es nicht, doch ließ sich die Weltmacht-Spiritualität der Reichsführung nicht disziplinieren.

Warum glaubte man in Berlin, die Zeit arbeite allein für Zar und Slawismus? Warum sah man bald nur in der kriegerischen Amputation russischer Randstaaten einen Ausweg? Warum sah man nicht auch, daß gerade auch hier die Zeit für Deutschland arbeiten könnte aufgrund der japanischen Bedrängung Rußlands und seiner inneren Aufweichung (gerade nach dem Aufstand von 1905 und der Tsushima-Niederlage)? Warum sollte man nicht künftig mit dem antirussischen Nationalismus im Westen und Süden des Zarenreiches politische Geschäfte machen? Warum strebte man nicht unauffällig zäh nach „peaceful penetration“ gegenüber Ost-Mitteleuropa und der von Österreich zu erbenden Klientel? Warum zog man nicht mehr reversible Schlüsse aus den zeitweiligen Rückschlägen, die man im Wettbe-

<sup>14)</sup> Fritz Fischer, *Der Erste Weltkrieg*, S. 310.

<sup>15)</sup> Bülow, *Denkwürdigkeiten*, S. 570.

<sup>16)</sup> Vgl. zur Disposition Älterer zum Opfer der Jugend die einschlägigen Erläuterungen bei Arnold A. Hutschnecker, *Psychopolitik. Eine Kritik des Willens zur Macht*, Gütersloh 1975, S. 23.

<sup>17)</sup> André Glucksmann, *Die Meisterdenker*, Reinbek b. Hamburg 1978, S. 65.

<sup>18)</sup> Vgl. A. Hillgruber, a. a. O., S. 106, Anm. 65; besonders Bülow, *Denkwürdigkeiten*, S. 427—428.

<sup>19)</sup> Exemplarisch der Schlußteil in Otto Hintze, *Die Hohenzollern und ihr Werk. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1915*, Moers 1979/80.

werb um die wirtschafts- und finanzpolitische Durchdringung Rumäniens, Bulgariens, Griechenlands, der Türkei sowie des Vorderen Orients von London und Paris hatte hinnehmen müssen<sup>20</sup>)? Schon damals zeigten sich ansatzweise günstige Gelegenheiten für ein gewinnträchtiges Engagement im Donauraum unter Ausnutzung des dort wachsenden Nationalismus und Separatismus. Auch der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Südamerika hätte aussichtsreich erscheinen müssen. Nicht zufällig erwiesen sich während der zwanziger und dreißiger Jahre der amerikanischen Subkontinent und Südosteuropa als Regionen, in die die deutsche Wirtschaft erfolgreich expandierte<sup>21</sup>). Außerdem schien gerade in der Vorphase des Krieges das britische Verständnis für Afrika betreffende koloniale Wünsche Berlins und dessen Kooperationsbegehren in Richtung London gewachsen<sup>22</sup>).

Auch das Dogma vom Volk ohne Raum hätte bei nüchterner Prüfung der Relationen von Land, Leuten und der Steigerungsfähigkeit deutscher Produktivkräfte als absurd erscheinen müssen. Doch wollte man das Problem eben nur betrachten aus der verselbständigten, militärisch-operativen Perspektive der Generalität, fortschrittsfeindlicher Großagrarien und rohstoffhungriger Industriemagnaten. Nationale Prestigehysterie verkettete diese Einzelinteressen.

Auch den großen Krieg als innenpolitisches Kriseninstrument anzusehen, bleibt unverstänlich. Die Sozialdemokraten waren zwar kämpferische Gegner der ungerechten Güterverteilung, der versagten politischen Mitbestimmung, aber sie waren keine generellen Feinde der monarchischen Staatsstruktur. Diese hätte von einer Besserung der sozialen Lage der Arbeiter, einer größeren Durchlässigkeit der Klassenbarrieren, einer wechselseitigen

<sup>20</sup>) Vgl. bes. Fritz Fischer, Imperialismus in der Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: Fritz Fischer, Der Erste Weltkrieg, bs. S. 256 ff.

<sup>21</sup>) Vgl. hierzu Reiner Pommerin, Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939—1942, Düsseldorf 1977, S. 20 ff.; Hans-Jürgen Schröder, Das Dritte Reich, die USA und Lateinamerika 1933—1941; ders., Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa 1933—1936, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, 1978 (ADTG 7213); vgl. ebenfalls Jens Petersen, Hitler—Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin—Rom 1933—1936, Tübingen 1973, S. 207 ff.; vgl. besonders Bernd J. Wendt, England und der deutsche „Drang nach Südosten“. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Imanuel Geiss, Bernd J. Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1974, bes. S. 498 ff.

<sup>22</sup>) Vgl. Fritz Fischer, Der Erste Weltkrieg, S. 264 ff.

Substituierung von Demokratie und Aristokratie zugunsten des Allgemeinwohls durchaus Stärkung erfahren können, wie englische Beispiele (Lloyd George) zeigten. Gerade die Art, in welcher die großen Streiks der Jahrhundertwende beendet werden konnten, gerade die Entschiedenheit, mit der sich die Reichstags-SPD von ihren Linksradiakalen absetzte, hätte doch die Vermutung nahelegen müssen, daß in auswärtigen Krisen die deutschen Arbeiter den Klassenkampf nicht über den Patriotismus stellen würden<sup>23</sup>).

Warum erachtete man in Berlin die sensationsarme, solide Bewahrung des Bestehenden als zu verhindernden Verfall? Warum erschreckten langweilige Annalen? Vermutlich deshalb, weil den Erbwältern des heroisch-aristokratischen Borussismus die Einsicht unerträglich war, das Reich zu seinem Fortbestand den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft reformerisch anpassen zu müssen. Dies hätte Verzicht auf Requisiten, Rituale und Rechtspositionen einer Herrschaft verlangt, die bei ihrer Begründung 1871 schon vielfach unzeitgemäß waren. Als zu groß wurden die Risiken und Opfer der — wenn auch zu spät — erfolgten Reichseinigung empfunden, als daß man sich mit einer so kurzen Phase des Herrschaftsgenusses hätte abfinden können. Übermächtig war die Sehnsucht nach glanzvollem Aufstieg, den ein seit 1871 wachsender Missions- und Heilsglaube stimulierte und der Kompensation verhieß für nationale Identitätskrisen und für das Scheitern in der Vergangenheit. „Gerade weil wir hinter den anderen großen europäischen Völkern zurückgeblieben sind, so schwingt es hier mit, gerade weil wir bisher diese elende, zerrissene Geschichte gehabt haben, sind wir für eine ganz besondere, einzigartige Aufgabe ausersehen — gerade weil wir die Letzten waren, werden wir am Ende der Geschichte die Ersten sein.“<sup>24</sup>) Und was die Siegchancen betraf — hatte die Vorsehung nicht auch Friedrich d. Großen aus Ausweglosigkeit wundersam

<sup>23</sup>) Vgl. Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1976 (Ullstein Buch 3239), S. 202 ff.; Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt/M. 1976 (edition suhrkamp 645).

<sup>24</sup>) Richard Löwenthal, Geschichtszerrissenheit und Geschichtsbewußtsein in Deutschland, in: Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratie, Frankfurt M. 1979, S. 250 (Fischer Taschenbuch 3424).

<sup>25</sup>) Arthur Rosenberg, Das Geheimnis der deutschen Kriegserklärungen, in: ders., Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt M. 1974 (Ullstein Buch 3041); vgl. bes. Bülow, Denkwürdigkeiten, S. 427 bis 428.

befreit und Preußen zum Aufstieg geführt? Neurotisches Anbiederei bei der Vorsehung, Vertrauen auf Deutschlands besondere Berufung für die Neugestaltung Europas ließen Staatskunst zum Kriegshandwerk verkommen. Strategieverfall wurde mit protzigem Optimismus maskiert, durch Teufelskerl-Pathos ersetzt. Es sollte das Versagen beim politisch-

diplomatischen Flankenschutz für den Schlieffen-Plan vertuschen, es sollte ablenken von der falschen Einschätzung der Gegner<sup>25</sup>). Gerade die preußisch-deutsche Geschichte jener Jahre belegt, wie sehr die Entfesselung des Krieges durch die verabsolutierte Ästhetik von Machtvorstellungen geprägt ist und wie wenig durch die Gier nach Besitz.

## II. Von Weimar zu Hitler — Von politischer Illusion zur rassistischen Barbarei

War Epochenmerkmal des Wilhelminismus die Weigerung, das politische Selbstgefühl und die politischen Realitäten in konstruktiver Spannung zu vereinen, so führte der Ausgang des Krieges 1918 erst recht nicht zu Nüchternheit und Läuterung. Parolen von Verrat und Revanche besetzten das politische Denken. „Los von Versailles“ wurde nach außen zur stärksten Klammer der Nation, die zugleich innerlich von der Schuldzuweisung für die Niederlage zerklüftet wurde. Denn ihre Ursache sah man nicht primär in der feindlichen Übermacht, sondern im Versagen der Heimatfront. Von dort hätte der Dolch die kämpfende Truppe im Rücken getroffen. Vor allem Ludendorff, Hindenburg und die rechten Eliten bestrickten die Nation mit dieser Legende. Obwohl unumstößlich die Niederlage im Feld eintrat, von der Obersten Heeresleitung das Ersuchen um Waffenstillstand abging und danach erst die Revolten im Reichsgebiet ausbrachen, konnte geschickte Propaganda diese Tatsachen im Bewußtsein vieler Deutschen umdrehen<sup>26</sup>).

Das Bündnis der traditionellen Führungseliten blieb ebenso intakt wie die alten Machtträume<sup>27</sup>). Beide wirkten mit beim Sturz der Weimarer Republik. Der Hebel wurde angesetzt in der tiefen Fuge zwischen demokratischer Herrschaftsform und einer Herrschaftspraxis aus obrigkeitstaatlichen Wertmustern. Hatten die Sozialdemokraten nicht eine Republik ausgerufen, die außer dem US-Präsidenten Wilson und den deutschen Kommunisten in Wahrheit keiner wollte? Der erste Reichspräsident Ebert erschien als Republikaner aus Vernunft. Er hatte am 6. November 1917 Groe-

ner, dem Nachfolger Ludendorffs, erklärt, sich um einer kontinuierlichen Entwicklung willen mit einer parlamentarischen Monarchie abfinden zu wollen. An der Staatsspitze schlug der Sozialdemokrat Ebert die rote Revolution nieder im Bunde mit den Generälen<sup>28</sup>).

Eberts Nachfolger Hindenburg galt für viele Deutsche schon wieder als Ersatzkaiser. Adel und Industrie feudalismus behielten die Schlüsselpositionen in Armee, Diplomatie und Bürokratie. Daß Weimar eine Demokratie mit zu wenig Demokraten war, bewies nicht allein das Versagen des Parlamentarismus<sup>29</sup>). Den Massen galt letztlich Freiheit ohne Wohlstand, ohne Ruhigstellung der allgemeinen Verhältnisse nichts. Was sollte Streikrecht, wenn laut Notverordnung des Reichspräsidenten die Löhne bis zu 50 Prozent tariflich unterschritten werden konnten, um Arbeitskräfte überhaupt zu beschäftigen? Die aggressive Direktionslosigkeit der bürgerlichen Mitte, die Radikalisierung der Rechten und Linken beschleunigte das Scheitern der ersten deutschen Republik<sup>30</sup>).

Ein Bürgerkrieg schien unabwendbar, als die traditionell starken Linksparteien SPD und KPD sich mit Hitlers Forderung nach dem Machtmonopol für die NSDAP konfrontiert sahen. Sie hatte im Zeichen allgemeiner Verelendung den Aufstieg von zwölf Reichstags-

<sup>28</sup>) Waldemar Besson, Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze, Göttingen 1963, S. 62, 72.

<sup>29</sup>) Hans-Jochen Vogel, Demokratie ohne Demokraten. Zum 60. Geburtstag der Weimarer Verfassung, in: „recht“, Informationen des Bundesministers der Justiz, Nr. 8, 23. 8. 1979.

<sup>30</sup>) Helmut Hirsch, Experiment in Demokratie. Zur Geschichte der Weimarer Republik, Wuppertal 1972, S. 141 ff.; weiterhin unüberholt die Standardwerke: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf 1978 (ADTG 7216); Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1979 (ADTG 7220); jetzt Jens Flemming u. a. (Hrsg.), Die Republik von Weimar, 2 Bde, Düsseldorf 1979 (ADTG 7224/5).

<sup>26</sup>) Fritz Fischer, Bündnis, S. 57 ff.; siehe auch Sebastian Haffner, Der letzte Friedensvertrag?, in: „Der Vertrag von Versailles“, mit Beiträgen von Sebastian Haffner u. a., München 1978, S. 425.

<sup>27</sup>) Vgl. hierzu Wolfgang J. Mommsen, 1933: Die Flucht in den Führerstaat, in: Carola Stern, Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848—1945, Frankfurt M. 1979 (Fischer Taschenbuch 3421).

sitzen 1928 zur stärksten Fraktion mit 230 Mandaten im Juli 1932 geschafft. Hitler kandidierte im selben Jahr gegen Hindenburg für die Reichspräsidentschaft, unterlag zwar, aber verlangte anschließend immer drohender als Führer der größten Massenpartei die Berufung zum Reichskanzler.

Zu diesem Zeitpunkt war die Frage längst entschieden, ob Hitler seine Politik mehr nationalistisch und unternehmerfreundlich oder eher sozialistisch ausrichten würde. Mit seiner geheimen Denkschrift für den Großindustriellen Emil Kirdorf (1927) hatte Hitler seine danach ständig wiederholten Angebote an jene Kreise formuliert, die bereits 1914 und davor zum Griff nach der Weltmacht gedrängt hatten. Sie wollten nach dem Scheitern der Präsidialkabinette Brüning, von Papen, von Schleicher gemeinsam mit Hitler einen zweiten Versuch unternehmen, nachdem man 1918 zumindest vorübergehend die osteuropäischen Annexionspläne im Frieden von Brest-Litowsk durchgesetzt hatte<sup>31</sup>). Hitler empfahl sich einer Allianz von Rittergut, Hochofen und Finanzadel mit fanatischem Antibolschewismus und der Bändigung roter Aufstandsgefahr. Die Fähigkeit zur Magnetisierung der Massen machte Hitler als Geschäftspartner besonders attraktiv für jene, deren Ehrgeiz zumindest Teilidentität mit der NS-„Programmatik“ aufwies. So gehörten die Erweiterung von Lebensraum, die Sicherung von Ernährungs- und Rohstoffbasen ebenso latent zur traditionellen deutschen Zielvorstellung wie die Parolen vom Rassenkampf gegen Slawen, Juden und Gallier. Hitler gab diesen Ambitionen und Überzeugungen zunächst nur eine gewaltigere Dimension, erschien den meisten aber nicht als Vater einer originären Revolutionsstrategie. Erst im Kriegsverlauf 1941/1942 entlarvte das rassistische Telos den Führer der Deutschen als Feind der abendländischen Kultur und als verächtlichen Überwinder wilhelminischen Weltmachtstrebens<sup>32</sup>).

<sup>31</sup>) Zum Komplex s. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1979 (ADTG 7203), S. 390ff., S. 553ff.; ders., Der Erste Weltkrieg, etwa S. 283, 292, 304; vgl. besonders das Kap. „Hitlers Programm und das Kontinuitätsproblem“, in: Wilhelm Deist u. a. (Hrsg.), Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, Bd. 1, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br., Stuttgart 1979; Volker Hentschel, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1979; Hans Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976 (Historische Perspektiven 3).

Was Hitler im Urteil der Zeitgenossen absolute Einzigartigkeit verlieh, war seine Fähigkeit, die Massen durch Emphase vom Ideengut des Klassenkampfes abzubringen, sie zur Aufgabe ureigenster Standesinteressen (Streikrecht, Tarifautonomie, Achtstundentag usw.) zu bewegen und sie als Werkzeug zum erneuten Griff nach der Weltmacht herzurichten. Hitler fing alle im Propagandanetz sozialer Versöhnung, mit dem Tag von Potsdam als erstem Höhepunkt meisterlicher Regie. Aufgrund der Interessenparellelen von brauner Revolution, heroischem Preußentum und Industrie feudalismus war eine solche Synthese nicht so verwunderlich wie die Frage nach dem Grund für die Massengunst Hitlers. Er gewann diese Gunst nicht allein dadurch, daß er allen alles versprach und vielfach einzulösen schien. Hauptmotiv war wohl, daß er Millionen Verarmter, Zukunftsloser und Entwurzelter neue Selbstachtung gab. Denn zeigte sich nicht in diesem Hitler, diesem unbekanntem Maler und Gefreiten, der kleine Mann als großes Vorbild? War Hitler nicht jener, der sie alle repräsentierte, aber dennoch ohne Hilfe adeliger Herkunft, ohne Protektion und Besitz sich allein mit beispielloser Willenskraft hochgearbeitet hatte, fest an Deutschlands Aufstieg glaubend?

Nicht allein das Wirtschaftsdebakel Weimars ließ Hitler zum Messias für viele werden, sondern seine Kraft zur Zusammenführung aller Deutschen im Geiste tiefster Volksgemeinschaft, der Hitler liturgische Weihe gab: „Das ist das Wunder unserer Zeit, daß ihr mich gefunden habt — daß ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen! Und daß ich euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück!“ Oder wenn Hitler inbrünstig skandierte: „Aus dem Volk bin ich gewachsen, im Volk bin ich geblieben, zum Volk kehre ich zurück. Ich setze meinen Ehrgeiz daran, keinen Staatsmann auf der Welt zu kennen, der mit mehr

<sup>32</sup>) Zum Vorstehenden: Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933—1945, Stuttgart 1976<sup>3</sup>, besonders darin das Nachwort; Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 25. Jg., H. 4, 1977; Andreas Hillgruber, Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 226, 1978, S. 600ff.; Georg L. Mosse, Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler, Königstein Ts. 1978, S. 23—45. Zur Revolutionierung der politischen Kultur nach innen und außen vgl. z. B. Karl-Ingo Flessau, Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus, Frankfurt M. 1979 (Fischer Taschenbuch 3422); Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1970, S. 69ff.

Recht als ich sagen kann, Vertreter seines Volkes zu sein.“<sup>33)</sup>

Nur so ist verstehbar, weshalb viele Arbeiter das rote gegen das braune Hemd einwechselten, mußte ihnen doch Klassenkampf als überflüssig erscheinen angesichts Hitlers Sorge für Arbeit, Ordnung, Sicherheit<sup>34)</sup>. Das Verbot von Parteien und Gewerkschaften wurde nicht zur Staatskrise, da sich in 13 Jahren Republik die Appelle für Vernunft und Augenmaß ebenso abgenutzt hatten wie die Zukunftsvertröstung auf reale Mitbestimmung und Machtkontrolle. Wo jeder Dritte arbeitslos war, klang das Verlangen nach Streikrecht und nach freiem Aushandeln der Löhne sowie nach gewerkschaftlichem Interessenschutz brüchig, hohl, gar lächerlich. Der Rest gewerkschaftlicher Solidarität wurde ausgetrocknet durch allgemeine Aufbruchstimmung.

Das Gefühl, es gehe wieder vorwärts, unterdrückte nach jahrelanger Entmutigung schlicht die Frage nach dem Wohin des neuen Regimes<sup>35)</sup>. Wären solche Zweifel nicht auch undeutsch, miesmacherisch gewesen im Hinblick der gewaltigen innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers?

Mit den Schlaginstrumenten „Gerechtigkeit für Deutschland“ und „Friedensliebe“ zersprengte Hitler die Versailler Fesseln. Mit Wirtschaftskonjunktur, dem Aufbau der Wehrmacht, der Angliederung von Saar, Österreich und Sudetenland gewann die tiefverletzte Selbstachtung der Deutschen neue Kraft. Daß Hitler geschickt die unter seinen Amtsvorgängern erstellten Arbeitsbeschaffungsprogramme umsetzte, daß das Reich von der inzwischen verbesserten internationalen Wirtschaftslage profitierte — alles wurde dem persönlichen Verdienst des Führers zugerechnet und von der „Faszination seiner Diktatur“ (Speer) requiriert<sup>36)</sup>. Die Erfolge erwiesen sich

<sup>33)</sup> Hitler auf dem Nürnberger Parteitag 1936, zitiert nach Rudolph Binion, „... daß ihr mich gefunden habt“. Hitler und die Deutschen: Eine Psychohistorie, Stuttgart 1978, S. 15; zitiert nach J. P. Stern, Hitler und die Deutschen, in: Hitler heute. Gespräche über ein deutsches Trauma, hrsg. von Guido Knipp, Aschaffenburg 1979, S. 148.

<sup>34)</sup> Zur Führer-Bindung der Massen bietet die aktuellste Analyse Lothar Kettenacker, Sozialpsychologische Aspekte der Führerherrschaft, Papier zur Tagung des Deutschen Historischen Instituts London in Cumberland Lodge, Mai 1979 (bisher unveröffentlicht).

<sup>35)</sup> Vgl. exempl. Hans Werner Richter, Briefe an einen jungen Sozialisten, Hamburg 1974. Richter schildert darin die Erosion der politischen Kampfmoral auf der Linken durch Hitlers Erfolgswucht.

<sup>36)</sup> Albert Speer, Technik und Macht, München 1979; Hans-Joachim Winkler, Legenden um Hitler, Berlin 1961; Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 62ff.

als so übermächtig, daß man in der breiten Bevölkerung zugunsten von Ruhe und Ordnung zeitweilig auf Recht und Ordnung verzichten zu können glaubte. Betäubt durch die Propaganda-Arrangements aus Brot, Spielen und Terror fiel der Verzicht auf Machtkontrolle nicht schwer. Die Schutzhaft für Homosexuelle, Zigeuner, die Verbannung alles „Undeutschen“ nahm man hin, gedeckt von jenem „gesunden Volksempfinden“, daß dort halt Späne fallen, wo gehobelt wird. Die Tötung von Schwachsinnigen und Krüppeln erschien tolerierbar. Sollte man sie ernähren, wenn Gesunde hungerten? Auch die Verfolgung der Linken löste keinen großen Protest aus. Waren jene nicht verantwortlich dafür, daß 1917/18 die Heimatfront versagt hatte? Wollten jene nicht den Deutschen ein ähnliches System aufzwingen, wie es Stalin bei den Slawen eingeführt hatte? Was man mit jenen Menschen zweiter Klasse machen konnte, ziemte sich nicht für anständige Deutsche!

Auch Hitlers Antisemitismus erschien zunächst nicht so erschreckend neu. In allen Krisen war das Judentum als Sündenbock mißbraucht worden<sup>37)</sup>. So zeigte sich auch der Judentumhaß während der Wirtschaftskrise primär als Konkurrenz-Antisemitismus. Machten auch die Juden mit 560 000 nur 0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, so waren sie doch in akademischen Berufen, in der Publizistik und in Sparten des Handels (Makler, Textil, Großkaufhaus) überproportional stark vertreten, zudem in wenigen Großstädten des Reiches auffällig konzentriert. Als es zu Boykotts, Deportationen, dann 1938 zur „Reichskristallnacht“ kam, reagierte die deutsche nichtamtliche Öffentlichkeit zwiespältig. Gelähmt und verwirrt durch die „Enthüllungs“-Propaganda über angebliche jüdische Schandtaten, billigte man zwar nicht allgemein die brutale Vorgehensweise gegen Juden, doch hatte man andererseits weder Kraft noch Courage, wie A. Speer kürzlich zugab, für diese Mitbürger offen einzutreten. Zumal beide christlichen Kirchen sich in Kampagnen für den Schutz „lebensunwerten Lebens“ einsetzten, aber nicht ebenso entschieden für Juden Partei ergriffen. Daß zudem bis 1941 270 000 Juden, wenn gleich unter schwierigsten Bedingungen, doch

<sup>37)</sup> Patrik von zur Mühlen, Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe, Berlin 1977; Alphons Silbermann, Erkenntnisse der Soziologie zur Rassenfrage, in: ders., Kein Brett vor dem Kopf — Ketzerereien eines Soziologen, Düsseldorf 1979, bes. S. 253ff.; Léon Poliakov, u. a., Über den Rassismus. Sechzehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns, Stuttgart 1979; Gideon Hausner, Die Vernichtung der Juden. Das größte Verbrechen der Geschichte, München 1979.

mit amtlicher Erlaubnis ausreisen konnten, beschwichtigte wohl manches Gewissen<sup>38)</sup>.

Die Sympathien für Hitler, der Glaube, der Führer und Reichskanzler werde als Staatsmann von der Verwirklichung seines „Mein Kampf“-Programms absehen, verwelkten mit dem Angriff auf die UdSSR im Sommer 1941. Es offenbarte sich rasch, daß Hitlers Strategie noch weniger als das wilhelminische Weltmachtstreben in der Ziel-Mittel-Räson eines Clausewitz verankert war. Immer unverdeckter bestätigte Hitlers Vorgehen dessen Handlungsmaxime: „Ich habe in meinem Leben immer *va banque* gespielt.“<sup>39)</sup> Einst hatte Hitler den Mehrfrontenkrieg als Kardinalfehler der Reichsleitung gegeißelt. Nun wiederholte er ihn selbst mit dem Angriff auf Rußland, ohne daß England zuvor besiegt oder als Partner gewonnen worden war. Als aus London und Paris am 3. September 1939 die Kriegserklärungen eintrafen, reagierte Hitler ratlos, war doch sein Konzept der getrennten Blitzkriege gescheitert. Am 6. Dezember 1941 äußerte Hitler, daß der Kampf kaum noch zu gewinnen sei. Fünf Tage danach erklärte er den USA den Krieg<sup>40)</sup>, obgleich für eine ozeanische Kampfführung alle lufttechnischen und maritimen Waffen fehlten<sup>41)</sup>.

Stand auch das Scheitern einer großgermanischen Weltreichsschöpfung bevor, so sollte dennoch das zweite Ziel der Hitler-Ideologie nach Möglichkeit realisiert werden: die systematische Vernichtung des Judentums, wie sie auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 beschlossen wurde. Zwar wiederholte sich 1941/42 der Zusammenbruch deutscher Staatsräson, doch das strategische Unvermögen von 1914 verkam bei Hitler zur organisierten Barbarei.

Von diesen Vorgängen haben angeblich die meisten Deutschen nichts gewußt. Natürlich

sickerte von dem, was geschah, vieles durch. „Aber wer durchaus wollte, konnte unwissend bleiben oder sich wenigstens unwissend stellen, auch vor sich selbst; und das taten die meisten Deutschen, wie übrigens auch die meisten Bürger der anderen europäischen Länder, aus denen die Juden ‚ausgekämmt‘ wurden.“<sup>42)</sup> Es gab weder Persönlichkeiten noch Chancen für einen wirksamen Widerstand. Denn in den Kriegsjahren — und dies ist den jungen Menschen heute so schwer nachvollziehbar — war ein Schritt vom Wege, ein Schwimmen gegen den Strom fast unmöglich. Die Menschen im Reichsgebiet, die dem Luftterror der Alliierten ebenso ausgesetzt waren wie den Parolen Bormanns, die Feinde wollten alle Deutschen vernichten — diese Menschen hatten weder Zeit noch Kraft, sich um fremdes Schicksal hinter KZ-Mauern oder in Lagern weit im Osten zu sorgen. Stille, heimliche Hilfe in der Nachbarschaft war hier möglich, dort nicht — abhängig stets vom Mut der Helfer, von der lokalen Situation, von der Schärfe der Parteifunktionäre. Das Stehlen von Brot konnte hier mit Achselzucken, dort mit Enthauptung geahndet werden<sup>43)</sup>. Solch permanenter Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik, diese Angst vor der Angst des Mitbürgers, zermürbte die Entschlußkraft zur Auflehnung, beschränkte die Befähigung zum aktiven Widerstand auf wenige.

Dies zeigt sich besonders im qualvollen Ringen der Männer des 20. Juli. Mußte die Beseitigung Hitlers nicht erneut die Nation in tiefe Zwietracht stürzen, die Dolchstoß-Legende ein zweites Mal entstehen? Immerhin standen wie 1918 deutsche Truppen tief in Feindesland; und sollten nicht bald die „Wunderwaffen“ zum Einsatz kommen? Wie sollte man dem Volk glaubhaft machen können, daß Hitler bereits im Dezember 1941 den Kampf als kaum noch gewinnbar bezeichnet hatte und seit 1943 die führenden Militärs mit der Niederlage rechneten? Hätte die Nation dem doch vielfach geliebten Führer die Auffassung zugetraut, daß die Deutschen in ihrer Katastrophe keine Rücksichtnahme auf die primitivsten Dinge zum Weiterleben verdienten, es vielmehr besser sei, auch diese zu zerstören („Nero-Befehl“)<sup>44)</sup>?

Wirkt die Unfähigkeit zum Kurswechsel, die furchtbare Ausweglosigkeit nicht bis heute

<sup>38)</sup> Albert Speer im ZEIT-Magazin vom 3. 11. 1978, S. 70; jetzt eindringlich Eike Hennig, Vierzig Jahre „Reichskristallnacht“ — Vierzig Jahre Euphemismus und Verdrängung, in: Anneliese Mannzmann (Hrsg.), Hitlerwelle und historische Fakten, Königstein Ts. 1979; Manfred Funke, Programm ohne Planung. Thesen zur destruktiven Qualität der totalitären Diktatur Hitlers, in: ders. (Hrsg.), Totalitarismus — Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978, S. 185.

<sup>39)</sup> Leonidas E. Hill (Hrsg.), Die Weizsäcker-Papiere 1933—1950, Berlin 1974, S. 162.

<sup>40)</sup> S. dazu Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 93, S. 115ff.

<sup>41)</sup> Exemplarisch das Nachwort in Johannes Steinhoff, Die Straße von Messina, Bergisch Gladbach 1978 (Bastei/Lübbe Taschenbuch 63028); Michael Salewski, Reichsmarine und Weltmachtstreben, in: Klaus-Jürgen Müller — Eckardt Opitz (Hrsg.), Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 180.

<sup>42)</sup> Sebastian Haffner, Anmerkungen, S. 176.

<sup>43)</sup> Mit solch einem Urteil brüstet sich Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977, S. 529.

<sup>44)</sup> So Hitler gegenüber dem protestierenden Speer, zitiert in Sebastian Haffner, Anmerkungen, S. 197.

nach in dem eigentümlich gefühlstauben Verhältnis unserer Bevölkerung zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli? Die in tiefster Vereinsamung handelten, umgeben vom Glauben an den Endsieg, umstellt von der Überzeu-

gung, den Schicksalswagen so oder so ausrollen lassen zu müssen, dabei auf den geeigneten Punkt zum Absprung zu warten und das nackte Leben zu retten. Denn darauf verkürzte sich für die meisten alles Tun.

### III. Zeitgeschichte als Lernfeld der Gegenwart

Über die Situation des Gejagtwerdens und der Ausweglosigkeit konnten die Zeugen der Zeit die Nachwachsenden nur unzureichend aufklären, bis der Film „Holocaust“ die psychische Verriegelung aufbrach. Einzelschicksale öffneten den Zugang zu einer Epoche, die die Älteren nicht nur aus Schuldverweigerung verdrängten. Vielmehr stand oft der Wunsch dahinter, ihre Kinder auch vor dem nur gedanklich-operationalen Nachvollzug des Geschehenen zu bewahren. Jenen, die man liebt, deren Vertrauen man will, sollte die Ahnung erspart bleiben von der Korruptierbarkeit des einzelnen, vom möglichen Maß menschlicher Entwürdigung, von der vielfachen Bestätigung des Wortes von Max Frisch, wonach die Schuld der anderen gebraucht werde zur Rechtfertigung der eigenen Unfähigkeit.

Schweigen sollte aber auch letztlich die nur begrenzte Leidensfähigkeit des Menschen verschleiern, es nicht anstößig erscheinen lassen, daß in die Furchtbarkeit des Erlebten immer stärker der Wunsch eindrang, das Davongekommensein zu genießen, das nasse Fell an der Sonne zu trocknen. Auf den leidenschaftlich-selbstlosen Einsatz für Volk, Vaterland und eine große deutsche Zukunft folgten Mißtrauen, Vorbehalte und Egoismus als Reflexe der Erfahrung, betrogen worden zu sein und sich selbst betrogen zu haben. Nur so wird in etwa verstehbar, warum die Älteren unter uns jeglicher Ideologie nur Asylstatus zubilligen und in wirtschaftlicher Stabilität die erste Legitimation der zweiten Republik sehen.

Freilich darf solche Sichtweise nicht im geringsten zur Aufforderung an die Jugend werden, nur die Reproduktion des Bestehenden zu betreiben, sich auf die Verurteilung Hitlers als formale Pflichtübung zu beschränken. Gerade zur verstehenden Aufarbeitung des zeitgeschichtlichen Erbes müssen die Älteren mit beitragen, müssen sie heraustreten aus ihrem Schweigen und Trotz, müssen sie sagen, was war. Die Gesprächshaltung der Jüngeren sollte ein Zitat bestimmen aus dem Holocaust-Kommentar der Journalistin Renate Harprecht, die als Jüdin Auschwitz und Bergen-Belsen erleiden mußte:

„Aber vielleicht an die, die sich nicht belastet fühlen, die meinen, daß das ein Problem ihrer

Eltern, ihrer Väter, ihrer Mütter, ihrer Großeltern sei, daß sie damit nichts zu tun hätten. Denen muß ich doch ein par kleine Wahrheiten sagen: Man kann sich ein Volk, seine Familie, seine Gesellschaft nicht aussuchen, man wird in sie hineingeboren. Ich bin auch nicht vor Beginn der Nazizeit gefragt worden, ob ich als Jüdin auf die Welt kommen wollte. Später habe ich mich sicher des öfteren gefragt, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn ich nicht als Jüdin auf die Welt gekommen wäre. Aber so war das halt, das hat man akzeptiert. Das mußten meine Eltern akzeptieren, das mußte mein Vater akzeptieren, der als Offizier im 1. Weltkrieg war, meine Mutter und wir Kinder, die wir in einem sehr deutsch geprägten Haus aufgewachsen sind. Meine Eltern mußten die Tatsache, daß sie Juden sind, mit dem Leben bezahlen: Sie wurden umgebracht, sie wurden vergast. Meine Schwester und ich sind wahrscheinlich seit dieser Zeit bewußtere Juden, als wir es vorher waren. Ich sage es heute jedem, der es hören will oder auch nicht, daß ich eine Jüdin bin, und zwar eine Jüdin deutscher Herkunft. Und ob ich es will oder nicht, ich gehöre damit zur jüdischen Geschichte. Ich finde, die jungen Leute, ob sie es wollen oder nicht, gehören zur deutschen Geschichte. Wenn sie sich aus dieser Geschichte und dieser Realität flüchten, dann schaffen sie damit ein Niemandsland von einer Bewußtseinslosigkeit, von einer Verantwortungslosigkeit. In diesem Niemandsland läuft man dann Gefahr, daß sich da Leute hereinsetzen, die Macht wollen und die skrupellos sind. Was dann passiert, das weiß man. Ich glaube, die jungen Deutschen müssen es akzeptieren, Deutsche zu sein mit allen Lasten, die dazu gehören, und dann brauchen sie ihr Haupt nicht mit Asche bestreuen.“<sup>45)</sup>

Helfen beim Einstehen für unsere Vergangenheit, helfen beim Lernen aus der Geschichte müssen aber mehr als bisher Radio, Presse und Fernsehen. Für sie war allzuoft in der Vergangenheit die NS-Diktatur eine Wühlkiste für Sensationsmacherei oder für Routine-Ver-

<sup>45)</sup> Peter Märthesheimer — Ivo Frenzel (Hrsg.), Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm „Holocaust“. Eine Nation ist betroffen, Frankfurt M. 1979, S. 272 (Fischer Taschenbuch 4213).

damnis im Feature-Stil. Nicht die Frauen um Hitler, nicht Hitler und sein französischer Sohn, nicht Spionagefälle und Enthüllungen aus Feldmarschall-Diarien dürfen die höchste Aufmerksamkeit beanspruchen, sondern die Veralltäglicung des Ungeheuerlichen, das unser Verhältnis zueinander noch lange prägen wird.

Vor dem Anspruch unserer Vergangenheit gibt es kein Versteck. Wir dürfen nicht weiterhin, auch nicht partiell, die pathetische Kritik André Glucksmanns rechtfertigen: „Nach der Niederlage 1945 erlebte Deutschland die Trauer als unmöglich; ohne klare Gedankenvorstellung. Muß darin nicht eine Wiederho-

lung der ersten Apokalypse, der des 17. Jahrhunderts (d. i. der 30jährige Krieg), gesehen werden? Als sich der Deutsche nach 45 in den wirtschaftlichen Wiederaufbau stürzte und alles andere dabei vergaß, fand er da nicht in der Geschichte, die wieder bei Null anfängt, die Wiederholung der ewigen deutschen Geschichte?“<sup>46)</sup>

Gegenwart und Zukunft sind nicht voraussetzungslos. Wir ständen blind in ihnen ohne geschichtliches Wissen. Dieses Wissen gibt uns Aufschluß über Gefährdung und Selbstgefährdung unserer Demokratie und über den Streitwert, den sie für uns hat und haben sollte.

<sup>46)</sup> André Glucksmann, Die Meisterdenker, S. 65.

## Das Weimarer Revisionssyndrom

Dem Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, mißfiel die Inschrift des für die gefallenen Berliner Studenten errichteten Mahnmals in der Friedrich-Wilhelms-Universität so stark, daß er es nicht unterließ, den Text dem französischen Außenministerium mitzuteilen. Es war ein schlichter lateinischer Spruch. Er lautete: "Invictis victi victuri"<sup>1)</sup>. In der Aula der Marineschule in Mürwik hätte der General ähnlich Bedenkliches finden können: In beste deutsche Eiche geschnitzt ist hier zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gebliebenen deutschen Seeoffiziere der Spruch verewigt: „Nicht klagen, wieder wagen, Seefahrt tut not“. Keine Rede könne davon sein, faßte wenige Jahre später, 1927, General Walch, der Nachfolger Nolllets, in seinem großen Abschlußbericht<sup>2)</sup> solche Symptome zusammen, daß das Deutsche Reich auch geistig abgerüstet habe; möge der Völkerbund auch die vollzogene Entwaffnung des ehemaligen Gegners akzeptieren, die kriegerrisch-revanchistische Mentalität in der

Reichswehr und in den zahlreichen Wehrverbänden habe sich mitnichten geändert. In nahezu allen Kreisen der Bevölkerung sei das Streben nach Revision des Versailler Vertrages tiefer denn je verwurzelt; es sei nicht gelungen, die Entwaffnungsmaßnahmen der Sieger als Vorleistung zu einer allgemeinen Abrüstung im Bewußtsein der Deutschen zu verankern; die der Entwaffnung zugrunde liegende Idee einer friedlichen Zukunft habe in Deutschland keine Wurzeln geschlagen.

Dies war eine ziemlich exakte Umschreibung der politischen Wirklichkeit im Deutschland der späten zwanziger Jahre, aber wenige Politiker dürften gehant haben, daß es sich damals nur um den Beginn einer politischen Denk- und Verhaltensweise handelte, die zu ungeheueren Dimensionen anschwellen sollte. Erst in den letzten Jahren der Republik, vollends dann im Staate Hitlers enthüllte sich die Brisanz der politischen Grundsatzforderung des Reiches nach totaler Revision des Versailler Vertrages.

### I. Die politische Zerrissenheit Weimars

Die Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik hat in den vergangenen zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Fortschritte gemacht. Dies geht nicht allein auf die sehr viel bessere Quellenlage zurück, beruht nicht allein auf der stetigen Publikation großer Dokumentenreihen wie den „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ oder den „Akten der Reichskanzlei“<sup>3)</sup>, sondern

ist wesentlich Folge veränderter Fragestellungen und neuer historischer Sehweisen. Die Weimarer Republik gleichsam als „missing link“ zwischen der Geschichte des kaiserlichen und des nationalsozialistischen Deutschland wurde schon immer sehr stark unter dem Gesichtspunkt von „Kontinuität oder Diskontinuität in der deutschen Geschichte“, wie es Andreas Hillgruber formuliert hat, betrachtet<sup>4)</sup>; Ursachen und Folgen der Revolution von 1918 und der Hitlerschen Machtergreifung 1933 waren die beiden großen Stützpfeiler, über die hinweg der historische Bogen bis zur Reichsgründung von 1871 einerseits, dem totalen Zusammenbruch Deutschlands 1945 andererseits geschlagen wurde. Die Geschichte Weimars erhielt auf diese Weise stark funktionalistischen Charakter, und es gab nicht wenige Historiker, die dieser ersten deutschen Republik überhaupt einen historischen Eigenwert abstritten.

<sup>1)</sup> Vgl. M. Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919—1927*, München 1966, S. 378. „Invictis victi victuri“ — die Inschrift — ist schwer übersetzbar, da mehrdeutig. Vielleicht: Die Besiegten, die siegen werden, den Unbesiegten.

<sup>2)</sup> *Journal Officiel*, vol. VIII, C. 371, 1927 IX v. 27. 7. 1927, Société des Nations.

<sup>3)</sup> *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 bis 1945*, Serie B: 1925—1933, Göttingen 1966—1978. — Immer noch klafft eine Lücke; von der Serie A (1918—1924) ist noch nichts erschienen. Zum Gesamtwerk vgl. Th. Schieder, *Das Dokumentenwerk zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945*, in: *Historische Zeitschrift* 218, 1974, S. 85—95. *Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik*. Herausgegeben für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von K.-D. Erdmann, für das Bundesarchiv von W. Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel, Boppard 1968 ff.

<sup>4)</sup> A. Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1971.

Die permanente innere Zerrissenheit der Gesellschaft Weimars, der immer fehlende politische und soziale Grundkonsens, die auffallende Heterogenität der Parteien, Verbände, gesellschaftlichen Gruppen, das Unvermögen der Weimarer Regierungen, dem Radikalismus von rechts und links ausreichend zu wehren, ließ durchgehende politische, gesellschaftliche oder auch geistig-kulturelle Eigentümlichkeiten der Republik nicht oder kaum erkennen<sup>5)</sup>. Wenn ein so zynisch-scharfsinniger Beobachter der politischen Kultur Weimars wie Carl Schmitt diesem Staatswesen verderblichen „Pluralismus“ diagnostizierte, so umschrieb er damit nur das, was auch die historische Forschung lange Zeit behauptete: daß es ein wie auch immer geartetes einheitliches Bild dieser Epoche deutscher Geschichte nicht gegeben habe. Vom Blickpunkt des Wilhelminischen Konservatismus oder der nationalsozialistischen Weltanschauung her gesehen war die Vielfalt, Zersplitterung und Ohnmacht der „Weimarer Ideologie“ deutlich zu erkennen. Es schien nichts zu geben, was den Menschen dieser Republik gemeinsam gewesen wäre, soweit es sich um das historisch-politische, das geistige, soziale oder ökonomische Selbstverständnis handelte.

So richtig nun aber alle diese Beobachtungen und Feststellungen auch sein mochten — es bestand eine Ausnahme, und zwar eine ganz wesentliche Ausnahme: Von 1919 bis 1933 gab es einen großen politischen Grundkonsens, der von nahezu allen Parteien — bis hin zu den radikalen —, von ausnahmslos allen Reichsregierungen und von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen wurde: daß der Versailler Vertrag als eines der „Grundgesetze“ der jungen Republik bekämpft werden, daß er fallen und, wie der meistgebrauchte Ausdruck lautete, „revidiert“ werden müsse. Die Forderung nach grundsätzlicher, alle Artikel des Vertrages umfassender Revision erwies sich bis zum Ende der Repu-

blik überhaupt als der dauerhafteste Kitt dieses Staatswesens. Die doppelte Verankerung des Vertrages in der Außen- und Verfassungspolitik des Reiches — der Vertrag war bekanntlich geltendes Reichsrecht, im Reichsgesetzblatt verkündet —<sup>6)</sup> führte dazu, daß die Forderung nach Revision nahezu alle Teilbereiche der politischen und kulturellen Wirklichkeit in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren berührte und oft wesentlich prägte.

Der Begriff „Revision“ ist auf diese Weise ein hervorragendes Instrument zur Deutung der Individualität Weimars — besser: er könnte es werden, denn es gibt bislang keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende, umfassende Deutung des „Revisionssyndroms“, wie wir es nennen wollen<sup>7)</sup>; allzu einseitig hat sich die bisherige Forschung mit dem Phänomen „Revision“ nur unter außenpolitischen Gesichtspunkten beschäftigt<sup>8)</sup>. Daß dies falsch ist und dem Wesen des Weimarer Revisionismus nicht gerecht wird, soll in gebotener Kürze und notwendiger Vorläufigkeit dargestellt werden. Der empirische Befund wird allerdings nur dann zu befriedigenden Ergebnissen führen können, wenn er auch von der Theorie her durchdacht wird. Dies ist das Wesen einer historischen Begriffsbestimmung, die sich als dialektische verstehen will.

<sup>6)</sup> RGB 1. 1919, Nr. 140 vom 16. 7. 1919.

<sup>7)</sup> „Syndrom“, aus dem Griechischen syndromos: „zusammenlaufend“, in der Medizin als „Symptomenkomplex“ bezeichnet, eine Mehrzahl einzelner Krankheitssymptome, die zusammen sowie in ihrem Mit- und Gegeneinander diagnostiziert werden müssen, um eine zutreffende Gesamtdiagnose des Krankheitsbildes zu gewinnen.

<sup>8)</sup> Der Begriff „Revisionismus“ findet sich zwar in zahlreichen Arbeiten, aber er wird zumeist unreflektiert verwendet, so z. B. bei K. Megerle, Deutsche Außenpolitik 1925. Ansatz zu aktivem Revisionismus, Frankfurt/M. 1974; ders., Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarnodiplomatie, in: Jahrbuch zur Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 25, 1976, S. 145—178; N. Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheiten in Polen, Stuttgart 1973; P. Alter, Rapallo, Gleichgewichtspolitik und Revisionismus, in: Neue Politische Literatur 19, 1974, S. 509—517; G. Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler: Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973. Der Begriff wird ausschließlich für die Außenpolitik verwendet; auch der Titel bei Wollstein täuscht: Es handelt sich um eine der üblichen diplomatiegeschichtlichen Studien.

<sup>5)</sup> Die kulturelle „Einheit“ der Weimarer Republik betonen W. Laqueur, Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt/M 1976; P. Gay, Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit 1918—1933, Frankfurt/M 1970. Der Begriff der „politischen Kultur“ ist bisher nicht zusammenhängend untersucht worden; wichtige Ansätze bei H. J. Schoeps (Hg.), Zeitgeist im Wandel: Der Zeitgeist der Weimarer Republik, Göttingen 1968, und A. Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932, Darmstadt 1972<sup>2</sup>.

## II. Revision als historischer Rechtsanspruch?

Die Begriffe „Revision“ und „Revisionismus“ sind semantisch mehrfach besetzt; hier interessiert allein der politisch-historische Aspekt. War der sog. Revisionismus innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg eine Abkehr von radikal-revolutionärem Gedankengut, eine Bezeichnung für gemäßigt sozialistisches Denken, so wohnte dem Weimarer Revisionismus von Anbeginn eine Tendenz zur Radikalisierung inne; nicht die Bewahrung des bestehenden politischen Zustandes war das Entscheidende, sondern dessen fundamentale Änderung. Revision wurde nicht — wie etwa in der Buchhaltung oder in der Fertigungstechnik — als kritische Überprüfung verstanden, die im Ergebnis das Geprüfte für durchaus gut befinden kann, sondern als prinzipielle Negation des Gegebenen, das von Anbeginn als minderwertig, verabscheuenswürdig, ja hassenswert erschien. Der innen- und außenpolitische Zustand des Deutschen Reiches, wie er aufgrund der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges, oder genauer: des Friedensvertrages von Versailles einerseits, der Novemberrevolution und der Weimarer Reichsverfassung andererseits sich nach 1918 entwickelte, wurde von den Deutschen nur deswegen widerwillig toleriert, weil er untrennbar mit der Verheißung der Revision verknüpft war. Wenn Erzbergers Hand nach dem Juni 1919 ebensowenig verdorrte wie die des unglücklichen Reichskanzlers Bauer, so nur deswegen, weil allen Machträgern der jungen Republik klar war, daß das, was sie in Versailles unterschreiben mußten, nicht auf politischer Freiwilligkeit beruhte, sondern von den Alliierten schlicht erpreßt worden ist<sup>9)</sup>.

Niemand aber konnte verantwortliche deutsche Staatsmänner dazu zwingen, das, was sie unter Zwang äußerlich anerkannten, auch innerlich zu akzeptieren. Dies war die geistige Konstruktion, die es der deutschen Delegation in Paris erlaubte, sich nicht selbst als ehrlos zu betrachten<sup>10)</sup>. Vor allem der Generaloberst

<sup>9)</sup> Das geht aus dem Dokumentenmaterial im Umkreis der Debatte um Annahme oder Ablehnung des Vertrages eindeutig hervor; so hieß es beispielsweise in der deutschen Note zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 23. Juni 1919: „Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt“, in: Ursachen und Folgen III, Berlin 1958, S. 388.

<sup>10)</sup> So Seeckt in seiner Verfügung vom Juli 1919 (Ursachen und Folgen III, S. 534); Vgl. auch Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Scheidemann 13. Februar—20. Juni 1919, bearbeitet von H. Schulze, Boppard 1971, S. 475. Zum Gesamtzusammenhang: K. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

von Seeckt hat später mehrfach darauf hingewiesen, daß die Sieger zwar die Absicht gehabt hätten, dem Deutschen Reich die „Ehre zu rauben“, daß ihnen dies jedoch nicht gelungen sei. Seeckt faßte diese Philosophie in dem bekannten Schlagwort zusammen: „Geist bleibt lebendig — bis auf den Tag“<sup>11)</sup>.

Die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages wurde so zu einem integrierten Teil des Vertrages selbst, und zwar gerade weil dieser Vertrag so formuliert war, als sollte er Ewigkeitswert besitzen. Je ungerechter und absurder den Deutschen die Vertragsartikel erschienen, desto stärker war die ihnen immanente Revisionsforderung; dies wird besonders deutlich beim sog. Kriegsschuldartikel (§ 231) und den sog. Kriegsverbrecherartikeln (§§ 227 - 230). In beiden Fällen war der politische Imperativ zur Revision so stark, daß es den Alliierten nicht gelang, diesen Bestimmungen Geltung zu verschaffen: Der Artikel 231 wurde von der Reichsregierung und vom Reichstag feierlich als historisch ungültig zurückgewiesen; die Auslieferung der sog. Kriegsverbrecher wurde einfach verweigert — und es ist symptomatisch, ja für die spätere Entwicklung geradezu symbolhaft, daß die Sieger, auf dem Höhepunkt ihrer Macht, die Erfüllung dieser Forderung nicht zu erzwingen wagten<sup>12)</sup>.

Diese innere Verweigerung, die unausgesprochene und oft auch ausgesprochene Ablehnung nicht nur des Friedensvertrages selbst, sondern des gesamten politischen Prinzips, auf dem das Werk von Paris beruhte, wurde eine der Grundlagen der deutschen Politik. Sie war daher ebenfalls auf einem politischen Negativum aufgebaut, ihrem eigentlichen Wesen nach also destruktiv. Aber nur weil sie dies war, vermochten die Parteien der Weimarer Koalition zu einem temporären Konsens zusammenzufinden, der dem Staatswesen eine allerdings nur ungenügende Identität verlieh<sup>13)</sup>. Immer dann, wenn die deutsche Außenpolitik den Anschein erweckte, „Erfüllungspolitik“ zu sein, zerbrach die labile Koalition zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien, da letztere argwöhnten, die SPD sei im Begriff, die Grundforderung

<sup>11)</sup> Nachlaß Seeckt, BA-MA Freiburg i. Br., St. 111. Vgl. auch Ursachen und Folgen III, S. 536.

<sup>12)</sup> Zu diesem Themenkomplex ist in Vorbereitung eine Kieler Dissertation von Schwengler.

<sup>13)</sup> G. Arns, Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919—1924, Clausthal-Zellerfeld 1971; M. Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924—1928, Düsseldorf 1967.

nach außenpolitischer Revision zu relativieren. Infolgedessen ist es in den zwanziger und dreißiger Jahren keiner politischen Gruppierung gelungen — ja es gab sie überhaupt nicht! —, ein außenpolitisches Programm positiv auf der Grundlage des Friedensvertrages zu entwerfen, geschweige denn durchzusetzen. Dies wiederum war der tiefere Grund dafür, daß alle Vorstellungen von kollektiver Sicherheitspolitik von den Deutschen abgelehnt wurden, denn diese konnten sich auf den Vertrag, genauer: auf die dem Vertrag unglücklicherweise vorgeschaltete Völkerbundsatzung berufen<sup>14</sup>).

Diese Beobachtung führt zu einer weiteren Feststellung: Eine vorurteilslose Analyse des Versailler Vertrages hätte ergeben können, das viele Vertragsteile sehr viel besser waren als das negative Image des Gesamtvertrages. Dieses aber war es, das politisch relevant wurde, so daß es von Anfang an keine Chance gab, den Vertrag gleichsam „aufzuschnüren“, um die „guten“ Parteien von den „schlechten“ zu trennen. Damit wurde die Arbeit der Pariser Friedenskonferenz pauschal abgelehnt. Gerade diese aber begriffen die Siegermächte, an ihrer Spitze Frankreich, als zukünftige politische Diskussionsgrundlage<sup>15</sup>).

Hier wird bereits etwas weiteres Wichtiges sichtbar: Während die deutsche Politik an den Friedensvertrag mit einer negativen Grundhaltung herantrat, begriffen ihn die Alliierten cum grano salis als positiv. Zwischen diesen beiden Polen — also „plus“ und „minus“ — baute sich, gleichsam automatisch, ein politisches Spannungsfeld auf, das in diametralem Gegensatz zu den Intentionen stand, wie sie in der Völkerbundsatzung niedergelegt waren.

Dieses Spannungsfeld aber war nicht statisch, sondern in höchstem Grade dynamisch, da es

<sup>14</sup>) Es wäre noch genauer zu untersuchen, inwieweit die formale Koppelung von Völkerbund-Satzung und Versailler Vertrag zur Ablehnung der Völkerbundsatzung in Deutschland beigetragen hat. Neben dem Standardwerk von F. P. Walters, *A History of the League of Nations*, London, New York, Toronto 1960, siehe auch Ch. M. Kimmich, *Germany and the League of Nations*, Chicago 1976, und M. Lee, *Failure in Geneva. The German Foreign Ministry and the League of Nations 1926—1933*, Ann Arbor 1977. Sehr nützlicher Überblick bei A. Pfeil, *Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte* (= *Erträge der Forschung* Bd. 58), Darmstadt 1976.

<sup>15</sup>) Dies wurde programmatisch schon unmittelbar nach Abschluß des Vertrages sichtbar in dem vielgelesenen und vieldiskutierten Werk von Jacques Bainville, *Les conséquences politiques de la paix*, Paris 1920. Eine hervorragende Studie zu diesem Komplex liegt vor mit P. Miquel, *La paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1972; ders., *Versailles im politischen Meinungsbild Frankreichs*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 20/1972, S. 1—15.

das Wesen des außenpolitischen Revisionismus war, auf politische Veränderung zu drängen, wodurch die Parameter laufend mitverändert wurden. Die Folge war eine permanente Unsicherheit und Destabilität der europäischen Gesamtpolitik. Die *beati possidentes* — Frankreich, England, Belgien und Polen als wichtigste Nachbarn des Reiches — empfanden diesen Umstand natürlich als negativ, während Deutschland ihn positiv wertete. Nur wenn in der europäischen Politik ständige „Bewegung“ herrschte (dieser Begriff sollte im Nationalsozialismus eine charakteristische Bedeutung gewinnen), blieben für das Reich die Chancen auf Revision gewahrt. Die Unruhe Europas wurde so zu einer Option auf Revision. Es lag auf der Hand, daß es unter diesen Umständen schon vom Prinzip her nicht zu einer allseits anerkannten Sicherheitspolitik in Europa kommen konnte<sup>16</sup>). Alles, was in den glücklichen fünf Jahren der Republik von Persönlichkeiten wie Briand, Stresemann, Chamberlain auf diesem Felde versucht wurde, war daher auf Sand gebaut und letztlich nicht entwicklungsfähig<sup>17</sup>). Es fehlte eben eine nüchterne Analyse dessen, was in Deutschland unter „Revision“ verstanden wurde. Zwar gelang es beispielsweise Stresemann im Rahmen seiner Locarnopolitik, von dieser Tatsache abzulenken; Erfolg aber hatte er gerade deswegen, weil er intern keinen Zweifel daran ließ, daß auch er die alten Revisionsziele weiter verfolgte — der berühmte „Kronprinzenbrief“ ist hierfür immer als schlagendster Beweis zitiert worden, und dies zu Recht<sup>18</sup>).

<sup>16</sup>) Vgl. zum Problem der „Sicherheitspolitik“ M. Salewski, *Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1974, S. 121—147. Durchaus diskutierenswert: W. Ruge und W. Schumann, *Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 20, 1972, S. 40—70. Zum Gesamtkomplex am besten: J. Jacobson, *Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925—1929*, Princeton 1972, und als Pendant hierzu: M. Walsdorff, *Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära*, Bremen 1971.

<sup>17</sup>) In diesem Zusammenhang fällt der jeweilige „Bedingungscharakter“ aller Vereinbarungen auf und die durchgängige Tendenz, die Grundfragen der deutschen Revisionspolitik „offen“ zu halten — so bei Locarno die Ostgrenzenfrage, in Thoiry das Rheinland- und Entwaffnungsproblem, beim Völkerbundbeitritt die Durchmarsch- und Beistandsklauseln, bei der Abrüstungskonferenz und ihrer Vorbereitung seit 1926/27 das Gleichberechtigungsphänomen.

<sup>18</sup>) Vgl. Megerle, *Deutsche Außenpolitik*, a. a. O.; W. Ruge, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925 bis 1932*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 22, 1974, S. 273—290. — Kronprinzenbrief = Schreiben Stresemanns an den Kronprinzen Wilhelm vom 7. September 1925, in dem er seine außenpolitischen Fernziele enthüllte.

### III. Revisionspolitik und historisches Selbstverständnis

Vertragsablehnung — Revisionsforderung — Dynamisierung der Politik — Destabilisierung des Systems von Paris: dies waren, schlagwortartig zusammengefaßt, die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik, die bis hin zu Hitler im wesentlichen unverändert blieben. Dieser eher formalen Bestimmung des Revisions-syndroms im Bereich der Außenpolitik muß nunmehr eine inhaltliche Beschreibung folgen: Was eigentlich waren die politischen Ziele der deutschen außenpolitischen Revisionsforderung?

Zwei Aspekte sind zu unterscheiden: Zum einen bezog sich die deutsche Revisionspolitik Artikel um Artikel unmittelbar auf den Versailler Vertrag, zum anderen auf das historische Selbstverständnis der Deutschen.

Auf die einzelnen Revisionsforderungen bezüglich des Vertragsinstrumentes braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, denn sie sind hinlänglich bekannt. Die wichtigsten Gravamina betrafen die Reparations-, Entwaffnungs- und Territorialfragen; auf die besondere Rolle des sog. Kriegsschuldartikels wurde bereits hingewiesen. Eine Erfüllung der deutschen Forderung hätte in der restlosen Beseitigung aller Reparationsforderungen, der Wiederherstellung der Wehr- und Rüstungsfreiheit und der Wiederangliederung aller Territorien, die 1914 zum kaiserlichen Deutschen Reich gehört hatten — einschließlich der Kolonien —, bestehen müssen. Postuliert man, daß all dieses von den Siegern zugestanden worden wäre, so hätte das Kriegsergebnis nachträglich in einem „Unentschieden“ bestanden, die politischen Verhältnisse des Jahres 1914 wären, von der außenpolitischen Perspektive her gesehen, sozusagen wiederhergestellt worden. Diese Überlegung führt zum zweiten, wichtigeren Punkt, der mit dem Begriff des „historischen Selbstverständnisses“ umschrieben werden soll<sup>19)</sup>.

Deutsche Revisionspolitik war immer zugleich Restaurationspolitik. Es ging den Weimarer Staatsmännern um die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in dem Rahmen, der durch das Werk Bismarcks 1871 abgesteckt worden war. Es sollte also nicht auf die Zukunft hin „revidiert“ werden, sondern Bezugspunkt war die Vergangenheit, wobei das Jahr 1914 ähnli-

chen Stichdatumscharakter erhielt wie nach dem Zweiten Weltkrieg das Jahr 1937 im Rahmen der deutschen Wiedervereinigungspolitik seitens der Bundesrepublik. Verglichen mit der politischen Gegenwart Weimars erschien den Deutschen die Zeit Bismarcks und Wilhelms II. als die „gute alte Zeit“, zumindest, was die außenpolitische Perspektive betraf<sup>20)</sup>. In dieser Hinsicht gab es innerhalb des politischen Parteienspektrums, vielleicht mit Ausnahme der USPD und der KPD, keine Gegensätze. Das, was das Reich bis 1914 im Konzert der Großmächte dargestellt hatte, galt nach 1919 als nahezu optimal; die starrköpfigen Vertreter einer deutschen „Weltpolitik“ spielten in den frühen Jahren Weimars keine entscheidende Rolle: ein Kapp wurde der Lächerlichkeit preisgegeben, ein Tirpitz und Ludendorff spielten keine politische Rolle, obwohl sie sich bemühten, sie zu spielen<sup>21)</sup>. Die Mehrheit der Politiker und der Bevölkerung wäre nach 1919 schon sehr zufrieden gewesen, wenn das Deutsche Reich jenen Platz hätte wiedergewinnen können, der ihm vor Kriegsausbruch eher als Platz im Dunkeln der Weltgeschichte erschienen war. Daß es bei dieser relativen Selbstbescheidung aber nicht bleiben sollte, wird noch darzulegen sein.

Revision war also ein Zurück in die Vergangenheit. War die Revision erfolgreich, so wäre diese Vergangenheit zum Pragemuster der Zukunft geworden. Die Weimarer Republik hatte demnach immer nur rückwärtsgewandte Perspektiven. Dies kam nach und nach zum Bewußtsein, und zwar in den radikalen Flügelparteien: Weder die marxistischen noch die extrem nationalistischen Parteien, an ihrer Spitze die spätere NSDAP, konnten dieser Aussicht etwas Positives abgewinnen. Sie

<sup>20)</sup> Dies ergab sich aus der vehementen Diskussion der innerdeutschen „Kriegsschuldfrage“; behaupteten doch Persönlichkeiten wie Fürst Bülow und Tirpitz in ihren jeweiligen Memoiren, daß Deutschland von den „Einkreisungsmächten“ schließlich nur deswegen überfallen worden sei, weil die Reichsregierung unter Bethmann Hollweg zu „schwach“ und zu „unentschlossen“ gewesen sei. Demgegenüber habe die politische und militärische „Basis“ bis 1914 durchaus eine erfolversprechende „Abschreckungspolitik“ möglich gemacht.

<sup>21)</sup> Dies bleibt jenen Spekulationen gegenüber festzuhalten, die in diesen Persönlichkeiten ernst zunehmende Träger politischer Potenzen der Weimarer Zeit sehen. Weder Tirpitz noch Ludendorff konnten ihre Ambitionen (auf die Reichskanzler- bzw. Reichspräsidentenschaft) befriedigen. Vgl. G. Borst, Die Ludendorff-Bewegung 1919—1961. Eine Analyse monologer Kommunikationsformen in der sozialen Zeitkommunikation, Augsburg 1969. Inwieweit Ludendorff durch seine Frau politisch „gebremst“ wurde, wäre noch zu klären.

<sup>19)</sup> Der Begriff „Historisches Selbstverständnis“ ist nicht verbindlich wissenschaftlich definiert; ich verwende ihn hier im Sinne meines Beitrages „Historisches Selbstverständnis und Nationalbewußtsein der Deutschen“, der demnächst in dem Sammelband „Geschichte und Geschichtsbewußtsein“, hrsg. von O. Hauser, Göttingen 1980, erscheint.

wollten nicht die Rückkehr in das Bismarckreich oder das „Zweite Reich“, sondern den Durchbruch — sei es zur kommunistischen Gesellschaft, sei es zu einem „Dritten Reich“. Hier wird nun zum erstenmal die innere, dialektische Verbindung zwischen Außen- und Innenpolitik im Zeichen des Revisionsyndroms sichtbar. Zunächst muß aber die Frage beantwortet werden, welche Rolle das historisch-politische Selbstverständnis der Weimarer Republik in bezug auf das Revisionsphänomen spielte.

Revisionspolitik war immer Flucht aus der Gegenwart. Das Hier und Heute ging seines Eigenwertes verlustig. Nur zögernd bekannte sich selbst die Sozialdemokratie zu den Errungenschaften der Novemberrevolution, der Sozial- und Schulpolitik, vor allem der Weimarer Verfassung. Die politischen Umstände, die zur neuen Reichsverfassung geführt hatten, waren alles andere als erfreulich gewesen: schließlich waren der Sturz der Monarchie und die Demokratisierung und Parlamentarisierung des Reiches weitgehend Folgen der Niederlage, des Einspruchs der Alliierten, der Forderungen Wilsons. Die Verkoppelung des Versailler Vertrages mit der Verfassung war überhaupt der Gipfelpunkt der Schändlichkeiten. „Weimar“ als politischer Idee fehlte weitgehend die Freiwilligkeit, und so erschien die Republik als eine nur bedingte, relative. Ihr kam kein absoluter Wert zu; war sie nicht wertlos, so begriffen doch die meisten Deutschen sie als wertfrei. Sie galt als Notinstitut, der Rätedemokratie gegenüber als das geringere Übel; das politische Bewußtsein machte nicht in „Weimar“ fest, sondern im Berlin des kaiserlichen Deutschland. Die Fixierung der Politik auf Revision brachte es auf diese Weise mit sich, daß man der politischen Wirklichkeit wenig achtete. Dies aber war eine der Vorbedingungen für die Erosion des Weimarer Staates. Er brachte es niemals zur Ausformung politischer Symbole<sup>22)</sup>, die den Menschen als Orientierungspunkte hätten dienen können. Die Republik war glanzlos und unsicher, sie bekannte sich nicht etwa zur Paulskirche von 1848, sondern zu Bismarcks Reichsgründung von 1871. Sie erstarrte in innenpolitischer Bescheidenheit und überließ das Feld allzu willig allen möglichen Ersatzkaisern und Ideologien.

Auch das Revisionsyndrom war Ideologie und keineswegs nüchterne „Realpolitik“. Gerade dies machte einen Teil seiner Brisanz und Gefährlichkeit aus. Revision auf 1914 bedeutete rückwärtsgerichtete Utopie, die Beschwö-

<sup>22)</sup> Typisch hierfür der verunglückte „Verfassungstag“ des 11. August sowie der Flaggenstreit.

rung eines in die Geschichte versunkenen Bildes. Das machte die kühle Berechnung der deutschen Außenpolitik für die Partner des Reiches so überaus schwierig. Deutscher Revisionspolitik haftete etwas Haltloses an, so daß sich England, Frankreich und Italien immer wieder bemühten, mit Hilfe von Kollektivpaktsystemen in diese Politik Stützen und Auffangpositionen einzuziehen. Dies wird schon 1922 erkennbar, im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua, wobei der Vollständigkeit halber auch auf das sowjetische Sicherheitsprojekt dieses Jahres hinzuweisen ist; es wird besonders deutlich 1924, als es zum Genfer Protokoll kommt, und scheint in den Locarno-Verträgen erstmals konkretisiert zu werden<sup>23)</sup>.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig: Die deutsche Revisionspolitik gewann ihre Stoßkraft wesentlich aus der Überzeugung fast aller Deutscher, daß sie moralisch-sittlich gerechtfertigt und nicht bloßer Ausdruck einer gültigen Staatsräson war. Man fühlte sich durch den Versailler Vertrag zu Unrecht „bestraft“. Der Strafcharakter wurde nicht nur in den vielen kleinen Schikanen deutlich, die in den Vertrag tatsächlich eingebaut worden waren, sondern vor allem im „Kriegsschuldartikel“, der ja von seiner ursprünglichen Intention her nur ein „Kriegsschuldenartikel“ war<sup>24)</sup> — das formallogische Ergebnis amerikanischen Nachdenkens darüber, auf Grund welchen Rechtstitels man von den Deutschen die Bezahlung von Reparation verlangen konnte. Aber dieser finanziell-zivilrechtliche Aspekt wurde in Deutschland nicht rezipiert, ja bewußt unterdrückt. Der Artikel 231 wurde vielmehr als moralischer Pranger gewertet, an den die brutalen Sieger das unschuldige Opfer zu ketten gedachten.

<sup>23)</sup> Gerade Locarno liefert den indirekten Beweis für die These, daß Deutschland den Versailler Vertrag eben doch nicht „anerkannt“ hat: Die in Locarno erfolgende feierliche Festschreibung der Westgrenze war „an sich“ nicht notwendig, da der Friedensvertrag diese bereits unabänderlich festgelegt hatte. Es ist kennzeichnend, daß Stresemann dies mit der „Offenhaltung“ der Ostgrenzen gleichsam honorieren ließ; vgl. den aufschlußreichen Beitrag von K. D. Erdmann, Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarnopolitik Stresemanns, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6, 1955. Auch Rapallo und Genua lassen diesen Mechanismus — diesmal sozusagen umgekehrt — erkennen; vgl. H. G. Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1972<sup>2</sup>. Die Reaktionen in Frankreich können als Gradmesser für die Stichhaltigkeit dieser Argumentation angesehen werden; vgl. R. Bournazel, Rapallo, ein französisches Trauma, Köln 1976.

<sup>24)</sup> Hierauf weist besonders hin: W. E. Wüest, Der Vertrag von Versailles in Licht und Schatten der Kritik, Zürich 1962.

Die vehemente und durchgängige Ablehnung eines wie auch immer gearteten oder formulierten Schuld- und Unrechtsbewußtseins führte notwendig zu einer Tabuisierung der eigenen politischen Vergangenheit. Kritik an der Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland war nur bis zu der Grenze erlaubt, die durch den Kriegsschuldartikel bezeichnet wurde<sup>25</sup>). Folgerichtig verschwand das Kantorowicz'sche Gutachten zur Kriegsschuldfrage in der Versenkung<sup>26</sup>). Diese Idealisierung der deutschen Vergangenheit, gepaart mit den fatalen Konsequenzen der Dolchstoßlegende, trug nun aber ebenfalls dazu bei, daß die politische Gegenwart, das bestehende politische System unterbewertet wurden, während die verbliebenen Relikte des Kaiserreiches eine unverdiente Wertschätzung erfuhren — dergestalt das ohnehin brüchige Selbstbewußtsein Weimars weiter aushöhlend. Die Erhebung Hindenburgs zum Reichspräsidenten der Republik macht dies symbolhaft deutlich<sup>27</sup>).

Der moralische Aspekt der Revisionspolitik machte eine kritische Auseinandersetzung mit der Revisionspolitik selbst nahezu unmöglich. So konnte sie zu einer Art Fetisch werden, dem jeder Kanzler seine Reverenz erwei-

#### IV. Revision nach Innen

Revision bedeutete seit 1919 immer auch Revision der inneren Verfassung Deutschlands. Die Forderung nach außenpolitischer Revision hing ganz eng mit der Forderung nach innenpolitischer Systemveränderung zusammen, ja, das eine ist ohne das andere gar nicht denkbar. Hieraus ergab sich jenes Grundsatzdilemma der Republik von Weimar, das sich als unlösbar herausstellen sollte. Ihrem politischen Selbstverständnis nach mußte die deutsche Republik danach streben, ihre Existenzberechtigung durch Vertretung und Durchsetzung der Revisionsforderungen nachzuweisen; ge-

<sup>25</sup>) Vgl. hierzu I. Geiss, *Das Kriegsschuldreferat des Auswärtigen Amtes, 1919—1933* (= bisher ungedr. MS, vorgelegt der Association internationale d'histoire contemporaine, Genf 1979).

<sup>26</sup>) Hermann Kantorowicz, *Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914*. Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von I. Geiss, Frankfurt/M. 1967.

<sup>27</sup>) Daß auch das Ausland dem System von Weimar zumindest gleichgültig gegenüberstand, wurde anläßlich der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sichtbar: Ganz im Gegenteil zu Befürchtungen, es werde sich ein Sturm der Entrüstung im Ausland erheben, waren die Reaktionen außerordentlich gemäßigt; vgl. W. Hubatsch, *Hindenburg und der Staat*. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878—1934, Göttingen 1966, S. 73.

sen mußte, wenn er Wert auf Gefolgschaftstreue legte. Wer dies nicht in ausreichendem Maße tat, konnte im Reichstag nicht mit Zustimmung oder auch nur Tolerierung rechnen; wieder war es Stresemann, der wie kein anderer Politiker in der Weimarer Zeit sich an die möglichen Grenzen herantastete, ohne sie doch jemals zu überschreiten<sup>28</sup>). Persönlichkeiten wie Brüning, Schleicher und Papen haben sich später dann gar keine Mühe mehr gegeben, die deutschen Revisionsforderungen wenigstens zu relativieren und nach Maßgabe des politisch Durchsetzbaren zu modifizieren. Der Gipfelpunkt wurde auch hier allerdings erst durch Hitler erreicht.

Aus allen diesen Überlegungen wird deutlich, daß es nicht angängig ist, das Revisionsphänomen allein unter außen- und sicherheitspolitischen Aspekten zu betrachten. Es handelte sich tatsächlich um eine Art Syndrom, das im einzelnen zu analysieren die Einbeziehung der Innen-, Verfassungs- und Geistesgeschichte erfordert. Aber auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, vor allem die Militärgeschichte<sup>29</sup>), liefern wichtige Aufschlüsse. Wir wenden uns daher nunmehr der innenpolitischen Revisionspolitik zu.

lang ihr dies aber, so hob sich das System Weimars auf: Es wurde in eine Zukunft transportiert, deren Lebenskraft aus der Vergangenheit stammte; die Republik überwand sich selbst. Wieder war es Carl Schmitt, der am schärfsten und konsequentesten diesen dialektischen Zusammenhang erkannte und sich bemühte, mit der Theorie von den „zwei Verfassungen“ eine Vermittlung anzubieten, deren Fragwürdigkeit sich zuerst in der kommis-

<sup>28</sup>) Das ergibt sich aus dem Nachlaß Stresemann, (ADAP, Serie B, Bd. 2,1 und 2). Aus der Fülle der Literatur vgl. vor allem Jacobson: *Locarno Policy*, a. a. O., und M.-O. Maxelon, *Stresemann und Frankreich 1914—1929*. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972, S. 175 ff.

<sup>29</sup>) Sehr instruktiv: K.-J. Müller, E. Opitz (Hrsg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977, Düsseldorf 1978. Umfassend und tiefdringend: M. Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit*. Reichswehr und die Krise der Machtpolitik 1924 bis 1936, Diss. (masch.) Freiburg 1976; neueste Gesamtanalyse: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik von W. Deist, M. Messerschmidt, H.-E. Volkmann, W. Wette, herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979.

sarischen Verwaltung Preußens 1932, wenig später im gesamten Reich erweisen sollte<sup>30)</sup>.

Dieser Prozeß bedarf, wenn er historisch begriffen und richtig interpretiert werden will, sorgfältiger, differenzierender Betrachtung. Denn es war nicht so, daß die Träger der Staats- und Verfassungsidee Weimars die außenpolitische Revision auf 1914 einfach mit einer innen- und verfassungspolitischen Revision verknüpfen wollten — zumindest nicht unmittelbar und in kurzfristiger Perspektive. Aber es war doch charakteristisch, daß sowohl Friedrich Ebert als auch Stresemann, Brüning und Papen in der Wiederherstellung der Monarchie ein nicht nur legitimes, sondern auch realistisches Fernziel sahen<sup>31)</sup>. Wenn aber die bekanntesten Exponenten Weimars die republikanische Grundidee Weimars derart intellektuell verrieten, dann nimmt es nicht Wunder, daß auch die Masse der politische Verantwortung Tragenden keine Stütze der Weimarer Staats- und Verfassungsidee war. Das Schlagwort von den „Vernunftrepublikanern“ implizierte ja den Gedanken, daß man mit der Republik eben auch „unvernünftig“ oder emotional, d. h. ideologisch geprägt umgehen konnte. Da man in der Republik und ihrer Verfassung keinen absoluten Wert sah, der um seiner selbst willen verteidigt werden mußte, stand die Verfassung des Staates prinzipiell immer zur Diskussion.

Tatsächlich wurde sie diskutiert, und der Antrieß, dies zu tun, wurde durch das Revisionismussyndrom geliefert. Die innen- und sozialpolitischen Konfrontationen Weimars nämlich standen in einem auffallenden Gegensatz zu dem politischen Grundkonsens nach Revision. Die Revision durchsetzen bedeutete allemal, zunächst eine einheitliche, d. h. politisch schlagkräftige Gesellschaft zu formen. In dem Begriff der „Volksgemeinschaft“, der später von den Nationalsozialisten okkupiert und pervertiert wurde, verbarg sich der Wunsch danach. Die ideale „Volksgemeinschaft“ aber erforderte ein ihr angemessenes Führersystem, eine hierarchische Gliederung der Gesellschaft, eine weitgehende Gleichschaltung des politischen Willens und Wollens. Aber eben hieran mangelte es dem Weimarer Staat in eklatanter Weise: Abfällig wurde über das Parlament als „Schwatzbude“ gelästert; noch

schlechter, als sie ohnehin schon waren, die Parteien gemacht, die prinzipiell nicht miteinander diskutierten, sondern „zankten“; auf völlige Ablehnung stießen alle gesellschaftlichen Gruppierungen, denen Demokratie und Parlamentarismus mehr waren als bloße Vehikel zur Wiedergewinnung von Freiheit, Gleichberechtigung, Souveränität — kurzum der erhofften Folgen einer erfolgreichen Revisionspolitik. Nur ein einheitlicher Volkswille — hierin waren sich die meisten Politiker der Weimarer Regierungen durchaus einig — konnte der deutschen Revisionspolitik den benötigten innenpolitischen Rückhalt liefern; diese Gleichrichtung der Politik aber erschütterte automatisch die Verfassungsidee Weimars. Aus diesem Teufelskreis konnte nur ausbrechen, wer eine innen- und verfassungspolitische Veränderung auf Kosten der Demokratie bewußt akzeptierte, so wie dies am eindrucksvollsten bei Brüning zu beobachten ist.

Warum aber, so ist zu fragen, erschien es als unmöglich, außenpolitischen Revisionismus zu forcieren, ohne die Fundamente der Weimarer Republik aufs gefährlichste zu erschüttern? Warum hatte die Republik, wie es nun scheinen mag, überhaupt keine Überlebenschance? Die Antwort ergibt sich aus einer Analyse der gesellschaftlichen Strukturen im Deutschen Reich. Diese nämlich hatten sich seit den Tagen Kaiser Wilhelms II. viel weniger gewandelt, als dies den Trägern der Republik bewußt wurde. Das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner“ oder der Slogan von der „verratenen Republik“<sup>32)</sup> umschrieben die einfache Tatsache, daß die Masse der Bevölkerung trotz der Revolution von 1918/19 — ja, man könnte pointiert und nur wenig übertreibend sagen, gerade wegen der Pseudo-Revolution von 1918 —, noch ganz in den Denkhorizonten des Bismarckreiches lebten und in ihrem politischen Selbstverständnis der Forderung auf außenpolitische Revision gleichsam automatisch diejenige nach innenpolitischer Revision der herrschenden Zustände zugesellten.

Dabei wäre es notwendig gewesen, der Weimarer Gesellschaft klarzumachen — so wie dies beispielsweise nach 1870 der Dritten französischen Republik hervorragend gelungen war —, daß Regierung und Parteien samt ihren Exekutivorganen sehr wohl zur gleichen Zeit eine starke — wenn es sein mußte, sogar aggressive — Revisionspolitik führen konnten, ohne sich von der republikanisch-parlamentarischen Verfassung und Innenpolitik zu di-

<sup>30)</sup> Vgl. H. Muth, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 1, 1971, S. 75 ff.

<sup>31)</sup> Dies ergibt sich für Brüning eindringlich aus seinen Memoiren, Stuttgart 1970. Vgl. auch Fr. Freiherr Hiller von Gaertringen, Zur Beurteilung des „Monarchismus“ in der Weimarer Republik, in: Tradition und Reform der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, Berlin 1976, S. 138—186.

<sup>32)</sup> So der Titel der Erinnerungen von W. Hoegner, Die verratene Republik, München 1958.

stanzieren. Aber eben an dieser Differenzierung mangelte es vollkommen. Es mangelte den Staatsmännern Weimars jegliches demokratisch-republikanisches Selbstbewußtsein — ob in der Flaggenfrage oder in den hahnebüchernen Diskussionen um die Fürstenabfindung; ob in der Stellung und Funktion der Reichswehr oder gar der Reichspräsidentenwahlen: Überall stand der faule Kompromiß den Ergebnissen an der Stirn geschrieben; so wie Tannenberg, Skagerrak, Hindenburg und Potsdam als positiv empfundene historisch-politische Symbole in die Tristesse Weimars hineinragten, so wurde das miserable Image der Republik durch Namen wie Erzberger und Rathenau, Quidde und Tucholsky symbolisiert. Die geistigen Folgen hat niemand eindruckvoller beschrieben als Ernst von Salomon in seinem Buch „Der Fragebogen“. Weit entfernt davon, den 9. November 1918 zu einem Feiertag der Republik zu machen, überließ man dieses symbolträchtige Datum den Nationalsozialisten, die mit großem Geschick dafür sorgten, daß dieser Tag mit dem Schimpfwort „Novemberverbrecher“ identifiziert wurde.

Ganz folgerichtig wählte sich Hitler dieses Datum aus, um 1923 den Putsch zu wagen und 1938 die Juden in der „Reichskristallnacht“ als vogelfrei zu erklären.

Man wird dieses Verhalten der politischen Führungsschicht, insoweit sie dem demokratischen Parteienspektrum angehörte, nicht anders als mit politischem Versagen charakterisieren können. Tatsächlich ist vielen Politikern dies nach und nach auch bewußt geworden. In den ersten turbulenten Jahren der Republik, als diese sich in pausenloser Rundumverteidigung befand, brannte dieses Problem weniger auf den Nägeln. In den Jahren 1924 bis 1929 half eine trügerische Phase der innenpolitischen Konsolidierung, dieses Problem in den Hintergrund zu schieben. Als es zusammen mit der Weltwirtschaftskrise erneut scharf ins Bewußtsein der demokratischen Politiker geriet, suchten sie Abhilfe; aber was sie schließlich zuwege brachten, wird man nur, Hegel ironisierend, als „List der Unvernunft“ bezeichnen können. Damit kommen wir zu einer letzten Betrachtungsebene.

## V. Revisionismus und Militanz

Wir sahen, daß Revisionismus und innenpolitisches System Weimars als Disharmonie empfunden wurden, und da das erste positiv, das zweite negativ bewertet wurde, war es nur natürlich, daß die erforderliche Synchronisierung nicht auf Kosten der revisionistischen Maximalforderungen, sondern immer nur auf Kosten der Weimarer innenpolitischen Verfassung gehen konnte. Das — wie man es nennen könnte — „Synchrongetriebe“ sollte die deutsche Sicherheits- und Militärpolitik werden.

Die Genesis, die schließlich zu der Entscheidung zur Militarisierung der Republik im Dienste des Revisionismus führen sollte, läßt sich bis in die Geburtsstunde der Weimarer Republik zurückverfolgen. Das bekannte „Bündnis“ zwischen Ebert und Groener war ja nichts anderes als ein Handels- und Tauschgeschäft: Die vorhandene, durch und durch dem alten System verpflichtete bewaffnete Macht stellte sich in den Dienst der neu geschaffenen Republik, weil diese sich verpflichtete, sowohl die Revolution als auch die Waffenstillstandsbedingungen zu bekämpfen; wobei die Soldaten für die erste Aufgabe, die politischen Freunde Eberts für die letztere Aufgabe entstehen sollten. Tatsächlich hat sich die deutsche Friedensdelegation in Paris dieses Auftrages achtbar entledigt; niemals wurden die

Zumutungen der Sieger vehementer abgelehnt als unter der politischen Federführung von Erzberger, Brockdorff-Rantzau und dem Rat der Volksbeauftragten. 1919, beim Januaraufstand, 1920 im Zusammenhang mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, 1923, als Hitler den Umsturz versuchte und auch in Thüringen und Sachsen der militante Extremismus das Haupt erhob, war es erneut die Reichswehr, die für Ruhe und Ordnung sorgte, wobei man nicht zimperlich in der Wahl der Mittel war<sup>33</sup>). Aber die Soldaten der deutschen Armee taten dies nicht alles freiwillig und politisch gratis: Die politische Führung wurde vielmehr immer wieder auf die Durchsetzung der Revisionsforderungen verpflichtet, wobei die Entwaffnungs- und Abrüstungsfrage hier naturgemäß eine besonders wichtige Rolle spielte<sup>34</sup>).

Eine Analyse der deutschen Außenpolitik im Gefolge der innenpolitischen Krisen, zu deren Bewältigung das militärische Instrument eingesetzt werden mußte, läßt den Zusammenhang zwischen forcierter Revisions-Außenpolitik und innenpolitischer Kraftproben deutlich erkennen. Es bildete sich nach und nach

<sup>33</sup>) Vgl. R. Wohlfeil, Reichswehr und Republik 1918 bis 1933, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648—1939, VI, 1970, S. 264—278.

<sup>34</sup>) Dieser Zusammenhang wird ausführlich dargestellt bei Salewski, Entwaffnung, a. a. O.

eine Art Mechanismus heraus: Die Reichswehr tolerierte und unterstützte die Regierungen der Republik nach Maßgabe deren Bereitschaft, Revisionspolitik nach außen und autoritäre Politik nach innen zu betreiben.

Hinter diesem Zusammenwirken gab es eine weitere Überlegung, die für das Schicksal Weimars wichtig wurde: Wenn die Annahme zutraf, daß erfolgreiche Revisionspolitik letztlich nur dann getrieben werden konnte, wenn hinter dem Recht — das man zu haben glaubte — auch die Macht, die militärische Macht, stand, wie es Stresemann einmal forderte, so mußte es darauf ankommen, diese Macht zu schaffen, selbst wenn der Versailler Vertrag dies ausdrücklich zu verhindern suchte. Machtanhäufung konnte nun aber nicht durch heimliche Aufrüstung — die nur sehr begrenzt möglich und politisch wenig wirkungsvoll gewesen wäre — erzielt werden, sondern eher durch Schaffung der Voraussetzungen für eine Machtvergrößerung. Im Jargon der Zeit hieß dies: das in Deutschland vorhandene „potentiel de paix“ war so weit wie nur möglich als „potentiel de guerre“ auszulegen. Das Verfahren hierzu bestand in einer bewußten und systematisch durchgeführten Militarisierung von Staat und Gesellschaft; das erste Ergebnis sollte eine Bereitschaft zur Militanz sein, auf deren Grundlage nach Wegfall der Versailler Bindungen die Wiedergewinnung der realen Macht als revisionistisches Druckmittel erfolgen sollte<sup>35</sup>). Die Forschung ist erst verhältnismäßig spät auf diesen Zusammenhang aufmerksam geworden; inzwischen jedoch sind die damals angewandten, teilweise recht subtilen Mechanismen bekannt, mit deren Hilfe die Republik zurück in einen, wenn zunächst auch nur „potentiellen“, Machtstaat traditioneller Bismarckscher und Wilhelminischer Prägung verwandelt wurde<sup>36</sup>).

Diese Umformung des Staatswesens war Konsequenz des revisionistischen Imperativs. Sie bezog sich in den Anfängen noch nicht konkret auf die Verfassung der Republik selbst, zog diese von einem bestimmten Zeitpunkt an jedoch unvermeidlich mit in den Wandlungsprozeß ein. Die Attraktion, die einer autoritä-

<sup>35</sup>) Vgl. K. Nuß, *Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr*, Berlin (Ost) 1977; M. Geyer, *Das Zweite Rüstungsprogramm (1930—1934)*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 17/1975, S. 125—172; demnächst: M. Salewski, *Reichswehr, Staat und Republik*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1980.

<sup>36</sup>) Hierzu der neueste Beitrag von W. Wette, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, a. a. O., insbesondere S. 31ff., 100 ff.

ren Staatsauffassung in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren anhaftete — und dies keineswegs allein in Deutschland —, ging auf die Überzeugung zurück, daß Machtpolitik eben sehr viel besser und durchschlagender von einem autoritären Regime getrieben werden konnte als von Regierungen, die dauernd zwischen den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen kompromißlerisch hindurchsteuern mußten.

Auf diese Weise wurde die Forderung nach Revision zum Katalysator der inneren Verfassungsänderung; Reichswehr und Reichsregierung fanden auf der Ebene der Machtpolitik seit 1927 mehr und mehr zusammen; beide gemeinsam hinderten nicht nur nicht die sich ausbreitenden Tendenzen zur Militanz in der Gesellschaft, sondern hielten sie für durchaus nützlich. Fatal war nur, daß sich die Politiker der Weimarer Republik mehr und mehr einer weitergefächerten Optionsmöglichkeit begaben: Hatten Kanzler wie Bauer, Wirth und Stresemann ihre revisionistische Konzeption auch noch mit Hilfe all jener Instrumentarien fördern können, die nicht mit dem Makel der Militanz, der Machtdrohung verknüpft waren, so setzten sich Brüning, Papen und Schleicher, zu schweigen von Hitler, darüber hinweg. Sie schufen bei ihren Verhandlungspartnern eine latente Angststimmung; sie handhabten die deutsche „Unberechenbarkeit“ souverän zu deutschen Gunsten; es gelang ihnen schließlich, Engländer und Franzosen auf einen Appeasementkurs zu nötigen, dem jene dann nicht mehr oder doch viel zu spät entrinnen konnten<sup>37</sup>).

Revision wurde am Ende der Republik keineswegs allein mehr als „Wiederherstellung“, als bloße „Wiedergutmachung“ begriffen, sondern der Begriff veränderte sich im Sinne eines — wie man ihn genannt hat — „Superrevisionismus“. Auf die damit einhergehenden qualitativen Veränderungen der deutschen Revisionspolitik nach außen und nach innen muß gleich zurückgekommen werden; zunächst aber ist mit Nachdruck festzustellen, daß es gerade die Militarisierung von Staat und Gesellschaft gewesen ist, die die deutsche revisionistische Außenpolitik mit der inneren und der Verfassungsentwicklung kombinierte. Der Revisionismus erwies sich als größter gemeinsamer

<sup>37</sup>) Daß dieser Appeasement-Kurs nicht auf politischer Ignoranz oder gar Naivität beruhte, hat die Forschung der vergangenen Jahre deutlich gemacht; vgl. z. B. O. Hauser, *England und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der englisch-deutschen Beziehungen*, Bd. 1: 1933—1936, Stuttgart 1972; jetzt auch M. Messerschmidt, *Außenpolitik und Kriegsvorbereitung*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, a. a. O., S. 560 f., 584 ff.

Nenner der deutschen Außen- und Innenpolitik. Diese Deutung des Revisionismus führt zu einer einheitlichen und einsichtigen Interpretation der deutschen Außen- und Innenpolitik.

Die historische Bedeutung der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik in der Weimarer Zeit liegt in ihrer katalysatorischen, synchronisierenden Funktion. Man erkennt, warum das Deutschland Weimars sich nach und nach in ein Deutschland Potsdams verwandelte, und es wird begreiflich, warum eine demokratisch-republikanische Verfassung und Gesellschaft sich in eine autoritätsgläubige und autoritätsbewußte, militanten politischen Prinzipien huldigende „Volksgemeinschaft“ verwandelte.

Es stellt sich nun freilich die Frage, ob der Revisionismus im Sinne eines Revisionssyndroms *alle* Lebens- und Wirkungsbereiche Weimars ergriffen und umgeformt hat. Dies ist sicherlich nicht der Fall. Die Sozialpolitik und große Parteien der Kultur- und Wirtschaftspolitik blieben vom Bazillus des Revisionismus weitgehend verschont. Gerade im wirtschaftlichen Bereich läßt sich — entgegen Behauptungen marxistischer Analysen — ein deutliches Zögern der Konzerne beobachten, die Konsequenzen eines militanten Revisionismus nachzuvollziehen. Eine friedliche Entwicklung im Sinne kollektiver Zusammenarbeit auf den Feldern der Außenwirtschaft und des Handels — also die Vision von Genua, die Rathenau 1922 entworfen hatte — erschien den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen viel nützlicher als die mit unkalkulierbaren politischen Risiken verknüpfte aggressive Revision<sup>38)</sup>. Erst in der nationalsozialistischen Ära gelang es, die Wirtschaft den Revisionszielen dienstbar zu machen; aber auch dann gab es noch große Schwierigkeiten, welche die NS-Funktionäre bekanntlich laut beklagt haben.

Auch im Bereich der Sozialpolitik stieß der Revisionismus auf Skepsis. Zwar ging die miserable wirtschaftliche Lage in und nach der Inflation, sodann im Zeichen der Weltwirtschaftskrise im Selbstverständnis der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Freiberufler zu einem großen Prozentsatz auf die „Tributzahlungen“ der Reparationspolitik zurück, und die Forderung nach Einstellung der Wiedergutmachungszahlungen gehörte zu den ältesten und am heftigsten vorgetragenen Revisions-

<sup>38)</sup> Das zeigte sich in dem Unwillen zahlreicher Fabriken und Konzerne in der Weimarer Zeit, Kapazitäten für die Reichswehrrüstung und eine evtl. Mobilität freizuhalten; vgl. Salewski, *Entwaffnung*, a. a. O., S. 99 ff.

wünschen; aber es bestand nur geringe Bereitschaft, diesen Forderungen dadurch Nachdruck zu verleihen, daß man den Gürtel enger schnallte, um dem Staat die Möglichkeit zu geben, die geplante Militarisierung finanziell abzustützen. Die Konsequenz hieraus war Hitlers Programm von „Kanonen und Butter“. Brünnings *Austerity*-Politik war kein geeignetes Vehikel zur Beförderung der deutschen Machtinteressen.

Inwieweit das Revisionssyndrom den breiten Sektor der Kulturpolitik beeinflußt hat, ist schwer zu entscheiden. Das Beste, was Weimar zur deutschen Kultur beigetragen hat, war nicht revisionistisch gefärbt, eher im Gegenteil. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß von den Geschichtslehrplänen in den Schulen bis zu den Kollegs in den Universitäten massive Revisionsideologie verbreitet wurde<sup>39)</sup>. Die Aufarbeitung des Ersten Weltkrieges in Form zahlreicher Romane, Filme, Theaterstücke<sup>40)</sup> — man denke nur an Ernst Jünger — war in hohem Maße revisionistisch, und gerade auf diesem Feld ließ sich die gegenwärtige Militanz als Instrument der Revisionspolitik zwanglos mit der Idealisierung des Krieges verknüpfen. Das Konzept der „friedlichen Revision“, wie es zu Beginn der Weimarer Republik wenigstens nach außen hin von den deutschen Reichsregierungen propagiert worden war, wurde durch eine Geisteshaltung abgelöst, die in der Anwendung von Gewalt im äußersten Notfall nichts Verabscheuenswürdiges mehr erblickte. Der Erste Weltkrieg wurde zum Beispiel eines solchen „heroischen Schicksalskampfes“ stilisiert — die Folgen ergaben sich im Zweiten Weltkrieg.

<sup>39)</sup> Zu diesem Komplex gibt es einen umfangreichen Forschungsstand; aus der Literaturfülle seien stellvertretend genannt: H. Beilner, *Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 28, 1977, S. 1—16; M. Kater, *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918—1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg 1975; H. Döring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim 1975; ders., *Deutsche Professoren zwischen Kaiserreich und Drittem Reich*, in: *Neue Politische Literatur*, 19, 1974, S. 340—352; H. Küppers, *Der katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitlerdiktatur. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Volksschullehrerstandes*, Mainz 1975; J. Schwarz, *Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918—1923 und ihre Stellung zur Politik*, Berlin 1971; K. W. Wippermann, *Die Hochschulpolitik in der Weimarer Republik*, in: *Politische Studien* 20, 1969 S. 143—157.

<sup>40)</sup> Vgl. W. Wette, *Ideologien*, a. a. O., S. 94 ff.; demnächst: W. Leikauf, *Das Bild des Ersten Weltkrieges im Spielfilm der Weimarer Republik*, Diss., Bonn.

## VI. Revisionismus und Nationalsozialismus

Eingangs wurde behauptet, daß die Forderung nach Revision der einzige erkennbare Grundkonsens in der zerrissenen politischen Landschaft Weimars gewesen sei. Diese Eigenschaft machte das Revisionssyndrom schon für die Weimarer Reichsregierungen attraktiv; aber erst Hitler verstand es, den Revisionismus völlig in den Dienst seiner Ideologie und Herrschaft zu stellen. Nirgendwo sonst hat sich Hitler gelehriger erwiesen. Indem er die Politiker Weimars mangelnder Revisionsfreudigkeit bezichtigte — was in Wirklichkeit ja keineswegs der Wahrheit entsprach —, bot er sich selber als neue und große Revisionshoffnung an. In den ersten Jahren des Nationalsozialismus wurde Hitlers Außen- und Innenpolitik als konsequente Fortsetzung des Weimarer Revisionismus unter verstärkter Einbeziehung des Macht- und Gewaltgedankens, wie er ja bereits in den endzwanziger Jahren entwickelt worden war, begriffen<sup>41)</sup>. Die Kontinuität der deutschen Politik schien durch Hitler hervorragend gewahrt zu werden; der Umsturz der Verfassung erschien ebenfalls nur als logische Folge der Weimarer Entwicklungen. Das seit 1919 in Deutschland gepflegte Denken in den Kategorien von Veränderung und Revision machte Hitler die Verschleierung seiner wahren Ziele nur allzu leicht. Denn in Wirklichkeit interessierte Hitler die „klassische“ deutsche Revisionspolitik nicht im mindesten. Ihm hat niemals eine Revision auf 1914, eine Restaurierung der Monarchie, die Wiederaufrichtung eines europäischen Staatensystems im Sinne der Gleichgewichtstheorien des 19. Jahrhunderts vorgeschwebt. Das alles war für ihn totes, rückwärtsgewandtes Denken. Seine Programme — dies braucht im Rahmen unseres Themas nicht ausgeführt zu werden — sahen qualitativ ganz anders aus; nicht Revisionsideologie, sondern Rassenideologie war der Motor seines Handelns<sup>42)</sup>. Aber

<sup>41)</sup> W. Wette, *Ideologien*, a. a. O., S. 31 ff. Zum Wesen und zur Genesis der „Gewaltpolitik“ vgl. auch M. Salewski, *Die Bewaffnete Macht im Dritten Reich 1933—1939*, in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte VII*, München 1978, S. 29; ferner: K.-D. Bracher, *Tradition und Revolution im Nationalsozialismus*, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte*, hsg. von M. Funke, Düsseldorf 1976, S. 17—29; G. Wollstein, *Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelmianische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/1973, S. 77—94.

<sup>42)</sup> Dies hat überzeugend nachgewiesen A. Hillgruber, *Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20, 1972, S. 135—153; vgl. auch M. Messerschmidt, *Außenpolitik*, a. a. O., S. 537.

das Revisionssyndrom eignete sich lange Jahre — bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges — als Instrument der nationalsozialistischen Herrschaftsausübung<sup>43)</sup>. Nachdem dem Diktator die Revision noch in Friedenszeiten weitgehend gelungen war, hörte er keineswegs mit der Revisionspropaganda auf, sondern steigerte diese zu einer Art „Überrevisionismus“. Auch dieser funktionierte wie der Weimarer Revisionismus: nämlich als Gewaltdrohung nach außen und Diktatur nach innen. Nur war es jetzt nicht mehr die Reichswehr, die Träger dieser Revisionsfunktion war, sondern die SS; und es war nur konsequent, daß Hitlers Elitetruppe nach und nach eine völlige Neuformung des Staatsgebildes anstrebte. Wie aus der Revision die Über-Revision wurde, so wurde aus dem autoritären Regime ein totalitäres.

Die Forderung nach Revision war in den Jahren der Weimarer Republik der „ruhende Pol“ in der politischen Erscheinungen Flucht. Indem sie dies war, dynamisierte und destabilisierte sie das europäische wie das Weltgleichgewicht — eben dies war ihre *raison d'être*. Der angestrebten grundsätzlichen außenpolitischen Veränderung im Sinne einer möglichst vollständigen Restauration jener Verhältnisse, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatte, entsprach eine Veränderung des innen- und verfassungspolitischen Systems Weimars. All dieses war rückwärtsgewandt, ohne neue Zukunftsperspektive und vielleicht letztlich gerade deswegen so verhängnisvoll. Das Revisionssyndrom war die Krankheit der Weimarer politischen Kultur, und sie war ansteckend, ihre Umwelt vergiftend.

Es ist nicht Aufgabe des Historikers, einem Richter gleich über Schuld und Unschuld zu urteilen; es kommt vielmehr darauf an, dieses Revisionssyndrom in seinen vielfältigen Aspekten und nur dialektisch zu deutenden inneren Verknüpfungen zu begreifen.<sup>6</sup> Erst wenn die Mechanismen des Revisionismus einsichtig werden, lassen sie sich allgemeingültig zu einer Theorie formulieren; aber diese ist notwendig, denn politisches Revisionsstreben ist mitnichten ein längst vergangenes historisches Problem, sondern es gehört in vielen Staaten auch heute noch zu den mächtigen Antrieben politischen Willens, Wollens und Handelns.

<sup>43)</sup> Und als wichtigstes Propagandamittel, — vgl. J. Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976.

## Preußen und Preußentum

„Die Hydra des preußischen Mythos ist noch nicht tot“.

Hans Rosenberg 1958

### I. Der Mythos vom Preußentum

Noch bevor ein Literaturhistoriker 1970 in seinem Buch „Fontane und das Preußentum“ eine „Preußen-Renaissance“ konstatieren konnte<sup>1)</sup>, bemerkte ein preußenfreundlicher Historiker 1969: „Preußen ist en vogue. Fast hat es den Anschein, als feiere es jetzt ... eine geistige Renaissance. Wo früher Schelte und Verdammung überwogen, regen sich nun Zuspruch und Liebe.“<sup>2)</sup> Im März 1979 trug schließlich eine Rezension der in die Bestsellerlisten aufgestiegenen Preußenbücher von Bernt Engelmann und Sebastian Haffner<sup>3)</sup> die Überschrift: „Steht Preußen von den Toten wieder auf?“<sup>4)</sup> Zehn Jahre zuvor hatte Wolfgang Venohr bemerkt: „Um Mißverständnissen vorzubeugen: Preußen ist tot, und es soll nicht wieder erweckt werden. Es gibt keinen Weg zurück in der Geschichte.“<sup>5)</sup> Während der wohl prominenteste bundesdeutsche Preußenverehrer Hans-Joachim Schoeps bereits 1956 behauptet hat: „Unser heutiger Staat lebt weithin aus dem preußischen Erbe“<sup>6)</sup>, hat die rechtsradikale „National-Zeitung“ 1974 geklagt: „In Bonn ist Preußen tot“. Dabei fügte sie diffamierend hinzu, daß Bundespräsident Scheel „Kaviar und Krimsekt ... am besten bei den Festivitäten in Moskau anlässlich Deutschlands Zerstückelung“ schmeckten<sup>7)</sup>. Die gegenwärtige Preußen-Renaissance läßt solche zuweilen peinlichen Klagen im nachhinein als unberechtigt erscheinen. Denn zwar ist der preußische Staat vom Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947 als „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion“ aufgelöst und nicht wieder aufgerichtet worden, der Mythos vom Preußentum jedoch ist keineswegs tot, sondern beherrscht die Geister mehr denn je.

In seiner negativen Form ist dieser Mythos von Winston Churchill 1943 in Teheran so formuliert worden: „Ich möchte hervorheben, daß Preußen die Wurzel allen Übels ist.“<sup>8)</sup> Bei allen

grundsätzlichen politisch-gesellschaftlichen Unterschieden stimmten in der Verdammung des protestantischen und militaristischen Preußen viele Liberale und nichtpreußische Konservative, Katholiken und Sozialisten auf eine geradezu überraschende und sonst absolut ungewöhnliche Weise überein. So hat der auf der Universität Heidelberg erzogene ungarisch-jüdische Marxist Georg Lukacz, welcher das Preußentum 1943 als „gefährlichen Fremdkörper in der modernen Zivilisation“ verurteilt hat<sup>9)</sup>, noch 1968 bekannt: „Ich habe einen universellen Haß gegen alles, was preußisch ist“<sup>10)</sup>. Und der liberalkonservative Katholik und erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer hat 1946 bemerkt: „Wir im Westen lehnen vieles ab, was gemeinhin ‚preußischer Geist‘ genannt wird ... Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preußen.“<sup>11)</sup>

Bei der Bewertung dieser preußenfeindlichen Äußerung ist zu bedenken, daß Josef Goebbels 1932 unverfroren behauptet hat: „Der Nationalsozialismus darf heute mit Fug und Recht von sich behaupten, daß er heute Preußentum sei“<sup>12)</sup>, und daß die Sozialdemokratin und ehemalige Reichstagsabgeordnete Anna Siemsen

<sup>1)</sup> K. Attwood, Fontane und das Preußentum, Berlin 1970, S. 11.

<sup>2)</sup> B. Scheurig, Preußen und Preußen-Renaissance, in: Um West und Ost, Hamburg 1969, S. 11.

<sup>3)</sup> B. Engelmann, Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten, München 1979; S. Haffner, Preußen ohne Legende, Hamburg 1979.

<sup>4)</sup> So O.J. Frauendorf in „Welt am Sonntag“ vom 25. 3. 1979.

<sup>5)</sup> W. Venohr, Preußische Porträts, Hamburg 1969, S. 9.

<sup>6)</sup> H.J. Schoeps, Das Ethos des preußischen Beamtentums, in: Neue deutsche Beamtenzeitung, 6. Jg. Jan. 1956, Nr. 1, S. 1.

<sup>7)</sup> 20. 9. 1974.

<sup>8)</sup> Zit. nach W. Venohr, Preußische Porträts, Hamburg 1969, S. 7.

<sup>9)</sup> G. Lukacz, Schicksalswende, Berlin 1948, S. 68.

<sup>10)</sup> Zit. nach W. Venohr, Preußische Porträts, Hamburg 1969, S. 16.

<sup>11)</sup> Zit. nach: Die Zeit vom 12. 12. 1946.

<sup>12)</sup> J. Goebbels, Revolution der Deutschen, Oldenburg i.O. 1933, S. 64.

1937 in der Pariser Emigration das Buch „Preußen — eine Gefahr Europas“ publiziert hat. Weiter ist hier daran zu erinnern, daß der bayerische Kronprinz den 1871 bei der Gründung des Deutschen Reiches vom Potsdamer Hofprediger abgehaltenen Militärgottesdienst eine „taktlose Rede voll preußischer Selbstvergötterung“ nannte und der revolutionäre 1848er Demokrat Georg Herwegh damals sagte: „Die Wacht am Rhein genügt nicht, der schlimmste Feind steht an der Spree.“ Seinem Sohn trug dieser grimmige Preußenfeind auf, nach dem Untergang Preußens auf seinen Grabstein zu meißeln: „Freue dich Vater, Preußen besteht nicht mehr.“<sup>13)</sup> Im Ausland gipfelten Totalverdammungen, die auf dem Glauben beruhten, die reaktionär-militaristischen Preußen seien „böse Menschen, Barbaren mit der Pickelhaube auf dem Kopf“<sup>14)</sup>, oder — so der konterrevolutionäre spanisch-katholische Staatsphilosoph Donoso Cortes — der preußische Staat habe sich „seit dem Beginn seines Daseins dem Satan verschrieben“<sup>15)</sup>, nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges in der Feststellung, beim Krieg handele es sich um einen „heiligen Krieg gegen die teuflische Doktrin des Prussianismus“<sup>16)</sup>.

Neben solchen pauschalen Verdikten lassen sich freilich auch propreußische Äußerungen und Bekenntnisse von Repräsentanten solcher Kreise anführen, die gemeinhin nicht für preußenfreundlich gelten. Hier ist darauf zu verweisen, daß der Kölner Katholik, Mitbegründer der CDU und Oberdirektor der Bizonenverwaltung Hermann Pünder sich in seinen Erinnerungen „Von Preußen nach Deutschland“ zu dem „preußischen Geist“ bekannt hat, der nur scheinbar tot sei und als „Klammer von Ost und West dereinst einen wichtigen Baustein zu diesem europäischen Bau darstellen“ könne. Einschränkend sagte er freilich: „Das Preußen, an dem ich hänge, ... ist keineswegs nur das Preußen der Pickelhaube und erst recht nicht des Monokel tragenden Gardeleutnants.“<sup>17)</sup> Da eben dieser Leutnant zu einer beliebten Klischeefigur geworden ist, sei hier darauf verwiesen, daß im September 1977 im westfälischen Vornholz die Beerdigung des um die deutsche Pferdezucht und Reiterei

hochverdienten — katholischen — Barons Clemens Nagel stattgefunden hat. Dieser einstige Kavallerieoffizier hat in dem exklusiven und die Tradition der Gardekavallerie fortführenden Potsdamer 4. Preußischen Reiter-Regiments gedient. Seine Beisetzungsfier lief wie folgt ab: „Die Kapelle spielt zunächst einen Choral und geleitet dann den Sarg mit einem Trauermarsch zur Gruft. Halali (geblasen von Baron Eltz). Nach der Beendigung der Zeremonie in der Gruft rückt die Kapelle mit dem Marsch „Preußens Gloria“ um die Kirche herum ab ins Dorf. Die Fahnen und Standarten ... nehmen Aufstellung im Chor hinter dem Altar.“<sup>18)</sup>

Wenngleich die preußische Militärmonarchie dazu neigte, die im Revolutionsjahr 1848 von dem im preußischen Kriegsministerium tätigen Oberstleutnant von Griesheim stammende Parole: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“<sup>19)</sup> zur Richtschnur zu nehmen, so konnte doch Gustav Freytag schreiben: „Ja, den radikalsten preußischen Demokraten kann man sicher auf den Kopf zusagen, daß sie dann auch für Preußen selbst, daß sie jetzt so gerne zerpfücken, Spieß und Harnisch mit Freudigkeit tragen werden; sie sind in der guten Mehrzahl gut preußisch, ohne es selbst zu ahnen.“<sup>20)</sup> Auch Theodor Fontane, welcher als Anhänger der Revolution von 1848 das alte Preußen „eine Lüge“ genannt und für das als „Sterben“ bezeichnete Aufgehen Preußens in Deutschland plädiert hat, schrieb im Dezember 1849 anlässlich des Sieges der Reaktion: „Aber die Entrüstung über unpreußische Handlungsweisen der preußischen Machthaber wird nie so weit gehen, daß ich das Kind mit dem Bade ausschütte und wohl gar Land und Volk schmähe, aus Liebe zu dem ich überhaupt gar in Entrüstung geraten bin.“<sup>21)</sup> Zuvor hatte das „Wahlcomité der demokratischen Partei“ in Mainz erklärt: „Müssen wir denn Feind von Preußen sein? Dem preußischen Volk reichen wir zur Einigung gern die Hand. Aber wir bekämpfen das Regierungssystem des Junker- und Soldatentums.“<sup>22)</sup> Schließlich sei hier angemerkt, daß der aus dem „rheinpreußischen“ Trier stammende Karl Marx, welcher Preußen und das Preußentum als „Verkörperung der deutschen Reaktion“ attackiert und den „preußischen Despotismus“ ge-

<sup>13)</sup> Zit. nach F. Herre, Nation ohne Staat, Köln 1967, S. 331.

<sup>14)</sup> So war Preußen dem prominenten späteren französischen Nationalisten Charles Maurras als Kind vorgestellt worden. Zit. nach E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 96.

<sup>15)</sup> Zit. nach E. Kühnelt-Leddin, Freiheit oder Gleichheit, Salzburg 1953, S. 107.

<sup>16)</sup> So Norman Angel auf S. 47 in seinem 1914 in London publizierten Buch „Prussianism and its destruction“.

<sup>17)</sup> Stuttgart 1968, S. 548.

<sup>18)</sup> Der Meldereiter, 21. Jg., Nr. 3, Sept. 1977.

<sup>19)</sup> Zit. nach R. Höhn, Verfassungskampf und Heeresreform, Leipzig 1938, S. 343.

<sup>20)</sup> G. Freytag, Preußen und Deutschland, Stuttgart 1968, S. 311.

<sup>21)</sup> Zit. nach K. Attwood, Fontane und das Preußentum, Berlin 1970, S. 77 ff.

<sup>22)</sup> Zit. nach E. Engelberg, Im Widerstreit um die Reichsgründung, Berlin 1970, S. 405

geißelt hat<sup>23</sup>), seinerseits von manchen Biographen als „roter Preuße“ plakatiert wird<sup>24</sup>). Solch eine von einem katholischen Antipreußen vorgenommene Charakterisierung des Propheten der Weltrevolution, welcher die ihn peinigenden Hämorrhoiden die „perfiden Preußischen“ taufte<sup>25</sup>), hat übrigens der dem Nationalsozialismus nicht fern stehende konservative Revolutionär Hans Schwarz 1932 in seinem Buch „Die preußische Frage“ als „scherzhaften Einfall“ abgetan<sup>26</sup>). Er war nämlich der Ansicht, Preußen verspräche zum „politischen Zauberkasten“ der nationalen, d. h. rechtsautoritären Revolution zu werden<sup>27</sup>).

Mehr als vier Jahrzehnte, bevor der Preußenverehrer Schoeps anlässlich der gegenwärtigen Preußen-Renaissance den Eindruck gewinnen konnte, daß man „mit Preußen reüssieren, Geschäfte machen“ wolle<sup>28</sup>), hat der völkische Nazi Wilhelm Seddin 1935 in Berlin die folgende Schrift veröffentlicht: „Preußentum gegen Sozialismus. Preußisch-sozialistisch — die Tarnungsphrase der deutsch-nationalen Reaktion“. Darin behauptet er, der Begriff Preußentum sei ein von Reaktionären und Konservativen gebrauchtes „magisches Irrlicht“, und stellt dann fest: „Die Literatur über das Preußentum hat einen geradezu inflationistischen Charakter ... Das Preußentum ist gerade jetzt das Feld vieler Literaten, die diesen Begriff dazu ausersehen haben, mit ihm ihre Geschäfte zu machen.“ Heute sei es nicht die Aufgabe, das „geschichtlich erledigte Preußentum zu kopieren, sondern den Nationalsozialismus zu verwirklichen“<sup>29</sup>). Angespielt wurde mit solchen Worten beispielsweise auf die von Friedrich Schinkel 1934 in „Preußischer Sozialismus“ vorgetragene These: „Während in den Jahren nach dem Weltkrieg selbst konservative Kreise sich von der preußischen Überlieferung distanzieren zu müssen glaubten, ist heute Preußen bereits zu einem Modewort geworden.“<sup>30</sup>)

Daß es dazu kommen konnte, ist darauf zurückzuführen, daß einerseits Hitlers konservative Partner den „Führer“ in die preußische Tradition einbinden und damit zähmen wollten und andererseits Hitler die höhere Weihe der preußischen Tradition gern entgegen-

nahm. Tatsächlich bemerkt der einstige Hitlersche Münchener Spezi und Auslandspressechef der NSDAP „Putzi“ Hanfstaengel in seinen Erinnerungen, daß „Preußens Gloria nun einmal der Höhepunkt seiner — Hitlers — patriotischen Träumereien“ war<sup>31</sup>). Dies ist der Boden für den in der Residenzstadt der preußischen Könige, die nach dem französischen Botschafter in Berlin für das Preußentum „eine Art Heiligtum“ darstellte<sup>32</sup>), am 21. März 1933 veranstalteten „Tag von Potsdam“. Bei diesem „infernalischen Possenspiel“ wurde nach der Interpretation des rheinisch-katholischen „Antipreußen“ Wenger der Gefreite Hitler durch den früheren königlich-preußischen Feldmarschall und Reichspräsidenten Hindenburg in Anwesenheit des Kronprinzen Wilhelm, und zwar am Grabe Friedrichs des Großen, in die „preußische Tradition investiert“<sup>33</sup>). Dieser auch von vielen preußischen Konservativen mit ungunstigen Gefühlen aufgenommene Staatsakt symbolisiert das, was Bundespräsident Scheel im Dezember 1978 anlässlich der Einweihung des Neubaus der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz so formulierte: „Die Pervertierung des ‚Preußentums‘ durch den Hitlerschen Staat hat die preußischen Tugenden eine Zeitlang verdunkelt.“<sup>34</sup>)

Wie beispielhaft diese Tugenden auch Männern gelten konnten, welche nicht unbedingt einen propreußen Hintergrund hatten, verdeutlicht die von Bischof Graf Galen am 20. Juli 1941 in der Münsteraner Überwasser-Kirche aus Anlaß von Übergriffen der Gestapo gehaltene Predigt. Darin mahnte er: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen ... Nehmt euch zum Beispiel und Vorbild jenen preußischen Justizminister der alten Zeit ... dem einst König Friedrich der Große das Ansinnen stellte, er solle ein gesetzmäßig gefälltes Gerichtsurteil nach dem Wunsch des Monarchen umstoßen und abändern. Da hat dieser echte Edelmann, ein Herr von Münchhausen, die prachtvolle Antwort gegeben: ‚Mein Kopf steht Eurer Majestät zur Verfügung, aber nicht mein Gewissen! ... Ist das Geschlecht solcher Edelleute, die so gesinnt sind und so handeln, sind die preußischen Beamten dieser Art ausgestorben?“<sup>35</sup>) Bekanntler noch als diese Episode ist das Verhalten jenes friderizianischen Generals von der Marwitz, der sich

<sup>23</sup>) Zit. nach Marx/Engels, Über das reaktionäre Preußentum, Hrsg. E. P. Kandel, Moskau 1943, S. 8f. und 43.

<sup>24</sup>) Vgl. L. Schwarzschild, Der rote Preuße. Leben und Legende von Karl Marx, Stuttgart 1954.

<sup>25</sup>) A. Künzli, Karl Marx, Wien 1966, S. 185.

<sup>26</sup>) Berlin 1932, S. 29.

<sup>27</sup>) Ebda, S. 68.

<sup>28</sup>) Zit. nach P. Sager, Preußen wieder ausgraben, in: ZEIT-MAGAZIN Nr. 21 vom 18. 5. 1979, S. 12.

<sup>29</sup>) S. 29ff.

<sup>30</sup>) Breslau 1934, S. 7.

<sup>31</sup>) E. Hanfstaengel, Zwischen Weißem und Braunem Haus, München 1970, S. 70.

<sup>32</sup>) A. François-Poncet, Als Botschafter in Berlin, Mainz 1947, S. 106.

<sup>33</sup>) P. W. Wenger, Wer gewinnt Deutschland?, Stuttgart 1959, S. 13.

<sup>34</sup>) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung vom 16/17. 12. 1978.

<sup>35</sup>) Zit. nach M. Bierbaum, Das Leben des Kardinals von Galen, Münster 1966, S. 358f.

weigerte, das Schloß des sächsischen Grafen Brühl durch preußische Truppen plündern zu lassen und der die klassischen Worte auf seinen Grabstein meißeln ließ: „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte.“

Bereits diese in die Thematik einführenden Quellen belegen die Tatsache, daß es Preußenverehrer und Preußenfresser, daß es eine weiße und eine schwarze Preußenlegende gibt, daß Preußen und das Preußentum sowohl

die Rolle des Helden als auch die des Bösewichts spielen und somit Preußenlegenden „Freund und Feind“ bewegen<sup>36)</sup>. Insbesondere auch darin, daß sich Preußenfreunde und -feinde nicht nach dem beliebten Rechts-Links-Muster klassifizieren lassen, scheint die fortwährende Aktualität der von Hans Rosenberg getroffenen Feststellung begründet: „Die Hydra des preußischen Mythos ist noch nicht tot.“<sup>37)</sup>

## II. Preußen als deutscher „Seelenkomplex“

Als Ausgangspunkt der Analyse kann daher die bereits 1914 im „Kunstwart“ enthaltene Aussage genommen werden: „Jeder hat seinen Vorstellungskreis von Preußen. Wer hat den richtigen? Eine Wirklichkeit ist nie mit einem Blick erschöpft. Nehmt alles in allem, so habt ihr die Wirklichkeit.“<sup>38)</sup> Eine derart unternommene Vergegenwärtigung der historischen Fakten erscheint um so erwünschter und dringlicher, als am 21. Juli 1978 in der „Frankfurter Allgemeinen“ im Hinblick auf die für 1981 geplante Berliner Preußen-Ausstellung der Artikel „Die preußische Notwendigkeit“ erschien. Darin wird der Komplex Preußen als „Seelenkomplex des öffentlichen deutschen Geschichtsbewußtseins“ bezeichnet.

Zu solch einem Seelenkomplex ist Preußen nicht nur als Gegenstand zuweilen nostalgischer Rückbesinnung, sondern darüber hinaus auch als Kristallisationspunkt von politisch-moralischen Zukunftshoffnungen geworden. Dies ist um so bemerkenswerter, als den deutschen Kriegsgegnern daran gelegen war, Deutschland nach der Niederwerfung des Dritten Reiches zu „entpreußen“ (deprussianize)<sup>39)</sup>. Immerhin war ja bereits in einem Ultimatum der Entente-Mächte vom Juni 1919 zu Versailles die Anklage erhoben worden: „Die ganze preußische Geschichte ist durch den Geist der Beherrschung, des Angriffs und des Krieges charakterisiert“<sup>40)</sup>. Mit der auch staatsrechtlichen Beseitigung Preußens von 1947 schien somit ein alter Wunsch der Preußenfeinde und überdies die nach der vernichtenden Niederlage Preußens gegen Napoleon zu Jena und Auerstädt von 1806 ausgespro-

chene Prophezeiung des — später zum Reformert Altpreußens gewordenen — Freiherrn vom Stein in Erfüllung gegangen zu sein: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen, man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die durch ihren Ehrgeiz Europa erschüttert hat, zu sein aufhöre.“<sup>41)</sup>

Die Verketzerung Preußens, die in dem Vorwurf gipfelt, daß „historisch betrachtet eine gerade Linie von Luther über den Großen Kurfürsten, über Friedrich II. und seine Nachfolger, über Bismarck und die wilhelminische Zeit bis zu Hitler (führt)“<sup>42)</sup>, hat wegen ihrer Maßlosigkeit und Absurdität kritische Fragen eher behindert und ungewollt der nicht eben selten anzutreffenden Verklärung Preußens Vorschub geleistet. Denn die undifferenzierte Identifizierung Preußens mit dem Nationalsozialismus, wie sie ein in Schweden lebender deutscher Emigrant 1940 vornahm, indem er das nationalsozialistische Deutschland „Großpreußen“ nannte und darüber hinaus erklärte, die mit dem Soldatenkönig ins Dasein getretene Bewegung habe in Hitler ihre „radikalste Erfüllung“ gefunden<sup>43)</sup>, mußte geradezu zwangsläufig emotionale und erkenntnishemmende Abwehrreaktionen zur Folge haben. Darüber wurde dann leicht vergessen, daß selbst Preußenfreunde wie der bedeutende Berliner Historiker Friedrich Meinecke nach 1945 bemerkt haben, der preußische Staat habe zwei Seelen, und zwar eine „kulturfähige“ und eine „kulturwidrige“ besessen. Darum sei eine „naive Selbstbeweihräucherung des preußischen Wesens“ durch den „konventionellen Borussismus“ unangebracht<sup>44)</sup>.

<sup>36)</sup> So E. J. Feuchtwanger, Preußen. Mythos und Realität, Frankfurt/M. 1972, S. 4.

<sup>37)</sup> H. Rosenberg, Bureaucracy, aristocracy and autocracy, Cambridge/Mass. 1958, S. 234.

<sup>38)</sup> Zit. nach H. J. Schoeps, Preußen, Berlin 1967, S. 6.

<sup>39)</sup> Vgl. E. Vermeil, Germany's three Reichs, London 1944, S. 409.

<sup>40)</sup> Zit. nach S. Kähler, Studien zur deutschen Geschichte, Göttingen 1961, S. 338.

<sup>41)</sup> Zit. nach W. Schüssler, Preußen und Österreich in der deutschen Geschichte, Göttingen 1963, S. 2.

<sup>42)</sup> W. v. Hanstein, Von Luther bis Hitler, Dresden 1947, S. 7.

<sup>43)</sup> U. Volkmann, Die preußische Revolution, Stockholm 1940, S. 7.

<sup>44)</sup> F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 23ff.

Unbeschadet eines manchmal penetranten Preußenkultes besonders in deutschnationalen Kreisen, haben auch kritisch-liberale und sozialistische Preußenfreunde Preußen stets vor Preußenfressern in Schutz genommen: So hat sich der in der New Yorker Emigration lebende Alfred Kantorowicz Ende 1944 veranlaßt gesehen, den Artikel „Prussia conquered by Nazism. Nazism versus Prussianism“ zu schreiben. Darin nannte er die „Gleichstellung von Nazismus und Preußentum oder gar die in Frankreich und Amerika gängige Formel, der Nationalsozialismus wäre die zeitgemäße Form des preußischen Militarismus“, eine „gefährliche Begriffsverwirrung“<sup>45)</sup>. Auch der Breslauer Bernhard Guttman, der 1947 den preußenkritischen Nachruf „Preußens Ausgang“ verfaßte und darin die Ansicht äußerte, Preußen sei an seiner „Hybris“ untergegangen, wies die verbreitete Vorstellung, Preußen habe „zu allen Zeiten an nichts als Eroberungen gedacht und gleichsam wie ein Sperber unablässig über dem von friedfertigem Geflügel erfüllten Hühnerhof Europas gekreist“, als mit den historischen Tatsachen nicht vereinbar zurück<sup>46)</sup>. Verglichen mit den Invektiven des von den Nazis verfolgten Württembergers Hermann Zipperlen war dieser von Preußenverehrern mit Entrüstung aufgenommene Preußen-Nachruf noch geradezu pietätvoll. Denn der Schwabe behauptete 1947 in seiner Flugschrift „Nationalismus und Militarismus“, daß „seit mehr als 200 Jahren der Norden unseres Vaterlandes an der preußischen Krankheit des Militarismus und Nationalismus litt“ und daß nach 1870 die „Preußen-Krankheit Deutschlands“ die Mainlinie überschritten, auf den Süden übergegriffen und sich schließlich im Zweiten Weltkrieg zum ersten Male „voll ausgetobt“ habe<sup>47)</sup>.

Wenngleich dies eine nicht-repräsentative, extreme Äußerung ist, konnte doch der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Burghard Freudenfeld, 1968 gewiß nicht ohne jede Berechtigung schreiben: „Preußens Sündenbockrolle nach 1945 gehört ja auch zu den affektiven Gründungsmotiven der Bundesrepublik, so wie das Grundgesetz gegen Weimar, so sind wesentliche Teile der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik mit diesem expressis verbis oder mitschwingend antipreußischen Affekt in die Welt gesetzt worden, als sei Preußen die Summe aller deut-

schen Fatalitäten.“<sup>48)</sup> Über diesen Sachverhalt empörte sich z.B. 1952 ein Herr von Sodenstern in seinem in der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau“ veröffentlichten Aufsatz „Bürgersoldaten“. Darin lamentiert er darüber, daß „der so verfemte preußische Geist nicht an der Wiege der Bundeswehr Pate stehen soll“<sup>49)</sup>.

So stark freilich wie wehleidige Preußenverehrer es oft darstellen, ist die Verfemung Preußens nie gewesen. Der aus Süddeutschland stammende und zur Widerstandsbewegung gehörende Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat sich 1956 klar zu Preußen bekannt: „Wir sagen ja zur Tradition des Deutschen Reiches, auch zur Tradition Preußens, mit all seiner Größe und Schuld.“<sup>50)</sup> Ob die Bundesrepublik dagegen „weithin aus dem preußischen Erbe“ lebt, wie Schoeps 1956 unterstellte<sup>51)</sup>, ist dagegen wohl auch deshalb umstritten, weil die Meinungen darüber, was der Inhalt dieses Erbes ist, auseinanderklaffen. Dies ist um so wesentlicher, als ein Erbe gemeinhin eine Verpflichtung für die Zukunft beinhaltet. So hat ja Schoeps 1953 in seiner Schrift „Kommt die Monarchie?“ bei einer klaren Distanzierung von der „Brüllmasse Volk“ bzw. der „gottesjämmerlichen Majorität“ für die Wiedereinführung einer konstitutionellen Monarchie unter Prinz Louis Ferdinand von Preußen geworben und erklärt: „Wenn einst dem Volk von Preußen ... sein Selbstbestimmungsrecht zurückgegeben wird, werden auch zusammen mit dem Glockenspiel der Potsdamer Garnisonkirche die klassischen deutschen Tugenden wieder auferstehen.“<sup>52)</sup>

Die trotzige Aussage eines Vorstandsmitgliedes der Landsmannschaft Ostpreußen in dem 1967 publizierten Aufsatz „Preußens Erbe und Auftrag“ ist somit keineswegs eindeutig: „Entweder bekennt sich das deutsche Volk zur Wiedervereinigung und damit auch zur geschichtlichen Substanz, die in dem Begriff Preußen liegt, oder man beschleunigt die Flucht aus der deutschen Geschichte und verleugnet alles, was Preußen dem deutschen Volk gegeben hat.“<sup>53)</sup> Auch das 1957 von Wolf-

<sup>48)</sup> Zit. nach: H.-J. Netzer (Hrsg.), Preußen, München 1968, S. 204.

<sup>49)</sup> Zit. nach K.-H. Strehler, Friedrich II. und der alt-preußische Militarismus in der Bundeswehr, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 8 (1969), S. 316.

<sup>50)</sup> FAZ vom 21. 7. 1956.

<sup>51)</sup> H. J. Schoeps, Das Ethos des preußischen Beamtentums, in: Neue Deutsche Beamtenzeitung, 6. Jg. (1956), Nr. 1, S. 1.

<sup>52)</sup> Ulm 1953, S. 15 und 64.

<sup>53)</sup> H. Burneleit, Preußen. Erbe und Auftrag, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg, Bd 13 (1963), S. 23.

<sup>45)</sup> A. Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, München 1959, S. 376f.

<sup>46)</sup> B. Guttman, Preußens Ausgang, in: Die Gegenwart v. 31. 3. 1947, S. 7.

<sup>47)</sup> H. Zipperlen, Nationalismus und Militarismus, Stuttgart 1947, S. 10 (Kulturaufbau-Flugschriften Nr. 8).

ram von Wolmar publizierte „Requiem für Preußen“, in dem über die „Hinrichtung Preußens“ von 1947 geklagt und erklärt wird: „auf die preußischen Tugenden kann kein deutscher Staat ... verzichten, will er nicht die deutsche Seele in sich selbst verderben“<sup>54</sup>), hinterläßt zwiespältige Gefühle; besonders wenn man bedenkt, daß der frühere Nazi Wolmar 1943 seine Schrift „Prag und das Reich“<sup>55</sup>) dem SS-Obergruppenführer Heydrich gewidmet hat. Überhaupt ist hier darauf zu verweisen, daß sich bereits 1867 ein — konservativer — Preuße zu der Bemerkung veranlaßt gesehen hat: „Ich schreibe als Preuße gegen Preußen für Preußen.“<sup>56</sup>) Sich in diese Tradition der preußischen Nüchternheit stellend sagt Venohr 1969: „Eine Laudatio wäre unpreußisch.“<sup>57</sup>) Daß eine kritische Reserve gegenüber manchen Preußen angebracht erscheint, zeigt auch die Tatsache, daß der Pommer Adolf von Thadden als Chef der rechtsradikalen Nationaldemokraten 1973 erklärte, die „kalte Wut“ käme ihm hoch, wenn man sich nicht schäme, ihm „Preußentum“ vorzuwerfen. Er fügte hinzu: „Ja, ich bin ein Preuße und unendlich stolz darauf.“<sup>58</sup>) Mag diese Aussage auch noch in der Thadden'schen Familientradition begründet sein, so kann damit die aufschlußreiche Aussage des nationaldemokratischen Wochenblatts „Deutsche Nachrichten“, welche rechts- und linksradikalen Gemeinsamkeiten unverblümt Ausdruck gibt, nicht erklärt werden: „Im kommunistischen Osten unseres Vaterlandes dagegen findet die Jugend, auch die studentische, zu ‚ihrem Staat‘, dort sind Fleiß, puritanische Haltung, preußischer Stil, preußische Ordnungsprinzipien wie Strenge, Bescheidenheit, Pflicht, Opfersinn und Verantwortungsbewußtsein für die Gemeinschaft („Kollektiv“) oberste, anerkannte Werte.“<sup>59</sup>)

Der Publizist Paul Sethe hat 1962 gemeint, daß es unter dem Schutt des zusammengebrochenen preußischen Staates „noch brauchbare Balken“ gäbe. Er sei überzeugt, daß „kein Staatsmann des kommenden freien Deutschland walten kann, dessen Haupt nicht gesalbt ist mit einem Tropfen preußischen Öls“<sup>60</sup>). Ähnlich hat sich die Ostpreußerin Marion Gräfin Dönhoff 1973 in ihrem Aufsatz „Berlins Zukunft im Hinterhof“ ausgesprochen, in dem sie Berlin das „letzte Stück der Urzelle Preußen“ nennt, das uns geblieben sei. Dabei konnte sie

sich die Bundesrepublik auf die Dauer „ohne die staatsbildende Kraft Preußens und seiner Menschen“ nicht gut vorstellen<sup>61</sup>).

Während sich der in Berlin lebende Verleger Axel Springer als einen „Preußen aus Altona“ bezeichnet, heißt es in einer Glückwunschadresse des Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf den SPD-Parteichef und aus Lübeck gebürtigen früheren Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt: „Die Lübecker sind keine Preußen. Ihnen eignet keine hierarchische Disziplin. Wenn aber der kategorische Imperativ Immanuel Kants oder wenn dessen Idee vom ewigen Frieden als Preußentum begriffen werden dürfen, dann könnte man den Hanseaten Willy Brandt einen Preußen nennen.“<sup>62</sup>) Angesprochen auf die Frage: „Was treibt Helmut Schmidt?“ antwortete der Hamburger 1974: „Es klingt sehr preußisch! Mich treiben der Ehrgeiz, dem öffentlichen Wohl zu dienen, und ein ziemlich ausgeprägtes Pflichtgefühl.“<sup>63</sup>) Zur gleichen Zeit erklärte der auf der entgegengesetzten Seite des demokratischen Spektrums angesiedelte CSU-Parteichef Franz Josef Strauß: „Geradé wir, im Süden Deutschlands, müssen, wenn es die Geschichte erfordert, bereit sein, notfalls die ‚letzten Preußen‘ zu sein“. Den „guten Seiten des Preußentums“ müsse Respekt bezeigt werden<sup>64</sup>).

Daß dem Preußentum von sehr unterschiedlichen, ja sich untereinander feindlich gegenüberstehenden Kräften Hochachtung entgegengebracht wird, belegt auch dies: Hatte ein DDR-Historiker noch 1965 den „antinationalen Charakter des Preußentums“ gegeißelt<sup>65</sup>) und war noch 1971 in einem offiziellen Werk der DDR-Geschichtsschreibung verkündet worden: „Die demokratischen Kräfte unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse sorgten dafür, daß alle Erscheinungen des Preußentums ausgemerzt wurden und die Vergangenheit im wahrsten Sinne des Wortes bewältigt wurde“<sup>66</sup>), so ist mittlerweile auch in der DDR Preußen „entdeckt“ worden, wie eine ARD-Sendung vom November 1978 belegt hat. Der SED-Staat, den der rheinische Publizist P. W. Wenger als „rotes Neopreußen“ angesprochen hat<sup>67</sup>), differenziert nunmehr verstärkt zwischen dem „reaktionären“ Preu-

<sup>61</sup>) In: Die Zeit Nr. 13 v. 23. 3. 1973.

<sup>62</sup>) Zit. nach: Spiegel Nr. 51 v. 17. 12. 1973, S. 45.

<sup>63</sup>) Zit. nach: Stern Nr. 25 v. 12. 6. 1974.

<sup>64</sup>) F. J. Strauß, zit. nach: „Bayernkurier“ v. 31. 8. 1974.

<sup>65</sup>) H. Schleier, Sybel und Treitschke, Berlin (Ost) 1965, S. 9.

<sup>66</sup>) W. Berthold (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Köln 1971, S. 154.

<sup>67</sup>) In: Wer gewinnt Deutschland?, 1959, S. 13.

<sup>54</sup>) Göttingen 1957, S. 6 u. 73.

<sup>55</sup>) Dresden 1943.

<sup>56</sup>) Zit. nach H. J. Schoeps, Der Weg ins deutsche Kaiserreich, Berlin 1970, S. 181.

<sup>57</sup>) Preußische Porträts, Hamburg 1969, S. 9.

<sup>58</sup>) Zit. nach: Die Zeit vom 14. 9. 1973.

<sup>59</sup>) 5. 1. 1968.

<sup>60</sup>) In: Welt am Sonntag v. 21. 1. 1962.

Ben, dem „erzreaktionären Preußenkult der BRD“, sowie den „fortschrittlichen Zügen“ in der preußischen Geschichte<sup>68</sup>). Damit möchte der von seiner Bevölkerung ungeliebte Staat, welcher die deutsch gebliebenen Kernprovinzen Preußens besitzt, das Schloß Sanssouci als „nationales Erbe“ hüten und dessen Wachkompanien noch heute den — in der Bundesrepublik verpönten — preußischen Stechschritt demonstrieren, ganz offensichtlich auch an „Preußens Gloria“ partizipieren. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit die SED die 1914 von einem Potsdamer Superintendenten aus Anlaß der ersten Tagung des „Preußenbundes“

aufgestellte These: „Der preußische Geist paßt allen denen nicht, die etwas zu viel demokratisches Oel in ihren Adern fließen haben“<sup>69</sup>), nicht auf ihre Weise interpretiert. All dies beweist, wie recht der einen preußisch-litauischen Namen tragende Bonner Historiker Skalweit gehabt hat, als er 1954 in seinem Aufsatz „Preußen als historisches Phänomen“ vom „unheimlichen Janusgesicht des Preußentums“ sprach und bemerkte, die Begriffe Preußentum und preußische Tradition schlössen „stärkste Gegensätze“ in sich ein<sup>70</sup>). Es gilt nunmehr, tiefer in dieses Janusgesicht zu blicken.

### III. Preußischer Geist und preußische (Un-)Tugenden

In der 1946 in Konstanz erschienenen Broschüre „So kam es“ heißt es: „Es ist schwer zu beschreiben, worin dieser ‚preußische Geist‘ bestand ... Hier genügt es, auf die Tatsache hinzuweisen, daß dieser preußische Geist überall da, wo er auf die Wesensart anderer deutscher Stämme stieß, der schärfsten Ablehnung begegnete, ja mit Feindseligkeit abgelehnt wurde.“ Unter den Eigenschaften, die „das Preußentum den übrigen Deutschen unausstehlich“ gemacht hätten, wurden dabei „Anmaßung, Geltungssucht und Rücksichtslosigkeit“ hervorgehoben<sup>71</sup>). Ein anderer westdeutscher Preußenfeind glaubte, das Preußenproblem im gleichen Nachkriegsjahr bewältigen zu können, indem er das Preußentum als durch „viele undeutsche Züge“ charakterisiert hinstellte<sup>72</sup>). Die aus der Emigration zurückgekehrte frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Siemsen behauptete schließlich 1947, „das altpreußische Wesen“ habe das „deutsche Volk vergiftet“<sup>73</sup>). Diese Einschätzung berührt sich mit derjenigen des „Rheinischen Merkur“ von 1815, in der von der „ganzen Herbheit und widerwärtigen Schärfe“ des Altpreußentums die Rede ist, welches der ganzen Welt in „innerster Seele“ verhaßt sei<sup>74</sup>).

Während der aus Pommern stammende Vertriebenenpolitiker von Merkatz die antipreu-

bische Legende 1964 in „Besinnung auf Preußen“ schlechthin als „vollendeten Unsinn“ abtat<sup>75</sup>), gelangte der frühere Danziger Senatspräsident Hermann Rauschnig, welcher aus einem Anhänger zu einem entschiedenen Gegner Hitlers geworden ist, zu der Einsicht, daß Preußen neben positiven auch negative Züge getragen hat. Er schrieb 1953: „Niemand, auch der leidenschaftlichste Preuße nicht, wird bestreiten, daß es dies ‚andere‘ Preußen gab, das Preußen des Kasernenhofs, der alles bestimmenden Obrigkeit, des Polizeiwachmeisters, des beschränkten Untertanenverstandes, das Preußen der Klassenunterschiede und Rangordnungen.“<sup>76</sup>)

Der Pädagoge und Philosoph Eduard Spranger, der nach einer Charakterisierung des preußischen Juden und Historikers Hans Rothfels „eine spezifisch preußische Prägung im besten Wortsinn“ verkörperte<sup>77</sup>), der Widerstandsbeziehung nahegestanden und als erster Nachkriegs-Rektor die kommunistische Gleichschaltung der Berliner Friedrich-Wilhelms- (heute: Humboldt-)Universität vergeblich zu verhindern versucht hat, hat den Essay „Das Preußische“ hinterlassen. Sein Anfang lautet: „Preußen als Staat ist zugrunde gegangen. ‚Das Preußische‘ wird in der geistig-sittlichen Welt fortleben. Nachfolgende Geschlechter werden es bewundern und hassen. Was an ihm unrecht war, soll nicht beschönigt werden. Was an ihm ethisch groß war, soll gerettet werden.“<sup>78</sup>) Bereits 1921 hatte Spranger in einem Aufsatz zur Schulreform postuliert, über der Bewegtheit der Gesellschaft „wölbe sich zuletzt der alte Dom des preußisch-deutschen

<sup>68</sup>) Vgl. G. Zehm, Auf der Suche nach Preußen, in: Die Welt Nr. 246 v. 21. 10. 1978

<sup>69</sup>) Zit. nach K. Stenkewitz, Gegen Bajonette und Dividenden, Berlin 1960, S. 138.

<sup>70</sup>) Jahrbuch für die Geschichte Mittel- u. Ostdeutschlands III (1954), S. 209.

<sup>71</sup>) F. Harzendorf, So kam es, 1946, S. 14.

<sup>72</sup>) W. Hagemann, Der Weg in den Abgrund, München 1946, S. 8.

<sup>73</sup>) A. Siemsen, Die Tragödie Deutschlands und die Zukunft der Welt, Hamburg 1947, S. 33.

<sup>74</sup>) Zit. nach O. Ladendorf, Historisches Schlagwörterbuch, Straßburg/Berlin 1906, S. 251, Art.: Preußentum.

<sup>75</sup>) Hrsg. H. v. Königswald, Oldenburg 1964, S. 21.

<sup>76</sup>) H. Rauschnig, Preußen, in: Zeitschrift für Geopolitik, 24. Jg., 1953, S. 36.

<sup>77</sup>) Die Zeit Nr. 25 vom 22. 6. 1962.

<sup>78</sup>) E. Spranger, Staat, Recht und Politik, Tübingen 1970, S. 392.

Pflichtgedankens, das Ziel bezeichnend, das über uns allen ist<sup>79)</sup>). Damit hat er ein Bekenntnis zu dem ethischen Preußentum abgelegt, das zum säbelrasselnden seit jeher in einem ausgeprägten Spannungsverhältnis gestanden hat. Entgegen dem weitverbreiteten Klischee vom preußischen Militarismus ist dies sublimierte Preußentum gerade auch unter hervorragenden preußischen Militärs anzutreffen. Dies deutet der Hitler-Attentäter Rudolf-Christoph von Gersdorff in „Soldat im Untergang“ an. Dort sagt er seinem — mit einer ostpreußischen Gräfin Dohna verheirateten — Vater, einem Kavalleriegeneral, nach, er sei „das Gegenteil eines Militaristen und Kommißsoldaten“ und seine Eltern wären „preußische Menschen in der philosophischen Bedeutung des Preußentums“ gewesen<sup>80)</sup>.

Eine Diskussion der Frage „Was ist preußisch?“, über die 1907 in Halle ein Gymnasialprofessor eine zackige Rede hielt, in der es wilhelminisch-dummstolz heißt: „Preußisch ist stolz sein Haupt zu erheben unter den Völkern der Erde“<sup>81)</sup>, hat somit auszugehen von der Janusköpfigkeit Preußens. Diese ist auch von Schoeps nicht bestritten worden, als er zitierte: „Was war das alte Preußen? Was stellen wir uns darunter vor? Nun die einen stellen sich vor Junker mit Reitstiefeln und Hundepeitschen, die jährlich ein Buch kaufen, den Kalender, Polnische Zuckerrübenhacker, elende Schulhäuser, hungernde Lehrer, Leutnants mit schnarrender Stimme, schnauzende Unteroffiziere, schneidige Staatsanwälte ... Die anderen stellen sich vor: pünktliche Eisenbahnen, saubere Straßen ... Die dritten stellen sich vor: Männertreue gegen den gnädigsten Kurfürsten und Herren ... Die vierten stellen sich vor: das Vaterland Friedrichs des Großen und Kants.“<sup>82)</sup> In nahezu jeder Publikation über Preußen findet sich — jeweils gewichtet nach den persönlichen Vorlieben des Verfassers — solch ein Katalog von guten und schlechten Seiten Preußens, von preußischen Tugenden und Untugenden. Die letzteren haben besonders im Ausland einen derartigen Ruf erlangt, daß amerikanischen Studenten bei dem Namen Preußen die Assoziation Waffen-SS kommt<sup>83)</sup> und daß in Israel der hebräi-

sche Fluch „Preuße“ ein Synonym für „Strenge, Genauigkeit, Brutalität und Gehorsam“ geworden ist<sup>84)</sup>.

Daß sich dieser Tugendkatalog nicht einfach nach dem Rechts-links-Schema ordnen läßt, ist bereits gezeigt worden. Dies wird jedoch angesichts der Affinität des Altpreußentums zu Monarchie und Konservatismus einerseits und der korrespondierenden demokratisch-sozialistischen Bekämpfung des „preußischen Militärdespotismus“ andererseits immer wieder versucht. So schrieb eine Frau von Zitzewitz 1977 in einem entrüsteten Leserbrief: „Preußen war nicht, wie die Linken uns immer wieder weismachen wollen: Unduldsamkeit, Kadavergehorsam, Unterdrückung des Volkes, Militarismus, Kulturlosigkeit ...“<sup>85)</sup> Wenn dies tatsächlich die allgemeine Einschätzung der demokratischen Linken gewesen wäre, so hätte der letzte demokratische Ministerpräsident von Preußen, der nicht zufällig ironisch-respektvoll „roter Zar von Preußen“ titulierte Sozialdemokrat Otto Braun, welcher die auch von Eduard Spranger angesprochene „Affinität der Sozialdemokratie zu dem Preußischen“<sup>86)</sup> beispielhaft verkörperte, nicht stolz bekennen können: „Preußen ist nie preußischer regiert worden, als in meiner Amtszeit.“<sup>87)</sup> Dieses Wort hat übrigens Josef Goebbels 1932 in seiner Wahlrede „Preußen muß wieder preußisch werden“ aufgegriffen, in der er den Faschismus „römisches Preußentum“ nannte, den Nationalsozialismus mit dem Preußentum gleichsetzte und sich positiv auf den Kantschen preußischen Pflichtbegriff bezog<sup>88)</sup>.

Diese Berufung auf Kant durch Goebbels macht hinreichend deutlich, daß gern als preußisch bezeichnete Tugenden wie Pünktlichkeit, Disziplin, Gehorsam ihren eigentlichen Wert nur durch eine Synthese mit inhaltlichen, ethisch-religiösen Werten erlangen und andernfalls zu „subalternen Idealen“ wie Unterwürfigkeit und Kadavergehorsam mit Mißachtung der Menschenwürde entarten können<sup>89)</sup>. Daher ist dem wissenschaftlichen Leiter der für 1981 geplanten Berliner Preußenausstellung, Manfred Schlenke, beizupflichten, daß es nicht darum gehen kann, Preußen zu „exhumieren, um daraus Tugenden zu destillieren und wahllos auf die Gegenwart aus-

<sup>79)</sup> E. Spranger, Kultur und Erziehung, Leipzig 1925, S. 137.

<sup>80)</sup> R. C. v. Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt/M. 1977, S. 15.

<sup>81)</sup> B. Hebestreit, Was ist preußisch, Halle a.d.S. 907, S. 25.

<sup>82)</sup> H. J. Schoeps, Übi immer Treu und Redlichkeit, Düsseldorf 1978, S. 11.

<sup>83)</sup> So der in Münster/W. lehrende amerikanische Professor R.C. Walton in seinem Vortrag: „Preußen und das Preußentum aus amerikanischer Sicht“ von 1979, Manuskript S. 4.

<sup>84)</sup> Frankfurter Rundschau vom 8. 9. 1973.

<sup>85)</sup> Die Welt vom 14. 7. 1977.

<sup>86)</sup> E. Spranger, Staat, Recht und Politik, Tübingen 1970, S. 409.

<sup>87)</sup> Vgl. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/M. 1977.

<sup>88)</sup> J. Goebbels, Revolution der Deutschen, Oldenburg i.O. 1933, S. 59 ff.

<sup>89)</sup> U. Volkmann, Die preußische Revolution, Stockholm 1940, S. 15.

zumünzen<sup>90)</sup>. Auch wäre es ein anachronistisches und fatales Unterfangen, „einen Katalog von Werten aufzustellen und damit eine Art preußischer Testamentsvollstreckung zu versuchen“<sup>91)</sup>.

Da der Begriff Preußen bereits 1935 für ein „magisches Irrlicht“<sup>92)</sup> und 1978 von Joachim Fest als „bis zur Unkenntlichkeit aufgelöst“ erklärt wurde, kommt es darauf an, unter Ausschaltung von Ressentiments und auch unter Vermeidung nostalgisch-wehmütiger Rückschau die historischen Triebkräfte und geschichtlichen Weichenstellungen Preußens zu dokumentieren und veranschaulichen. Hierbei ist zu beachten, daß als nichtmaterielles Hauptcharakteristikum des preußischen Staates und der preußischen Ideologie die willensbestimmte Dynamik gilt, deren Kraft in der spezifisch preußischen Ausprägung des Pflichtgedankens verwurzelt ist. Ganz unterschiedlich orientierte Beobachter stimmen darüber ein, daß das nicht mit natürlichen Grenzen ausgestattete und an Rohstoffen arme Preußen nur dank überdurchschnittlicher Anstrengungen und ständiger An- bzw. Überspannung seiner Kräfte in kurzer Zeit zu einer Großmacht aufsteigen und dann anschließend in einem — durch die dadurch erzeugte Hybris bedingten — fast beispiellosen Fall von der Landkarte ausradiert werden konnte.

In der bereits erwähnten Kaisergeburtstagsrede von 1907 heißt es daher nicht nur, preußisch sein bedeute „stolz sein Haupt zu erheben unter den Völkern der Erde“, sondern auch: „Preußisch ist eiserne Disziplin ... und der Wille zum Siege, koste er, was er wolle“. Dabei wird hinzugefügt: „Preußisch ist der Wille, seine Pflicht zu tun bis zum letzten Atemzug.“<sup>93)</sup> Daneben wird freilich der in Europa vorbildliche Rechts- und Sozialstaatscharakter Preußens gelobt und sein Kulturstaatscharakter wie folgt als sittliche Pflicht begründet: „Preußisch ist der Wille zur Ausbreitung wahrer Bildung über alle Schichten des Volks.“<sup>94)</sup> Diese von Preußen gern mit „Mumm“ bezeichnete Eigenschaft der Durchdringung durch einen willensbestimmenden Pflichtgedanken, welche der Überwindung des „inneren Schweinehundes“ dienen soll und einem leicht als „schlapp“ abgewerteten, müßig-genußfrohen, selbstzufriedenen Leben entgegensteht,

erklärt das folgende Urteil der offiziellen Bundeswehrzeitschrift „Kampf-Truppe“ von 1970: Die deutsche Jugend plätschere deshalb in „moralischem und weltanschaulichem Nihilismus“ herum, weil ihr das „preußische Rückgrat“ fehle<sup>95)</sup>.

Über den Kriegen von 1866, 1870/71, 1914—18 und 1939—45, welche die antipreußischen Klischeevorstellungen besonders im Ausland ganz entscheidend geprägt haben, wird nun allzu leicht vergessen, daß das friderizianische Preußen einst in Frankreich als das „Athen des Nordens“ galt<sup>96)</sup>. In ihrem berühmten Buch „De l'Allemagne“ schrieb die Tochter des französischen Finanzministers Necker, Madame de Stael, im Jahre 1810, Preußen sei nicht nur ein Staat der Kasernen und Rüstungskammern, sondern auch ein Staat der Philosophen, Schulen und Universitäten. Der Kultur- und Rechtsstaatscharakter Preußens, der unter Bismarck noch durch eine beispielhafte, die negativen Begleiterscheinungen der Industrialisierungsprozesse abmildernde sozialstaatliche Komponente bereichert wurde, war es, der den nationalistischen französischen Historiker Bainville im Kriegsjahr 1915 sagen ließ, es sei „Ironie und Schande unserer Geschichte, daß der preußische Militarismus und Absolutismus in Frankreich 150 Jahre lang als Werkzeug und Ausdruck der Freiheit und der ‚modernen Ideen‘ angebetet worden sind“<sup>97)</sup>.

Alle diese vielfach in sich widersprüchlichen Tatsachen haben den Marxisten Leo Kofler bereits 1947 veranlaßt, hinsichtlich der Bewertung Preußens und seines Militarismus von einer „Verworrenheit der Gesichtspunkte“ und einer „Sucht zur Romantisierung“ zu sprechen. Kofler, welcher übrigens — mit negativem Vorzeichen — von einem „Verpreußungsprozeß“ des deutschen Proletariats gesprochen hat, meinte: „Erstaunlich ist nur, in welchem Maße auch viele Gegner und Kritiker des Preußentums von dieser Methode angesteckt sind. Sie unterscheiden sich von den Prussophilen nur dadurch, daß sie in den Schlußfolgerungen die Vorzeichen umkehren.“<sup>98)</sup> Ganz ähnlich hatte der Sozialist Franz Mehring 1893 betont: „Es ist kaum nötig zu sagen, daß die wissenschaftliche Geschichtsforschung mit den preußenfeindlichen Mythologemen eben-

<sup>90)</sup> „Zeit-Magazin“ Nr. 21 vom 8. 5. 1979, S. 18.

<sup>91)</sup> H. J. Netzer, Preußen, München 1968, S. 295 f.

<sup>92)</sup> W. Seddin, Preußentum gegen Sozialismus, Berlin 1935, S. 30.

<sup>93)</sup> B. Hebestreit, Was ist preußisch?, 1907, S. 25, 14 u. 21.

<sup>94)</sup> Ebda, S. 31.

<sup>95)</sup> Zit. nach Der Spiegel Nr. 39 vom 21. 9. 1970 S. 62.

<sup>96)</sup> F. Bluche, Le despotisme éclairé, Paris 1968 S. 13.

<sup>97)</sup> J. Bainville, Geschichte zweier Völker Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit Hamburg 1940, S. 106.

<sup>98)</sup> L. Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt 1978, S. 271.

sowenig zu schaffen hat wie mit den preußenfreundlichen.“<sup>99)</sup>

Eine geschichtliche Analyse des preußischen Staates und des Preußentums hat zu berücksichtigen, daß nicht nur der Begriff Preußen, sondern auch sein Unterbegriff Altpreußen(tum) eine höchst unterschiedliche Interpretation erfahren. Für einige ging Altpreußen im Jahre 1806 unter, für andere 1866 bzw. 1870/71 und für weitere 1918. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß Kaiser Wilhelm II. — welcher viel auf sein Preußentum gehalten und welcher der Epoche des „Wilhelminismus“ den Namen gegeben hat — kürzlich von einem Historiker nachgesagt worden ist, er habe — obgleich noch König von Preußen — nicht mehr gewußt, „was Preußen war“<sup>100)</sup>. Solch eine Bewertung kann sich auf den aus Baden stammenden Staatssekretär des Auswärtigen Marschall von Bieberstein berufen, der gesagt hat, der Kaiser sei „zu wenig König von Preußen und zu sehr deutscher Kaiser“, von welcher Würde er sich einen ganz falschen Begriff zusammengeschmiedet habe. Dadurch stoße er alle Augenblicke nicht nur seine fürstlichen Bundesbrüder und andere nichtpreußischen Stämme vor den Kopf, sondern auch „die partikularen Empfindungen der Preußen selbst“<sup>101)</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich konnte ein Historiker dementsprechend erklären: „Das Preußentum wurde mehr und mehr vom Wilhelminismus überwuchert“, heutzutage spreche man vom Preußentum und meine den Wilhelminismus“<sup>102)</sup>.

Keine Preußendiskussion kommt ohne den Begriff der königlich-preußischen Residenzstadt Potsdam aus. Denn, wie der Potsdamer Kurt Hesse 1967 in seinem Buch „Der Geist von Potsdam“ formulierte: „Die Beschäftigung mit Preußen führt immer wieder zu Potsdam, zum Mittelpunkt des preußischen Staates.“<sup>103)</sup> Das auch die Schule durchdringende und militarisierende „preußisch-potsdamische Prinzip“ hat der Schlesier Gerhard Hauptmann scharf verdammt<sup>104)</sup>. Wie es sich auswirken konnte, hat der erste nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der katholische Zentrumspolitiker Amelunxen, in seinen Erinnerungen geschildert. Er mußte am Kaisergeburtstag 1898 das

von einem Oberlehrer verfaßte Gedicht in einer Aula zu Münster aufsagen:

„Klein bin ich, hab' noch keinen Bart,  
doch kenn ich schon Soldatenart!  
Drum hab ich, wie es dem Kaiser gefällt,  
so stramm mich hier aufgestellt!“<sup>105)</sup>

In der eine Spitze „gegen die Tradition des Reiches“ enthaltenden Idee von Potsdam verkörperte sich nach Meinung vieler — besonders auch demokratischer Preußenkritiker — die „Räson des Obrigkeitsstaates“<sup>106)</sup>. Im Kontext der Diffamierung des Preußentums stellte ein Kritiker 1946 die These auf: „Der Glaube an die Gewalt wurde getragen von dem Geist von Potsdam ... Potsdam wurde das Mekka der Militaristen und in der Potsdamer Garnisonkirche übernahm Hitler symbolisch die Macht.“<sup>107)</sup> .. Ein anderer schrieb 1948: „Potsdam ... ist ein prägnanter Begriff: mehr oder minder aufgeklärter Absolutismus mit und ohne Krückstock, junkerlich schnarrende Überheblichkeit, sturer Muschkotendrilla, schäbig verbrämt mit dem Flittergold der Hohenzollernlegende.“<sup>108)</sup> Mit solch beißender Kritik sollte man es sich nicht zu leicht machen; denn immerhin hat der dem führenden 20.-Juli-Mann und Potsdamer Offizier Henning von Tresckow nahestehende Potsdamer Kriegsschullehrer Hesse geschrieben: „Wäre nicht am 20. Juli 1944 der Geist von Potsdam unter Beweis gestellt worden, so müßte man sagen, daß mit dem Kriegsausgang der geschichtliche Weg des deutschen Volkes im Zeichen des preußischen Gedankens endete.“<sup>109)</sup>

Die Tatsache, daß der von den Nazis verfolgte Fritz Löwenthal 1948 befriedigt konstatieren konnte: „Unter den Trümmern der Stadt (Potsdam) liegt auch der ‚alte‘ Geist von Potsdam begraben, mag die Zahl seiner unbelehrbaren Anhänger auch noch so groß sein“<sup>110)</sup>, findet ihre Erklärung auch in dem Diktum des Monarchisten Schoeps: „Der Gedanke der Volkssouveränität war preußisch stets eine Unmöglichkeit. Nicht das Volk ist souverän, sondern der Monarch.“<sup>111)</sup> Dieser Monarch residierte, geschützt von seinen Garderegimentern, au-

<sup>99)</sup> Zit. nach H. Kathe, Die Hohenzollernlegende, Berlin 1973, S. 9.

<sup>100)</sup> B. Scheurig, Um West und Ost, Hamburg 1969, S. 15.

<sup>101)</sup> Zit. nach E. Fehrenbach, Wandlungen des deutschen Kaisergedankens, München 1969, S. 117

<sup>102)</sup> G. Pacyna, Agrarfabriken oder Bauernhöfe?, Hamburg 1958, S. 61f.

<sup>103)</sup> K. Hesse, Der Geist von Potsdam, Mainz 1967, S. 265.

<sup>104)</sup> Zit. nach K. H. Höfele, Geist und Gesellschaft der Bismarckzeit, Göttingen 1967, S. 23f.

<sup>105)</sup> R. Amelunxen, Ehrenmänner und Hexenmeister, München 1960, S. 15.

<sup>106)</sup> Vgl. E. Niekisch, Deutsche Daseinsverfehlung, Berlin 1946, S. 19 und 58.

<sup>107)</sup> O. Vollnhals, Verhängnis der Gewalt, Wiesbaden 1946, S. 31.

<sup>108)</sup> F. Löwenthal, Der neue Geist von Potsdam, Hamburg 1948, S. 11.

<sup>109)</sup> K. Hesse, Der Geist von Potsdam, Mainz 1967, S. 245.

<sup>110)</sup> F. Löwenthal, Der neue Geist von Potsdam, Hamburg 1948, S. 11.

<sup>111)</sup> H. J. Schoeps, Die Ehre Preußens, Stuttgart 1951, S. 36.

Berhalb der geschäftigen Welt- und Industriestadt Berlin, in der idyllischen Residenzstadt Potsdam.

Das Instrument der Souveränität des die — auch noch unter der Bismarckschen Reichsverfassung — „Kommandogewalt“ ausübenden Preußenkönigs waren seine Soldaten. Sie trugen des „Königs Rock“. Deshalb sagte der konservative Parteiführer Graf Westarp 1913: „Wir können kein Parlamentsheer, sondern nur ein einheitlich geführtes Heer brauchen ... Die Aufrechterhaltung einer starken Staatsgewalt ist speziell die preußische Aufgabe.“<sup>112)</sup> Wilhelm II., der den Weltkrieg im Sommer 1918 als Auseinandersetzung zwischen der „preußisch-deutsch-germanischen“ und der dem „Götzendienst des Geldes“ verfallenen angelsächsisch-demokratischen Weltanschauung interpretierte<sup>113)</sup>, hat deshalb wie-

derholt provozierend geprahlt: „Wo meine Garde auftritt, da gibt es keine Monarchie.“ Sein Kammerherr Elard von Oldenburg-Januschau, von dem der berühmt-berüchtigte Ausspruch stammt, der König von Preußen müsse zu jeder Zeit einem Leutnant sagen können: „Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag“<sup>114)</sup>, hat noch 1917 den entlarvenden Ausspruch getan: „Wenn das allgemeine Wahlrecht in Preußen verkündet wird, dann haben wir den Krieg verloren.“<sup>115)</sup> Auch der preußische Feldherr Erich Ludendorff, welcher 1923 zusammen mit Adolf Hitler gegen die Weimarer Republik putschte, hat im Sommer 1918 dem ständisch-hierarchischen Prinzip bzw. dem Klassenegoismus so den Vorrang vor der nationalen Solidarität gegenüber dem äußeren Feind gegeben: „Ich fürchte die Revolution mehr als die militärische Niederlage.“<sup>116)</sup>

#### IV. Altpreußen, Nazi-Preußen und Volkspreußen

In solchen Worten deutet sich eine Auflösung ethisch-religiös geprägter (alt-)preußischer Wertvorstellungen und ihre Reduktion auf eine rein weltliche, antirepublikanisch-rechtsradikale Einstellung an. Allein dies macht verständlich, warum ein rechtsradikaler „Nationalbolschewist“ 1926 erklären konnte: „Der Bolschewismus ist die Preußenidee Rußlands“<sup>117)</sup>, und warum ein anderer „preußischer Leninist“ namens Ernst Jünger im Krisenjahr 1932 schrieb: „Je zynischer, preußischer oder bolschewistischer im übrigen das Leben geführt werden kann, desto besser wird es sein.“<sup>118)</sup> Damit wurde das bereits vor 1914 geprägte Hohnwort „Prussakentum“, welches dem als Büttel der zaristischen Selbstherrschaft fungierenden Kosakentum nachempfunden war<sup>119)</sup>, nachträglich gerechtfertigt. Von hier bis zu den von dem NS-Schreiber Wilhelm Ihde 1943 in „Das Preußische Prinzip“

aufgestellten Thesen ist es nur noch ein kleiner Schritt. Dort wird nicht nur der preußische Paradeschritt als „Perpendikel der deutschen Seele“ bezeichnet<sup>120)</sup>, unter Berufung auf den „sächsischen Preußen“ Treitschke der Machtstaat verherrlicht, sondern schließlich noch behauptet, der „von Preußen in das Reich hineingeschleuderte Pflichtbegriff“ habe entscheidend zur Entfernung des „Giftbazillus Demokratie aus dem Volkskörper“ und zur Etablierung der am 30. Januar 1933 strahlend und triumphierend zur Macht gelangten „Einherrschaft“ beigetragen<sup>121)</sup>.

Mit solchen Zitaten sind wesentliche Gründe für die Verfemung und Auslöschung Preußens nach 1945 angedeutet und wird zugleich erklärt, warum nach dem Krieg nicht nur in der SBZ/DDR, sondern auch im einstmals welfischen Hannover gegen den „Ungeist von Potsdam“ polemisiert worden ist<sup>122)</sup>. Die wilhelminische Überlagerung und Verformung des Altpreußentums, welche sich — zu Lasten eines friedlich-diplomatischen Ausgleichs — an der einseitigen Betonung des Macht- bzw. Gewaltprinzips und in einer Abkehr vom altpreußischen Gedanken des sozialen Königtums ablesen läßt, findet ihren Ausdruck in der 1935 publizierten „Konservativen Politik“ des langjährigen konservativen Parteiführers Kuno Graf Westarp. Dieser hatte 1925 auf dem Parteitag

<sup>112)</sup> Preußen. Deutschlands Vergangenheit und Deutschlands Zukunft, Berlin 1913, S. 57.

<sup>113)</sup> Zit. nach J. Rogalla von Bieberstein, Die These von der Verschwörung 1776-1945, Bern 1976, S. 205.

<sup>114)</sup> Zit. nach F. W. von Oertzen, Junker, Oldenburg 1939, S. 376.

<sup>115)</sup> Zit. nach J. Neurohr, Der Mythos vom Dritten Reich, Stuttgart 1957, S. 43.

<sup>116)</sup> Zit. nach J. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, Köln 1978, S. 52.

<sup>117)</sup> So Mahlmeister, zit. nach E. Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 187.

<sup>118)</sup> E. Jünger, Der Arbeiter, 2. Aufl. Hamburg 1932, S. 201.

<sup>119)</sup> O. Ladendorf, Historisches Schlagwörterbuch, Straßburg/Berlin 1906, S. 253.

<sup>120)</sup> W. Ihde, Das Preußische Prinzip, Berlin 1943, S. 9.

<sup>121)</sup> Ebda, S. 55f.

<sup>122)</sup> Zit. nach: Der Spiegel H. 10 vom 3.3. 1954, S. 10.

der Deutschnationalen Volkspartei gewarnt: „Es besteht die Gefahr, daß unser Volk sich aus Gewohnheit mit den Verbrechen der Novemberrevolution und mit der ganzen Unfähigkeit des demokratischen Systems abfindet.“<sup>123)</sup> In seiner „Konservativen Politik“ sprach Westarp von den „so bitterenötigen preußischen Tugenden der Unterordnung des einzelnen unter den Staat“<sup>124)</sup> und bekannte freimütig: „Uns Konservativen war die Zertrümmerung der Sozialdemokratie über alle Tagesfragen hinweg ‚das große Problem.‘“<sup>125)</sup> Darüber hinaus erklärte er apodiktisch zum Problem eines Verständigungsfriedens im Ersten Weltkrieg: „Der Gedanke war unpreußisch“<sup>126)</sup>.

An einer solch starren, nicht kompromißfähigen Haltung ist das königliche Preußen — und dies war nach konservativer Auffassung Preußen überhaupt — Ende 1918 zugrunde gegangen. Da preußisch sein bislang bedeutet hatte, „monarchisch gesinnt sein“<sup>127)</sup>, verkündete der erste sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Hirsch im März 1919 vor der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung: „Das alte Preußen ist für immer dahin. Ein neues Preußen ist im Werden.“ So definierte er das sozialdemokratische Ziel, aus dem „Junkerpreußen“ ein „Volkspreußen“ zu machen<sup>128)</sup>. Diesem naturgemäß von monarchisch-konservativer Seite bekämpften (sozial-)demokratischen Versuch einer Umpolung des Preußentums hat der liberale Berliner Historiker Friedrich Meinecke Rückenbedeckung erteilt, indem er 1919 erklärte: „Nicht das echte, das eigentliche preußische System ist in der Katastrophe von 1918 zugrunde gegangen, sondern das entartete, das aus den Fugen geratene.“<sup>129)</sup> Welche Widerstände einer Neubegründung und Neuorientierung Preußens entgegenstanden, die in der Aufhebung der „Trennung von Weimar und Potsdam als Spaltung von Gedanke und Tat“ bestehen sollten<sup>130)</sup>, wie sie sich in Wilhelm von Humboldt als Preußen und Liberalen, als Politiker und Philosoph verkörpert habe<sup>131)</sup>, verdeutlicht eine programmatische Stellungnahme des vie-

len nationalgesinnten deutschen Bürgern aus der Seele sprechenden Gustav Stresemann. Dieser hat am 13. April 1919 in Jena auf dem Parteitag der anfänglich nicht unbedingt republikanisch orientierten „Deutschen Volkspartei“ gesagt, der vielfach bei einzelnen Demokraten und Sozialisten „zum Ausdruck kommende Haß gegen Preußen“ stelle eine „grenzenlose geschichtliche Undankbarkeit“ dar. Das deutsche Volk sollte „seinem Himmel dafür danken, wenn es noch ein Heer besäße, in dem der Geist von Potsdam lebendig“ wäre (stürmischer Beifall), das alte Heer sei nämlich „verlumpt und verludert“<sup>132)</sup>. Dies war ein um so böseres Vorzeichen, als die deutsche Nationalversammlung wegen der von revolutionär-kommunistischer Seite ausgehenden Unruhen nicht im politisch-industriellen Machtzentrum Berlin, sondern vielmehr in der durch Goethe und Schiller zu Weltruhm gelangten thüringischen Residenzstadt Weimar zusammentrat.

Auf diese Dinge spielte der Nationalsozialist und frühere preußische Offizier Hermann Göring an, der im Januar 1931 den im holländischen Exil lebenden Wilhelm II. besucht und in ihm ernsthafte Hoffnungen auf eine Restauration der Hohenzollernmonarchie durch die Nationalsozialisten erweckt hat<sup>133)</sup>, als er im Anschluß an den bereits erwähnten Festakt in der Potsdamer Garnisonkirche vom 21. März 1933 bei der Eröffnung des Reichstages triumphierte: „Man hat damals — 1918/19 — das Wort ‚Potsdam‘ verfehmt und hat geglaubt, aus dem Geiste von Potsdam herausgehen zu müssen nach Weimar ... Nun ist Weimar überwunden ... Auch heute war es symbolisch, daß der neue Reichstag zurückgefunden hat zu der Stätte, von der einst Preußen und Preußen-Deutschland ausgegangen ist. Wir sind heute in Demut, Dankbarkeit und Ergriffenheit nach Potsdam gegangen.“<sup>134)</sup>

Tatsächlich war der von allen deutschen Sängern übertragene Festakt von Potsdam, den Josef Goebbels benutzt hat, um den „geheiligten Boden von Potsdam“ und das „unsterbliche Preußentum“ propagandistisch in den Dienst des „Dritten Reiches“ zu stellen<sup>135)</sup>, nicht ohne „gewisse Mißhelligkeiten“ abgelaufen. Denn: „Der alte Hindenburg hatte darauf bestanden, nach altem Brauch mit ‚Helm ab zum Gebet‘ auch dem ‚Herrn der Schlachten dort oben‘ den gebührenden Tribut zu zollen. Vor der

<sup>123)</sup> G. Stresemann, Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles, Berlin 1919, S. 155.

<sup>124)</sup> K. Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, Berlin 1935, S. 671.

<sup>125)</sup> Ebda I, S. 338.

<sup>126)</sup> Ebda II, S. 676.

<sup>127)</sup> B. Hebestreit, Was ist preußisch?, Halle 1907, S. 27.

<sup>128)</sup> P. Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929, S. 225.

<sup>129)</sup> F. Meinecke, Nach der Revolution, München 1919, S. 18.

<sup>130)</sup> B. Bauch, Der Geist von Potsdam und der Geist von Weimar, Jena 1926, S. 27.

<sup>131)</sup> B. Guttman, Preußens Ausgang, in: Die Gegenwart, 31. 3. 1947, S. 8.

<sup>132)</sup> G. Stresemann, Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles, Berlin 1919, S. 155.

<sup>133)</sup> Vgl. S. v. Ilseman, Der Kaiser in Holland II, München 1968, S. 152ff.

<sup>134)</sup> H. Göring, zit. nach W. Gehl, Die nationalsozialistische Revolution, Breslau 1933, S. 105.

<sup>135)</sup> So heißt es in seinem Aufruf vom 18. 3. 1933, ebda, zit. S. 96.

patriotischen Zeremonie waren daher Gottesdienste angesetzt worden. Es fiel peinlich auf, daß Hitler sich davon fernhielt.<sup>136)</sup>

Hier deutet sich ein Bruch in der temporären (Mes-)Allianz zwischen dem Altpreußentum und dem Pseudopreußentum der Nationalsozialisten an, der in der Person des Henning von Tresckow beispielhaft seine Verkörperung findet. Tresckow nämlich, welcher — wie viele Konservative — dem Nationalsozialismus anfänglich auch gute Seiten abgewonnen hat und am „Tag von Potsdam“ mit seinem Bataillon vor Hindenburg und Hitler paradierte, sagte — mitten in Attentatsvorbereitungen stehend — anlässlich der Konfirmation seiner Söhne am 11. April 1943 in der Potsdamer Garnisonkirche: „Vergeßt niemals, daß ihr auf

---

<sup>136)</sup> W. Gans zu Putlitz, *Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines Diplomaten*, 16. Aufl. Berlin (Ost) 1972, S. 130.

preußischem Boden und in preußisch-deutschen Gedanken aufgewachsen und heute an der heiligsten Stätte des alten Preußentums eingeseget seid. Es birgt eine große Verpflichtung in sich, die Verpflichtung zur Wahrheit, zur innerlichen und äußerlichen Disziplin, zur Pflichterfüllung bis zum Letzten. Aber man soll niemals vom Preußentum sprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß es sich damit nicht erschöpft. Es wird oft mißverstanden. Vom wahren Preußentum ist der Begriff Freiheit niemals zu trennen. Wahres Preußentum heißt Synthese zwischen Bindung und Freiheit ... Ohne diese Verbindung läuft es Gefahr, zu seelenlosem Kommiß und engherziger Rechthaberei herabzusinken. Nur in der Synthese liegt die deutsche und europäische Aufgabe des Preußentums, liegt der ‚preußische Traum‘.<sup>137)</sup>

---

<sup>137)</sup> Zit. nach B. Scheurig, Henning von Tresckow, 2. Aufl. Oldenburg 1973, S. 147.

## **Manfred Funke: Der Verfall politischer Vernunft in Monarchie, Republik und Diktatur. Eine geschichtspsychologische Ergänzung zur „Holocaust“-Diskussion**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/80, S. 3—13

Die vor einem Jahr ausgestrahlte Fernsehsendung „Holocaust“ war besonders für die jüngeren Bürger ein Erfahrungsschock. Für die ältere und mittlere Generation kam der Film als Chance und Pflicht, aus Verdrängen, Verschweigen, aus Trotz und gekünstelter Ahnungslosigkeit herauszutreten. Offener muß und kann jetzt gesprochen werden über das Maß, in welchem die politische Vernunft versagte.

Die Abkopplung der Staatsräson von der realen internationalen Mächtekonstellation setzte nicht erst unter Hitler ein. Schon in der Ära nach Bismarck wurden Illusionen dort zu Argumenten stilisiert, wo sich diffuses Weltmachtstreben nicht in Siegen bestätigen konnte und soziale Versöhnung im Inneren durch außenpolitische Erfolge nicht erreichbar war.

Eine Politik des kalkulierten Risikos konnte von Hitlers Herrschaftspraxis so gründlich diffamiert werden, weil schon in Jahrzehnten zuvor die Kluft zwischen Ehrgeiz und Instrumentarium von der Hoffnung auf wundersame Hilfe der Vorsehung überdeckt wurde. Viele Deutsche vermochten deshalb im Aufstieg Hitlers keinen Kontinuitätsbruch zu sehen. Als revolutionärer Verräter der politischen Kultur Deutschlands entlarvte sich Hitler erst endgültig 1941/42. Angesichts der zu erwartenden militärischen Niederlage wurde die rassistische Vernichtungspolitik ihrem Höhepunkt entgegengetrieben.

Nach 1945 war die Scham groß, fehlten aber auch bald Kraft und Wille, den Betrug Hitlers und den Selbstbetrug der Deutschen an die Nachwachsenden tatsachenpflichtig als lebendige Erfahrung zu vermitteln. Der materielle Wiederaufstieg und die Unfähigkeit zur Trauer bauten Kontaktsperren in den Generationen-Dialog über Geschichte als gemeinsames Lernfeld für die Zukunft. Sie realitätsfähiger und im Sinne streitbarer Demokratie krisenfester zu strukturieren, setzt die genaue Kenntnis begangener Irrtümer voraus — jenem Verfall der politischen Vernunft in Monarchie, Weimarer Republik und NS-Diktatur.

## **Michael Salewski: Das Weimarer Revisionssyndrom**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/80, S. 14—25

Die Geschichte der Weimarer Republik ist bis ins einzelne erforscht worden, wobei alle wichtigen Aspekte berücksichtigt wurden. Im Gegensatz aber etwa zur Geschichte des Kaiserlichen Deutschland oder der des sog. Dritten Reiches fehlt eine überzeugende Gesamtdeutung der Republik von Weimar, die oft in unangemessener Weise als eine Art historisch-politischen „missing link“ zwischen Kaiserreich und Diktatur eingeordnet wird. Die Zerrissenheit der politischen Kultur Weimars und die fehlende Herausbildung individueller politischer Selbstzeugnisse scheint eine derartige Interpretation zu stützen.

Es gibt jedoch mit dem Problem des „Revisionismus“ in der Tat eine Art größten gemeinsamen Nenners des politischen Selbstverständnisses der Republik; das „Revisionssyndrom“ bezieht nicht nur, wie bisher meist geschehen, die Außenpolitik mit in die historische Betrachtung ein, sondern auch die Innen-, Sozial-, Geistes- und Militärpolitik. Es erweist sich, daß die scheinbare Heterogenität der politischen Wirklichkeit Weimars sich zu schlüssigen Interaktionsmustern fügt, wenn man von der These ausgeht, daß das Streben nach Revision auf einen sehr breiten politischen Konsens der deutschen Bevölkerung stieß, wobei die aktuelle politische Entwicklung immer daran gemessen wurde, was sie für diese Revision zu leisten vermochte. Da Revision aber im wesentlichen als ein Zurück in die Jahre vor 1914 begriffen wurde, ging die Republik von Weimar in den Augen nicht nur ihrer erklärten Verächter, sondern eben auch breiter Bevölkerungsschichten aus allen Lagern ihres politischen Eigenwertes verlustig, und in dem Maße, in dem es den Regierungen der Republik gelang, die Revision durchzusetzen, stellte sie sich selbst in Frage.

Abschließend wird dargelegt, wie es Hitler verstand, das Vehikel des Weimarer Revisionismus zu benutzen, um seine eigentliche Zielsetzung zu verschleiern und die Deutschen auf seine Seite zu bringen. Eine umfassende Analyse des Revisionssyndroms kann zu einer einheitlichen Theorie der Geschichte Weimars beitragen.

## Johannes Rogalla von Bieberstein: Preußen und Preußentum

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/80, S. 26—38

Ausgangspunkt der Analyse der mit dem 1947 vom Alliierten Kontrollrat aufgelösten Staat Preußen sowie mit dem Preußentum verbundenen historisch-politischen Problematik ist die gegenwärtige Preußen-Renaissance. Ein kritischer Blick auf diese Preußen-Renaissance zeigt, daß sie neben nostalgisch-wehmütigen Aspekten ebenso wie der Staat Preußen und das Preußentum selber eine starke Gegensätze in sich schließende „Janusköpfigkeit“ bzw. eine „kulturfähige“ und eine „kulturwidrige“ Seele (Friedrich Meinecke) aufweist. Darüber hinaus verweist das Thema Preußen auf eine deutsche Standortbestimmung, da es nämlich untrennbar mit der Gründung und dem Untergang des Deutschen Reiches verbunden ist.

Anhand eines weithin noch nicht ausgeschöpften Quellenmaterials wird nachgewiesen, daß zwischen dem monarchisch-junkerlichen Altpreußen, dem wilhelminischen Borussismus, dem (sozial-)demokratischen Volkspreußen sowie endlich der nationalsozialistischen und parteikommunistischen — in der DDR — Inanspruchnahme des Preußentums sorgfältig unterschieden werden muß. Andererseits darf nicht darüber hinweggesehen werden, daß bei aller Gegensätzlichkeit der Ziele doch auch soziologische Kontinuitäten sowie ideologisch-staatsautoritäre Gemeinsamkeiten existieren.

Das Fazit zahlreicher, ausgewählter Stellungnahmen zum Thema „Preußen“ ist, daß der Mythos vom Preußentum deshalb so vielschichtig ist, weil es eine starke historische Dynamik aufweist, weil sich in ihm unterschiedliche politisch-ideologische, landsmannschaftlich-geographische sowie schließlich auch konfessionelle Momente überlagern und schließlich das ethische Preußentum überzeitliche Werte enthält.